

ZUKUNFT
2017

ZUKUNFT

2017

EIN MAGAZIN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
MEINUNGEN IDEEN PERSPEKTIVEN



DEBATTE

Osteuropa ist erwachsen

Jan Fleischhauer über den Streit
liberale vs. illiberale Demokratie

EUROPÄISCHE UNION

Dringend verändern

Herfried Münkler über Szenarien
gegen den Zerfall der EU

INNOVATION

Vierte industrielle Revolution

Şabina Jeschke über einen technologischen
Wandel mit enormem Tempo



Konrad
Adenauer
Stiftung



ZUKUNFT

Zukunft ist Ansichtssache. Manche sehen eher die Risiken, ...

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Konrad Adenauer hat einmal gesagt: „Ein Blick in die Vergangenheit hat nur Sinn, wenn er der Zukunft dient.“ Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, sind beidem verpflichtet – der Bewahrung unseres geistigen und ideellen Erbes und dem Blick in die Zukunft. Wir sind in Deutschland, Europa und weltweit tätig; das macht es für uns heute wichtiger denn je, Aussagen über die Zukunft zu entwickeln und mit unserer Arbeit Vertrauen in die Zukunft zu schaffen.

Daher haben wir uns als Konrad-Adenauer-Stiftung entschlossen, ein Zukunftsmagazin zu entwerfen, das die Zukunftskompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie verschiedener Experten bündelt, denn Zukunftsfragen sind für uns als politische Stiftung von grundsätzlichem strategischem Interesse. Daher greift dieses Debattenmagazin die wichtigsten Themen und Ideen auf, die uns im nächsten Jahr beschäftigen könnten, und stellt hierzu unterschiedliche Perspektiven dar. Hierbei geht es um das Themenfeld Technologiepolitik und Industrie 4.0, die Zukunftskraft von Religionen, das Pro und Kontra zur Liberalen Demokratie und den Stand der Europäischen Union, um nur einige zu nennen.

Die Europäische Union war, ist und bleibt unsere Zukunft. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die Gründungsstaaten der Europäischen Union heute in der längsten Friedensperiode ihrer Geschichte befinden. Außerhalb der Europäischen Union, so auf dem Balkan oder in der Ukraine, gab oder gibt es kriegerische Auseinandersetzungen. Schon am 9. Mai 1950 formulierte Robert Schuman: „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“

Unsere „schöpferische Anstrengung“ besteht angesichts der aktuellen Krisen darin, zur Stärkung Europas beizutragen. Daher sollten neue Herausforderungen für die Europäische Union auch als Chance begriffen werden. So war es in der Vergangenheit und so ist es auch heute. Die europäische Einigungspolitik ist eine Erfolgsgeschichte und diese gilt es im Geiste der „Einheit in Vielfalt“ fortzusetzen. Mit konkreten Vorhaben müssen wir den Mehrwert Europas aufzeigen. Die Chancen, die mit der europäischen Einigung verbunden sind, müssen wir selbstbewusst nach außen tragen. Vor allem müssen wir gegen Populisten und Europagegner offensiv argumentieren und die Erfolge bei der Krisenbewältigung besser vermitteln.

Als überzeugte Europäer wissen wir: Die Europäische Union braucht das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen das Verständnis für die europäische Identität über die Vermittlung unserer gemeinsamen europäischen Geschichte sowie unserer gemeinsamen europäischen Werte – Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden – stärken. Auch müssen wir Ängste und Kritiken der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, um mit ihnen gemeinsam in die Zukunft zu blicken.

Diesen Worten müssen Taten folgen. Dafür braucht es Mut und Vertrauen, Weitsicht und Entschlossenheit. Das sind die Voraussetzungen dafür, dass wir das Europa der Zukunft erfolgreich gestalten. Unsere politische und moralische Aufgabe für die Zukunft besteht darin, unsere gemeinsamen europäischen Werte nicht nur rhetorisch, sondern auch bei unserem politischen Handeln zu verteidigen. Wenn wir Europäer unseren Werten treu bleiben, wird die Europäische Union eine gute Zukunft haben.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre



Hans-Gert Pöttering,
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.
und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung



HANS-GERT PÖTTERING

war von 1979 bis 2014 direkt gewählter Abgeordneter des Europäischen Parlaments, von 1999 bis 2007 Fraktionschef der Europäischen Volkspartei und von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments. Seit 2010 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

3
Editorial
HANS-GERT PÖTTERING

6
Lasst uns mehr Zukunft wagen!
Wie wichtig der Blick nach vorn ist
SEBASTIAN CHRIST

8
**11 Gründe für Vertrauen
in die Zukunft**
Ein optimistischer Ausblick
FRAUKE GOTTWALD



Internationale Politik

12
Dringend verändern
Die Zukunft der EU und warum
Deutschland vorangehen müsste
HERFRIED MÜNKLER

Liberaler Demokratie

16
**... ist das Beste, was uns
jemals passieren konnte**
Was wir von Osteuropa lernen
können
JAN JAKUB CHROMIEC

18
... funktionierte bei uns nicht!
Ungarns Weg als Vorbild für andere?
ZOLTÁN KISZELLY

20
Osteuropa ist erwachsen geworden
Und wer hat nun recht?
Das Zeitalter der Irritation
JAN FLEISCHHAUER

22
18-mal Zukunft
Ausgewählte Länder und mögliche
Weichenstellungen für 2017

28
Amerika wird nicht untergehen
Auch der neue Präsident wird
Europa brauchen
SUDHA DAVID-WILP

30
Zeit für Beharrlichkeit
Das komplexe deutsch-russische
Verhältnis
RONALD POFALLA

32
Die Zukunft wird doppelt anders
Was uns die historische Erfahrung lehrt
ANDREAS RÖDDER

36
**Wie sieht sie aus, die verdammte
Lösung für diesen Krieg?**
Ein Appell an die Welt,
Syrien zu retten
HANI ZAITOUN

38
11 Konflikte
Ein Ende der Gewalt?
Perspektiven für 2017

41
**Afrika ist mehr als nur unser
Nachbarkontinent im Süden**
Ein realistisches Afrikabild
ist notwendig
ANDREA ELLEN OSTHEIMER

43
Early Warning
Mehr Frieden in Afrika dank
Frühwarnung
ULF ENGEL



Demokratie und Gesellschaft

45
**Sechs Thesen zum
Bundestagswahlkampf**
Mehr Daten, mehr Studien,
mehr Populisten
RALF GÜLDENZOPF

48
Nach der Populismus-Welle
Gefragt sind Haltung, Klarheit
und Orientierung
NICO LANGE

50
**Parteien haben die Neugier
auf die Bürger verloren**
Parteiendemokratie morgen,
diskutiert von
RUPRECHT POLENZ UND HARALD WELZER

54
Mehr Mut zu Zwischentönen
Gegen den Hass im Netz
KÜBRA GÜMÜSAY

56
Guter Bot, böser Bot
Werden Social Bots zu einer
Gefahr im Wahljahr?
MARTIN FUCHS

58
Wahlen 2017
Themen und Schauplätze –
Ein Deutschlandquartett



Gott und die Welt

60
Gottgewollter Kampf?
Die destruktive Seite des Glaubens
FRIEDRICH WILHELM GRAF

62
**Kämpfen mit Gott –
und nicht in seinem Namen**

Zukunft braucht Religion
PATER NIKODEMUS CLAUDIUS SCHNABEL



Digitales Leben

64
Virtuelle Visionen

Kommt jetzt der Siegeszug der
Virtual Reality?

JOCHEN MARKETT

66
Muße im Kopf

Die Kunst der geistigen Balance
in Zeiten der Informationsflut

ULRICH SCHNABEL



Soziale Politik

68
**Sitzen wir im Sattel oder
hängen wir am Schweif?**

Warum Deutschland endlich eine
Entkoppelung von Arbeit und
Einkommen braucht

GÖTZ W. WERNER

70
Eine kulturelle Fiktion

Weshalb das bedingungslose Grund-
einkommen nicht funktioniert

MICHAEL HÜTHER

72
**Der Klassenkampf –
Hat er ausgedient?**

Die politische Bedeutung von sozialen
Faktoren wird überbewertet

ALEXANDER BRAKEL



Vernetzte Wirtschaft

74
**Industrie 4.0 – Revolution
statt Sicherheitsdenken**

Mehr Mut zur Veränderung

SABINA JESCHKE

78
**Deutschland braucht eine
ambitionierte Technologiepolitik**

Was wir von den USA lernen können

LARS ZIMMERMANN

Dank

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren sowie den
Kolleginnen und Kollegen der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Steffi Augter, Thomas Birringer, Rabea Brauer, Hans-Jörg Clement,
Kristina Eichhorst, Oliver Ernst, Stefan Friedrich, Malte Gaier,
David Gregosz, Pia Grundheber, Ronny Heine, Uta Hellweg,
Andrea Kolb, Paul Linnarz, Hardy Ostry, Melanie Piepenschneider,
Sabine Pokorny, Lars Hänsel, Markus Rosenberger, Joachim
Rother, Matthias Schäfer, Frank Spengler, Sebastian Weise, Tim
Wenniges und Piotr Womela,

den Kolleginnen und Kollegen in den Politischen Bildungsforen
in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen,
Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Sachsen-Anhalt, nament-
lich bei Renate Abt, Silke Bremer, Ludger Gruber, Karl-Heinz B.
van Lier, Christoph Bors und Alexandra Mehnert,

der Hermann Ehlers Akademie in Kiel, Frederik Heinz,

den Auslandsmitarbeitern der Büros in Argentinien, Brasilien,
China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Kolumbien, Libanon,
Mali, auf den Philippinen, in Russland, Ungarn, Syrien/Irak,
Tunesien/Algerien, der Türkei, der Ukraine sowie des Regional-
programms Sicherheitspolitischer Dialog Subsahara-Afrika.

Besonderer Dank gilt den Mitgliedern der erweiterten Redaktion,
Petra Bahr, Dominik Grobien, Bernd Löhmann, Frank Priess
und Michael Thielen.

Herzlich bedanken wir uns bei Hermann Radeloff, Philipp
Gieseler sowie Tamim Sibai von racken für die außerordentlich
engagierte Zusammenarbeit bei Konzept und Design.

Hinweis zur geschlechtsspezifischen Diversität

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in diesem Magazin auf eine
durchgängige geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. Die
Angehörigen des jeweils anderen Geschlechts sind mitgemeint.

Impressum

Januar 2017

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
10907 Berlin

Verantwortlich

Hans Maria Heÿn
Frauke Gottwald

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Strategieentwicklung
und Planung
10907 Berlin
strategieentwicklung@kas.de

Redaktion

Jochen Markett
Sebastian Christ

Gestaltung / Satz

racken GmbH
Agentur für nachhaltige
Kommunikation, Berlin

Fotos

Karsten Flemming: S.2
Ralph Pache: S.79

Illustration

Tamim Sibai
Philipp Gieseler

Druck

Bechtle Druck & Service,
Esslingen



CO₂-neutral gedruckt auf
Papier, das mit dem euro-
päischen Umweltzeichen
ausgezeichnet ist.

Die abgedruckten Beiträge
geben nicht zwangsläufig die
Meinung der Redaktion oder
des Herausgebers wieder.

Redaktionsschluss:
16. Dezember 2016

Das Werk ist in allen seinen
Teilen urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung
ist ohne Zustimmung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbeson-
dere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikrover-
filmungen und die Einspei-
cherung in und Verarbeitung
durch elektronische Systeme.

© 2017
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Sankt Augustin / Berlin

www.kas.de

Lasst uns mehr Zukunft wagen!

Deutschland erlebt gegenwärtig politisch unruhige Zeiten. Warum uns gerade jetzt der Blick in die Zukunft weiterhelfen würde – und welchen Beitrag die Zukunftsforschung leisten kann.

TEXT Sebastian Christ



Fangen wir endlich an, über Zukunft zu sprechen. Vorweg jedoch ein paar warnende Worte. Denn mit den Deutschen über das zu reden, was eines Tages kommen mag, kann mitunter ein mühsames Unterfangen sein. Hierzulande schätzt man die Fähigkeit, Gegenwart zu beherrschen. Die populärsten Kanzler in der deutschen Geschichte waren seit jeher jene, die es verstanden, die Krisen im Hier und Jetzt zu lösen. Angela Merkel hatte ihre höchsten Zustimmungswerte in den Jahren, nachdem Deutschland unter ihrer Führung verhältnismäßig

unbeschadet durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte gekommen war. Als Helmut Kohls größtes historisches Verdienst gilt es, dass er in den Wende-monaten 1989/1990 mit Geistesgegenwart und Geschick jene Chancen genutzt hat, die sich ihm hinsichtlich einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands boten.

Und Helmut Schmidt ging in die Geschichte ein, weil er die Bundesrepublik durch zwei Ölkrisen und den „Deutschen Herbst“ im Jahr 1977 geführt hat. Dass er später zugab, in Zukunftsfragen – wie der Integration der in

Deutschland lebenden Gastarbeiter – schwere Fehler gemacht zu haben, verzieh man ihm schnell.

Im Ausland gelten die Deutschen als ein Volk, das gerne vorausschaut und Dinge organisiert. Auch das ist ein ziemlich großes Missverständnis. Die Zukunftsforscher Reinhold Popp und Ulrich Reinhardt stellten 2015 in einer Studie fest, dass die Deutschen in ihrer persönlichen Zukunftsplanung konsequent auf Sicht fahren. Mehr als drei Viertel der von ihnen Befragten gaben an, entweder „kaum im Voraus“ zu planen oder höchstens bis zu einem Jahr.

Und wann ist in Deutschland derzeit schon von „Zukunft“ die Rede? Meistens dann, wenn es um Sorgen und Ängste geht. Ein nicht unerheblicher Teil der Deutschen hat in den vergangenen Jahren einen verhängnisvollen Hang zur Apokalypse entwickelt. Als Beispiele seien hier die Angst vor dem Kollaps der Weltwirtschaft (2008/09), die Angst vor der Implosion des Euro (2010 ff.), die Angst vor einem Dritten Weltkrieg im Zuge der Ukraine-Krise (2014) oder die Angst vor einem Zusammenbruch der Staatlichkeit in Deutschland durch den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen (2015) genannt.

DEMOKRATIE HEISST, DASS ES IN ZUKUNFT IMMER EINE ALTERNATIVE GIBT

Man könnte das nun als bedauerliches Zeitgeistphänomen abtun, als eine Art Serienpanik in der Ära gesellschaftlicher Beschleunigung. Aber dahinter steckt eine sehr reelle Sorge: Viele Menschen fühlen sich dem Lauf der Geschichte offenbar alternativlos ausgeliefert. Und daraus sprechen Zweifel, dass sich Zukunft überhaupt noch gestalten lässt.

Langfristig ist das eine Gefahr für die Legitimation unseres demokratischen Systems. Wo nur von der einen „Zukunft“ die Rede ist, da ist keine Freiheit mehr – weil die Dinge nur noch auf uns zukommen, ohne dass wir sie gestalten könnten. In einer Demokratie gibt es jedoch immer eine Alternative, das liegt in der Natur der Idee. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir unseren Fokus von der Gegenwart lösen. Dass wir die Dinge, die noch nicht sind, als Chance begreifen und nicht als Bedrohung. Wenn wir also anfangen, über „Zukunft“ zu reden, sollten wir über „Zukünfte“ nachdenken. Darin

liegt der wichtige Beitrag, den die Zukunftsforschung in einer Demokratie leisten kann.

Seriöse Zukunftsforscher machen keine Vorhersagen. Sie gehen nicht davon aus, dass es „die eine Zukunft“ gibt, die sich mit quasihellseherischen Fähigkeiten errahnen lässt. Wo auch immer das passiert, geht das meistens schief. Ein gutes Beispiel sind dafür die Prognosen zur demografischen Entwicklung in Deutschland, die in den Nullerjahren veröffentlicht wurden. Damals wurde unter dem Siegel der „mathematischen Berechenbarkeit“ von Bevölkerungsentwicklungen prophezeit, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen sehr bald unter die Marke von 80 Millionen sinken würde. Was damals kaum jemandem in den Sinn kam: dass Deutschland sich in naher Zukunft wieder zu einem attraktiven Einwanderungsland wandeln könnte.

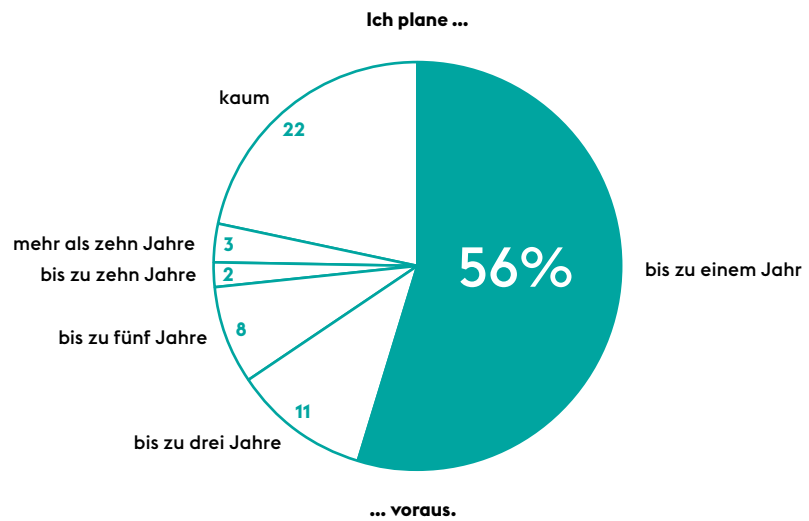
Genau solche Wendepunkte im Drehbuch der Geschichte mitzudenken, ist jedoch ein Hauptanliegen der Zukunftsforschung, so wie sie heute in Deutschland betrieben wird. Laut einer gängigen Definition ist die Zukunftsforschung die wissenschaftliche Befassung mit möglichen, wünschbaren und wahrscheinlichen Zukunftsentwicklungen und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart.

Anders gesagt: Wir wissen nichts Faktisches über „die Zukunft“. Zwar mag das, was morgen oder in einer Woche passieren wird, besser absehbar sein als das, was in hundert Jahren geschehen könnte. Aber in jedem Fall entzieht sich alles, was jenseits der Gegenwart liegt, dem tatsächlichen Wissen. Vom Jetzt aus gesehen werden Dinge möglich. Oder auch nicht.

Für manche mag dies ein beunruhigender Gedanke sein. Dem Unternehmensberater etwa, der seinem Kunden deshalb kaum seriös vorhersagen kann, wie die Dinge in „mittelfristiger Sicht“ stehen. Für die Demokratie jedoch kann das eine echte Chance sein. Denn was ein Demokrat an der Zukunft aufregend findet, ist nicht ihr Ausgang, sondern die Möglichkeiten, die sie bietet.

Jeder einzelne Bürger ist in der Lage, kommende Ereignisse mitzugestalten – egal, ob durch das Votum an der Wahlurne oder durch bürgerschaftliches Engagement. Diese Feststellung mag vor

WIE WEIT PLANEN DIE DEUTSCHEN IHRE ZUKUNFT VORAUS?



zehn Jahren noch so etwas wie das „Dinner for One“ der deutschen Demokratieerziehung gewesen sein. Mittlerweile ist daran nichts mehr selbstverständlich.

Wir erleben eine Zeit, in der mit den Ängsten von Menschen sehr erfolgreich Politik gemacht wird. Populisten sind äußerst geschickt darin, vor dem inneren Auge des Wählers Zukunftsbilder aufzubauen, die einer einfachen, aber doch wirkungsvollen Narration folgen. Erstens, die Zukunft birgt eine existenzielle Gefahr. Zweitens, „etablierte Politiker“ sind unfähig, die kommenden Katastrophen zu verhindern. Drittens, die Rettung kommt durch den „Politiker neuen Typs“. Nur er ist vermeintlich noch in der Lage, die sich in der Gegenwart abzeichnenden Herausforderungen mit „Mut zur Wahrheit“ zu beherrschen.

Die Zukunftsforschung kann in dieser Situation in vielerlei Hinsicht helfen, etwa bei der Analyse der Zukunftsbilder, mit denen Wähler konfrontiert werden. Oder bei der Präsentation alternativer Zukünfte und möglicher Wege, die dorthin führen. Vor allem aber hilft

die Wissenschaft bei der Analyse der „gegenwärtigen Zukünfte“ – also all dessen, was sich bereits im Hier und Jetzt über das Kommende abzeichnet.

Denn so sehr die Deutschen auch die Macher der Gegenwart bewundern mögen: Insgeheim wissen sie, dass Demokratie ohne eine Vorstellung von Zukunft kaum lebensfähig ist. Und das ist eine gute Nachricht. Denn wir haben es selbst in der Hand, das Kommende zu denken. Heute noch.



SEBASTIAN CHRIST arbeitet seit über zehn Jahren als politischer Journalist in Berlin, unter anderem für den *stern*, das *Handelsblatt*, die *Huffington Post* und ist redaktioneller Mitarbeiter dieses Magazins. Seit Herbst 2015 ist er an der Freien Universität Berlin im Masterstudien-gang Zukunftsforschung eingeschrieben.

11 Gründe

für Vertrauen in die Zukunft

Die in Europa und der Welt gewohnten Ordnungen werden durch komplexe Krisen politisch, ökonomisch und kulturell erschüttert. Die rasche Abfolge und Gleichzeitigkeit großer Gestaltungsaufgaben ist zu einem Kennzeichen unserer Zeit geworden. Einige sorgen oder ängstigen sich, andere wissen diese Unsicherheit zu instrumentalisieren. Dabei sind die Voraussetzungen für einen lösungsorientierten Umgang mit den Herausforderungen keineswegs schlecht; wir sollten sie selbstbewusst und zuversichtlich angehen. Elf Gründe für Vertrauen in die Zukunft – elf Gründe für mehr Optimismus.

RECHERCHE UND TEXT Frauke Gottwald

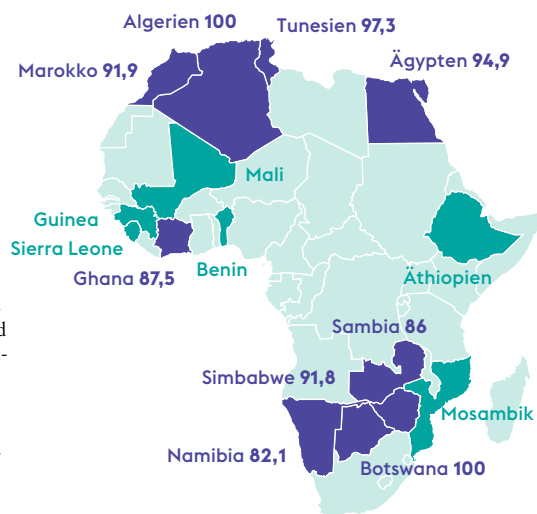
INTERNATIONALE PERSPEKTIVE

1

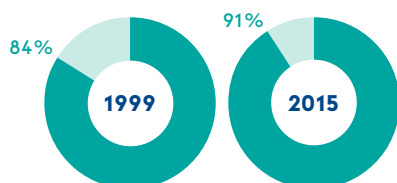
Bildung für alle

GRUNDSCHULABSCHLÜSSE

- Länder, in denen die Zahl der Menschen mit einem Grundschulabschluss seit 1999 um **20 Prozentpunkte** gestiegen ist.
- Länder, in denen mehr als 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Grundschulabschluss haben (Angaben in Prozent, Daten der jeweils letzten Erhebung 2012 bis 2015).

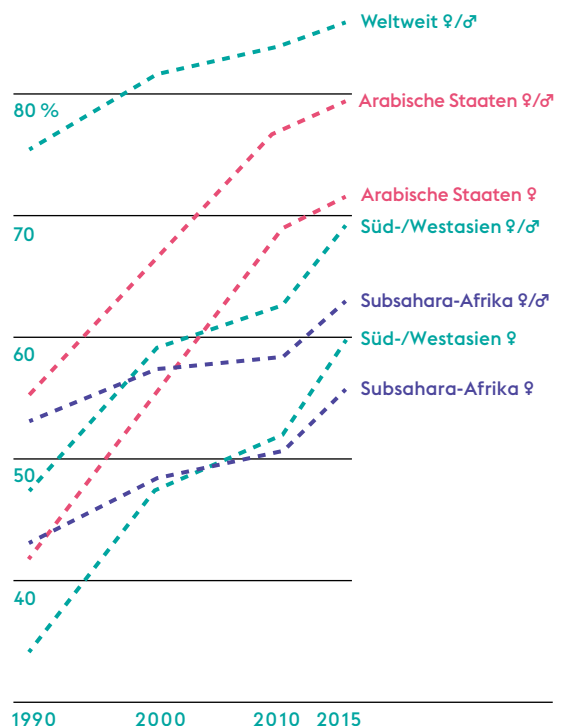


EINGESCHULTE KINDER



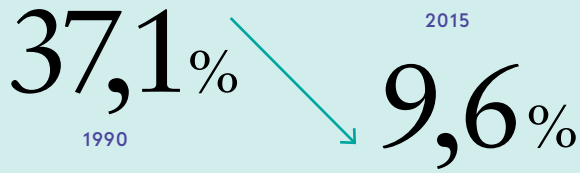
Eine Steigerung der Quote um **7 Prozentpunkte** ist gleichbedeutend mit einem Plus von **48 Millionen Kindern**, die eingeschult worden sind. Im Vergleich: In Deutschland wurden 2015/16 insgesamt 708.600 Kinder eingeschult.

ALPHABETISIERUNGSRATE ERWACHSENER



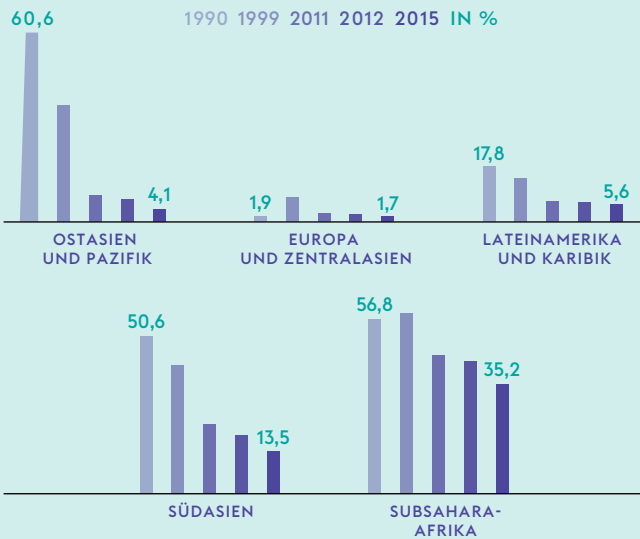
2

Weniger extreme Armut



Anteil der Weltbevölkerung, dem pro Kopf weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag zur Verfügung steht.

ARMUTSRATE NACH REGIONEN

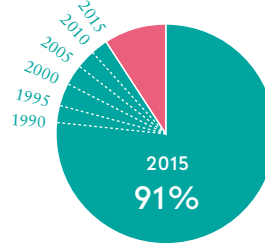


Die Zahlen für 2015 sind Hochrechnungen.

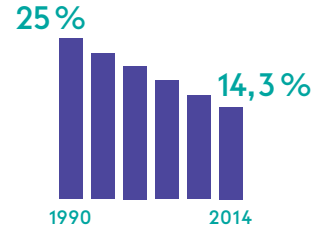
3

Weltweit höhere Chancen auf Leben

ZUGANG ZU TRINKWASSER



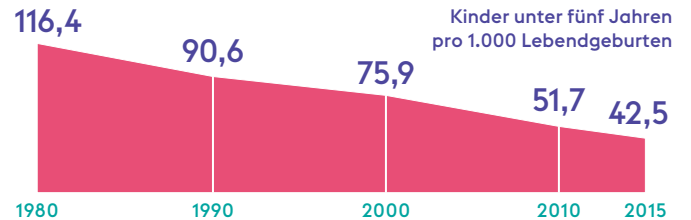
UNTERERNÄHRUNG



Häufigkeit von Untergewicht bei Kindern unter fünf Jahren

Seit dem Jahr 2000 hat die **MALARIAMORTALITÄT** um **60%** abgenommen.

KINDERSTERBLICHKEIT

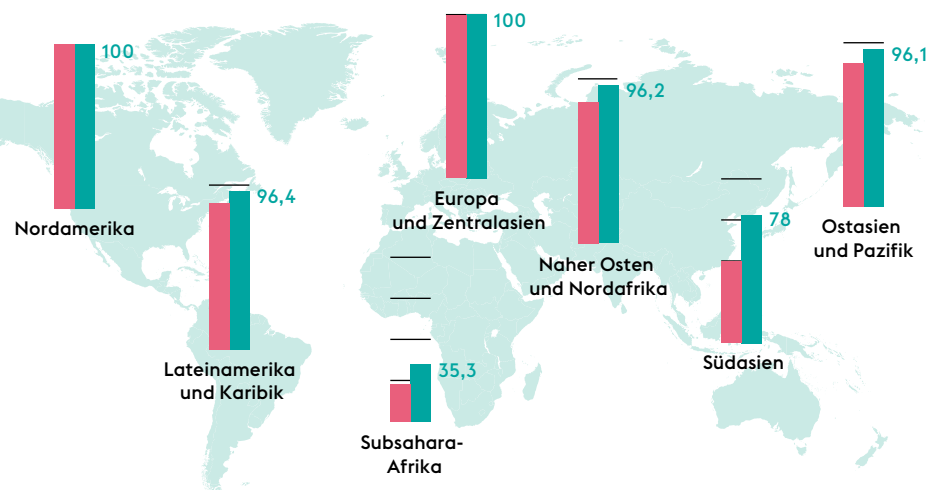
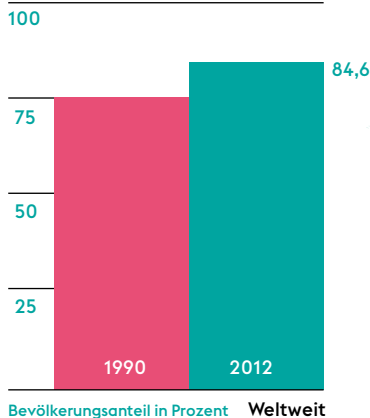


Betrachtet man alle vier Trends vor dem Hintergrund des weltweiten Bevölkerungswachstums, so sind die absoluten Zahlen beeindruckend.

4

Teilhabe am Fortschritt

ZUGANG ZU ELEKTRIZITÄT BESSER DENN JE



Immer bessere Aussichten für die Jugend

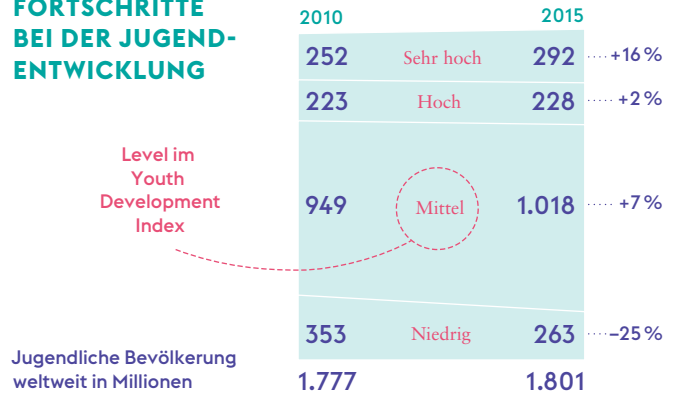
YOUTH DEVELOPMENT INDEX

Der Youth Development Index bemisst die Chancen junger Menschen (15 bis 29 Jahre alt) auf ein gutes Leben (*human development paradigm*). Hierzu werden multidimensional Daten erhoben, die fünf Bereiche umfassen: das Bildungsniveau, die Gesundheit und das Wohlergehen, die Beschäftigung und Berufschancen sowie die Möglichkeiten politischer Partizipation. Der Index wird für 183 Staaten erhoben.

Weltweites Ranking

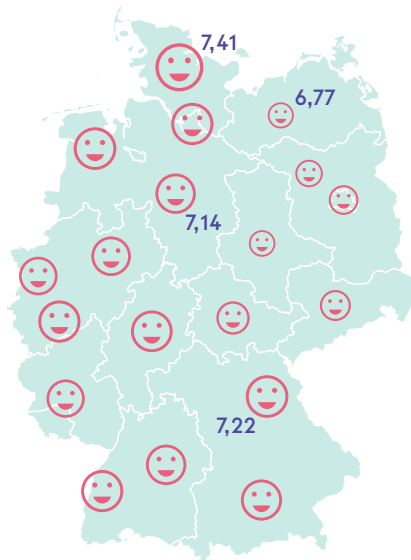
- 1 Deutschland
- 2 Dänemark
- 3 Australien
- 4 Schweiz
- 5 Großbritannien
- 6 Niederlande
- 7 Österreich
- 8 Luxemburg
- 9 Portugal
- 10 Japan

FORTSCHRITTE BEI DER JUGEND-ENTWICKLUNG



DEUTSCHE PERSPEKTIVE

Glück auf Zehnjahreshoch

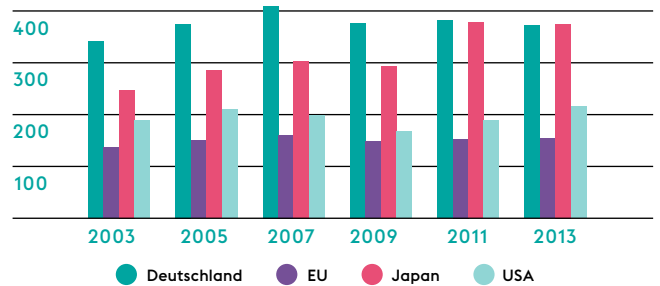


Die Deutschen sind so glücklich wie seit zehn Jahren nicht mehr – der Glücksindex erreicht im Schnitt 7,11 auf einer Skala bis zehn. Neben den Schleswig-Holsteinern und den Niedersachsen sind die Franken am glücklichsten. Und noch etwas fällt auf: Wer tolerant ist, ist deutlich zufriedener.

Innovationsland Deutschland

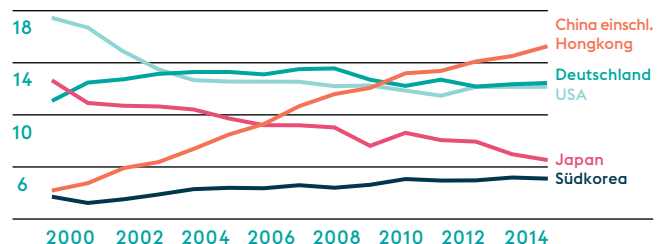
WELTMARKTRELEVANTE PATENTE

je Million Einwohner

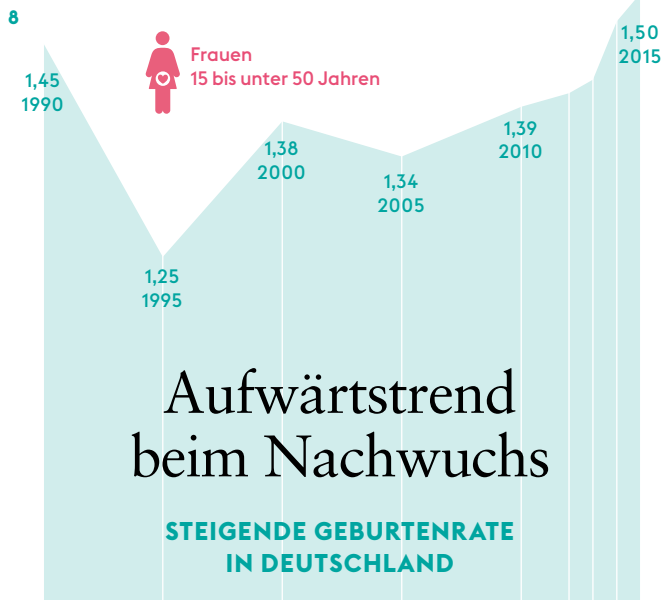


Die Zahl der weltmarktrelevanten Patente liegt in Deutschland mit großem Abstand über dem EU-28-Durchschnitt. In Bezug auf den Anteil am Welthandel mit hochwertiger Technik belegte Deutschland 2013 den ersten Platz (14,3 Prozent).

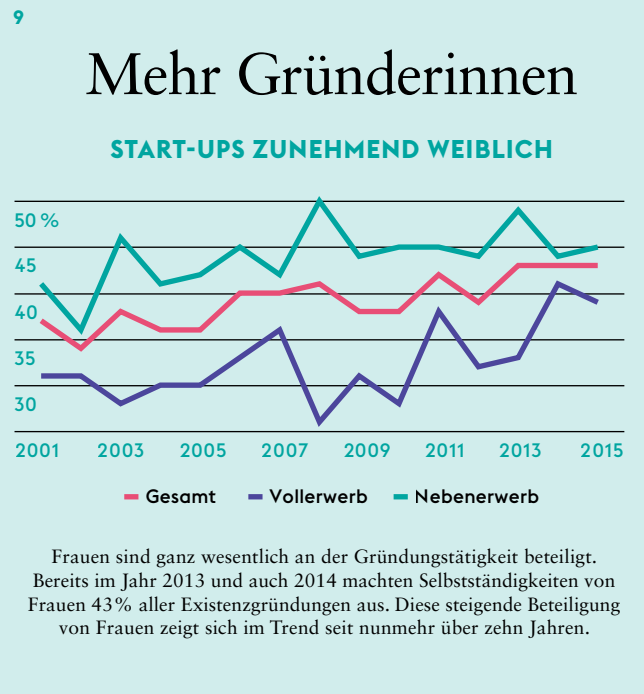
WELTHANDELSANTEILE BEI FORSCHUNGSINTENSIVEN WAREN



Die amerikanische Nachrichtenagentur Bloomberg führt Deutschland nach Südkorea auf **Platz zwei der innovativsten Länder**. Die Bundesrepublik hat es 2016 erstmals in die **Top Ten des Rankings des Global Innovation Index** geschafft.



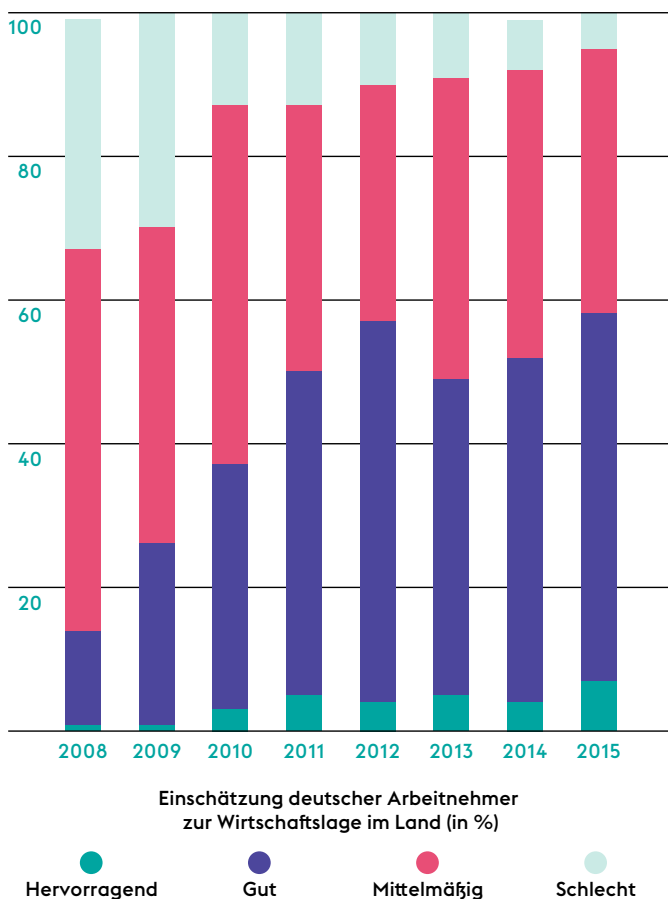
Die Geburtenziffer liegt erstmals seit 33 Jahren wieder bei 1,5 Kindern je Frau. Seit 2012 ist eine durchgehend positive Entwicklung zu verzeichnen.



10

Lust am Aufschwung

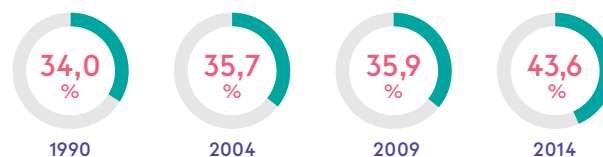
WIRTSCHAFTLICHE GRUNDSTIMMUNG
DER DEUTSCHEN IMMER POSITIVER



11

Zeit für Freiwilliges

MEHR EHRENAMTLICHE



Bereits 2014 gaben knapp 30,9 Millionen Deutsche an, sich ehrenamtlich zu engagieren. In den letzten zwei Jahren mögen noch Hunderttausende dazugekommen sein. Solidarität – auch für Geflüchtete – wird in Deutschland großgeschrieben.

QUELLEN

1 UNESCO, Institute for Statistics; UNESCO 2015: Bericht „Bildung für alle“. 2 Weltbankgruppe 2016: Global Poverty Indicators; Weltbankgruppe, IWF 2015/2016: Global Monitoring Report. 3 Weltbankgruppe 2016: World Development Indicators; WHO 2016. 4 Weltbankgruppe 2016: World Development Indicators. 5 Commonwealth Secretariat 2016: Youth Development Index Report. 6 Deutsche Post 2016: Glücksatlas. 7 Bundesministerium für Bildung und Forschung 2016: Bundesbericht Forschung und Innovation. 8 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 373, 17.10.2016. 9 KfW-Gründungsmonitor 2015. 10 Gallup Deutschland 2015: Gallup Engagement Index. 11 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2014: Freiwilligensurvey.



FRAUKE GOTTLWALD
ist Referentin im Bereich Strategieentwicklung und Planung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dort verantwortet sie unter anderem die stiftungsweite Arbeitsplanung und entwickelt neue Formate. Sie sucht stets nach dem, was künftig ist.



Dringend verändern

Die Europäische Union hat sich imperial überdehnt.
Es sind drei Szenarien vorstellbar, wie sie dem drohenden
Zerfall noch zuvorkommen kann.
Doch Deutschland müsste vorangehen.

TEXT Herfried Münkler



BÜRGER AUS ZEHN EU-STAATEN ZU DEN SCHLÜSSELFRAGEN EUROPAS

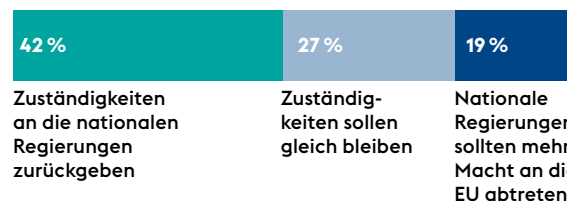
Ist Ihre Einstellung zur EU positiv oder negativ?



Wäre ein Austritt aus der EU gut oder schlecht?



Wie sollte sich die EU in Bezug auf
Zuständigkeiten in Zukunft verändern?



Die Europäische Union befindet sich in der schwersten Krise ihrer Geschichte, und keiner kann mit Gewissheit sagen, ob es die EU in fünf Jahren noch gibt oder ob sie dann auseinandergefallen sein wird. Eine belastbare Prognose ist auch darum so schwer, weil sich nicht vorhersehen lässt, wie sich die fortschwellenden Krisen der Staatengemeinschaft weiterentwickeln werden: Bleibt das Zinsniveau im Euroraum so niedrig wie zurzeit, so wird die Überschuldung der südeuropäischen Mitgliedstaaten vorerst politisch nicht akut werden. Durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist für die Problembearbeitung Zeit gewonnen worden. Aber wird diese Zeit auch genutzt, um das Problem zu entschärfen? Die jüngsten Entwicklungen lassen eher Zweifel aufkommen. Und wenn das EU-Türkei-Abkommen über den Umgang mit Migranten hält, dann wird es vorerst keinen Flüchtlingsstrom auf der Balkanroute wie den vom Spätsommer und

Herbst 2015 geben. Derweil verlagern sich die Flüchtlingsströme zweifellos von der Türkei nach Nordafrika und suchen sich neue Routen. Der Druck auf die Außengrenzen der EU wird sich nur verringern, wenn die Kriege im Nahen Osten beendet werden, klimabedingte Dürreperioden sich nicht zu Katastrophen auswachsen und die Bleibeperspektiven der Menschen in den Ländern nördlich und südlich der Sahara deutlich besser werden. Die Europäer brauchen einen Masterplan zur Stabilisierung dieser Regionen und eine wirklich gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Doch momentan kann davon nicht die Rede sein. So verstreicht auch hier die teuer erkaufte Zeit, ohne dass wirklich etwas geschieht.

SKEPSIS DER BÜRGER GEGENÜBER DER EU NOCH NIE SO GROSS

Das Kaufen von Zeit hat seinen Preis, und dieser besteht in einer erodierenden

Zustimmung der Bevölkerung zur EU in den Mitgliedstaaten. Die wachsende Skepsis der Bürger gegenüber dem EU-Projekt war noch nie so groß wie in jüngster Zeit – bei manchen ist sie inzwischen in offene Ablehnung umgeschlagen. Die Niedrigzinspolitik der EZB hat dazu geführt, dass die Ersparnisse der Menschen keine Rendite mehr bringen – und das bei einer zumindest in Deutschland sehr guten Wirtschaftskonjunktur. Zugleich erschrecken die für die Rettung der Banken und die Stützung des europäischen Südens aufgebrauchten Finanzmittel die Menschen allein durch ihre unvorstellbaren Ausmaße. Die Verteilung der Flüchtlinge in der EU klappt nicht und ihre Integration in die Gesellschaften der Länder, in denen sie Aufnahme gefunden haben, wird nicht billig werden. Die Folge ist, dass sich die Menschen immer mehr von Europa abwenden und dass Parteien, die Europa ablehnend bis feindselig gegenüberstehen, wachsenden Zuspruch erhalten. Dass eine Mehrheit der Briten

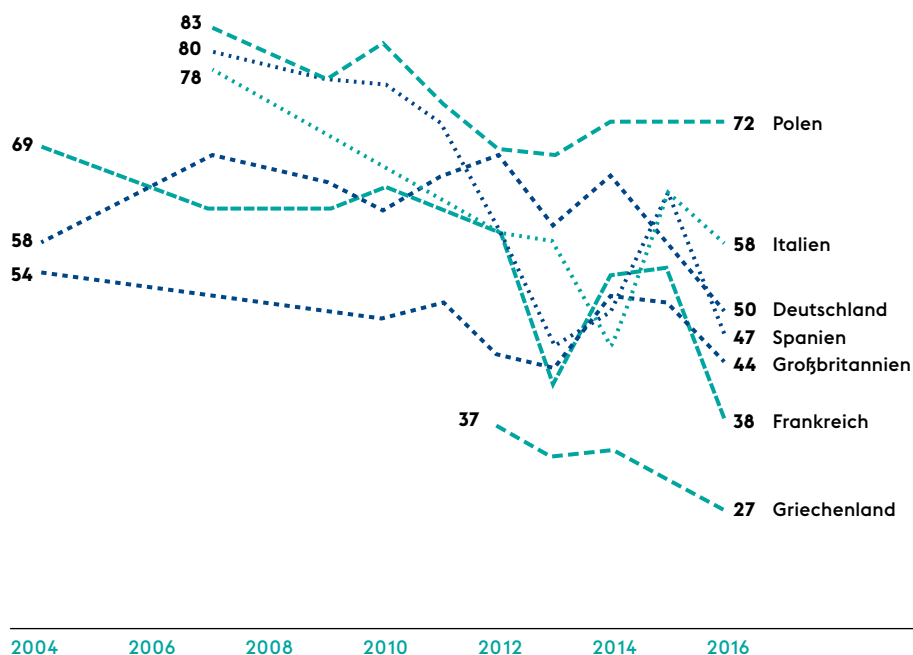
Die EU schiebt diese ständig wachsende Schichttorte der unbearbeiteten Probleme vor sich her.

bei dem Referendum im Juni 2016 für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU votiert hat, ist der bislang dramatischste Ausdruck dessen. Trotz der absehbaren wirtschaftlichen Nachteile, die Großbritannien durch den Brexit hinnehmen muss, ist nicht auszuschließen, dass andere Länder den Briten folgen werden. Je weniger Nettozahler übrig bleiben, desto größer wird der Druck auf die verbliebenen, ebenfalls die EU zu verlassen, damit die finanziellen Lasten der Union nicht an ihnen

allein hängen bleiben. Das ist die eigentliche Gefahr, die vom Brexit ausgeht.

Die Beschreibung der verschiedenen Krisen, von der Überschuldung der Südländer bis zum Brexit, zeigt das Dilemma, in dem sich die Europäische Union befindet: Da sie die größten Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, nicht zu bewältigen oder aufzulösen vermag, sondern nur Zeit kaufen kann in der Hoffnung, dass sich die Probleme von selbst lösen werden oder deren Bearbeitung in Zukunft einfacher sein wird, hat sie Krise über Krise geschichtet und schiebt diese ständig wachsende „Schichttorte der unbearbeiteten Probleme“ vor sich her. Indem sie das tut, verliert sie immer mehr das Vertrauen der Bürger in ihre Handlungsfähigkeit, mit der Folge, dass die tatsächliche Handlungsmacht der EU infolge wachsender Skepsis der europäischen Gesellschaft im Verlauf der erkauften Zeit immer weiter schwindet. Im Ergebnis endet diese Strategie des Zeiterkaufes in der paradoxen Konstellation, dass die Gewinne zu Defiziten werden. Die sich zunehmend öffnende Schere zwischen Anforderung und Fähigkeit ist die eigentliche Krise der EU, die man mit

BEFÜRWORDUNG DER EU



dem amerikanischen Historiker Paul Kennedy auch als „imperiale Überdehnung“ bezeichnen kann. Dieser Begriff ist aus der Beobachtung des Aufstiegs und Falls großer Mächte und der Geschichte von Imperien erwachsen, und er zeigt an, in welcher Richtung eine nachhaltige Krisenbewältigung zu suchen ist: nicht länger im Erkaufen von Zeit, sondern in einer strukturellen Reform der großräumlich organisierten Gemeinschaft. Überdehnung ist ein Begriff, der dringenden Veränderungsbedarf anzeigt, und auf dessen Indikatorfunktion man gerade nicht mit einem indifferenten Weitermachen reagieren sollte. Durch pures Weitermachen entwickelt sich eine selbstzerstörerische Dynamik.

PROZESS DER VERTIEFUNG GÄNZLICH UNWAHRSCHEINLICH

Im Prinzip bezeichnet Überdehnung nichts anderes als die unüberbrückbar gewordene Kluft zwischen den Anforderungen an eine politische Ordnung und deren Fähigkeit, diesen Anforderungen zu genügen. Es gibt prinzipiell zwei Möglichkeiten, einer solchen Überdehnung zu begegnen: Entweder man vermindert die Anforderungen oder man erhöht die eigenen Fähigkeiten. Ersteres heißt Rückbau der EU, Letzteres Vertiefung der Union in Richtung Bundesstaat. Da es aber gänzlich unwahrscheinlich ist, dass sich die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten in der gegenwärtigen Lage auf einen Prozess der Vertiefung einlassen würde, insofern dies mit der Übertragung weiterer Kompetenzen auf Brüssel einherginge, scheidet diese Option aus, auch wenn sie in mancher Hinsicht wünschenswert sein mag.

Bleibt also die Option eines Rückbaus, der sich vom Zerfall darin unterscheidet, dass er einem Plan folgt und geordnet vollzogen wird, während der Zerfall katastrophal verläuft und sich jeder Steuerung und Kontrolle entzieht. Wenn man so will, ist Rückbau also der Versuch, dem drohenden Zerfall zuvorzukommen. Für einen solchen Rückbau der EU sind prinzipiell zwei Szenarien vorstellbar. Das eine Szenario besteht in der Formierung eines Kerneuropas, um das sich in Kreisen und Ellipsen die Länder gruppieren, die an einem geringeren Maß der Integration interessiert sind und dementsprechend weniger

Rechte, aber auch geringere Verpflichtungen haben. Betrachtet man die gegenwärtige Struktur des EU-Projekts, so besteht es ja nicht nur aus der EU-Mitgliedschaft, sondern auch aus dem Euroraum, dem Schengenraum, dem Europäischen Wirtschaftsraum und so weiter, die für unterschiedliche Grade der Integration stehen. Das Rückbauszenario „Kerneuropa mit Kreisen und Ellipsen“ würde daran anknüpfen, diese historisch gewachsene Struktur ordnen und sie zu einem flexiblen System ausbauen, bei dem ein starkes, handlungsfähiges Zentrum von der Peripherie hin abgeflachten Rändern umgeben ist.

Das alternative Rückbauszenario läuft auf die Bildung von drei Gruppen hinaus, die man in einer groben Benennung als Nord-EU, Süd-EU und Ost-EU unterscheiden kann und bei deren jeweiliger Zugehörigkeit neben der Geografie die Wirtschaftskraft und die Wirtschaftsmentalität der Länder ausschlaggebend sind. Diese drei Teil-EUs werden nicht völlig apart voneinander sein, sondern in bestimmten Fragen – vor allem solchen wirtschaftlicher und fiskalischer Art – miteinander kooperieren. Die Aushandlungsprozesse jedoch werden schwierig und ständig am Rande des Scheiterns stehen. Außerdem wird es innerhalb einer dann nur locker verwobenen Gesamt-EU zur Bildung von Ressentiments gegenüber den anderen kommen, die der Zusammenarbeit nicht förderlich ist. Das Blöckeszenario ist sicherlich besser als ein Zerfall der EU, bei dem zuletzt nur noch Einzelstaaten übrig bleiben, aber es steht für eine alles andere als wünschbare Entwicklung, die indes eine erhebliche Wahrscheinlichkeit aufweist.

So ist unter den wahrscheinlichen Zukunftsentwicklungen der EU das Szenario „Kerneuropa mit Kreisen und

Das Blöckeszenario Nord-EU, Süd-EU und Ost-EU ist besser als ein Zerfall, aber alles andere als wünschbar.

Ellipsen“ eigentlich das mit der größten Wünschbarkeit, aber auch das – im Vergleich mit den Szenarien des Zerfalls und der Bildung von drei Blöcken – mit der geringsten Wahrscheinlichkeit. Dennoch dürfte es lohnend sein, über die konkrete Ausgestaltung einer solchen EU genauer nachzudenken und nach Verbündeten Ausschau zu halten, die beim Beschreiten dieses Weges helfen können. Vermutlich müsste die Bundesrepublik Deutschland vorangehen, auch wenn dies mit erheblichen politischen Risiken verbunden ist. Wenn jedoch keiner die Initiative zugunsten des Kerneuropaszenarios ergreift, werden die beiden anderen Szenarien umso wahrscheinlicher werden.



HERFRIED MÜNKLER
lehrt an der Berliner Humboldt-Universität Politikwissenschaften und berät auch das Auswärtige Amt. 2015 erschien seine Monografie *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*. Er glaubt, dass sich nun entscheidet, ob die EU überhaupt eine Zukunft hat.

Liberaler Demokratie

Ist das Beste, was uns jemals passieren konnte

Warum zweifeln eigentlich so viele am Modell der liberalen, westlichen Demokratie? Nichts schützt uns besser vor Willkür und Rechtlosigkeit. Um das zu verstehen, genügt ein Blick nach Osten.

TEXT Jan Jakub Chromiec

Warum sind Menschen bereit, für die Annäherung an die Europäische Union zu sterben? Das fragte ich mich, als ich Bilder von Protesten auf dem Kiewer Maidan sah. Protestierende, mit EU-Fahne in der Hand, harrten monatelang aus – trotz Kälte, Schlägertrupps und Entführungen. Knapp hundert von ihnen wurden erschossen, viele der Toten waren noch sehr jung.

Wer verstehen will, warum junge Ukrainer bereit waren, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, muss nach Meschyhirja fahren. Die ehemalige Residenz des gestürzten Präsidenten Janukowitsch ist heute das „Volksmuseum der Korruption“. Auf Staatskosten ließ sich der Präsident ein „Klein-Versailles“ hochziehen. Mit Pfauengehege, Piratenschiff, Jagdgebiet, Boxing, Golfplätzen, Fünf-Meter-Mauer und Brotlaiben aus Gold.

Die Residenz steht symbolisch für eine Form der Macht, die ich „kolonialisierte Demokratie“ nennen würde. In der Ukraine errang eine Elite kaum eingeschränkte Macht über das politische System und beutete ihr Land wie eine private Kolonie aus. Da sie sämtliche staatlichen Institutionen beherrschte, war Widerstand aussichtslos. Ihre Bürgerrechte konnten die Ukrainer weder vor einem unabhängigen Gericht verteidigen noch in freien Medien einfordern. Die Elite kontrollierte den Zugang zur Politik und machte sich durch Unterdrückung von NGOs und politischen Gegnern de facto unabwehlbar.

Junge Ukrainer beriefen sich in ihrem Kampf auf die Europäische Union, weil die liberalen Grundwerte der Gemeinschaft (Artikel 2 des EU-Vertrags) das Gegenmodell zu einer kolonialisierten Demokratie bieten. Wir EU-Bürger genießen

Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gleichstellung und ein demokratisches Regierungssystem, das allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, auf die Wahl und Abwahl der Regierung nicht nur einzuwirken, sondern sie maßgeblich mitzubestimmen.

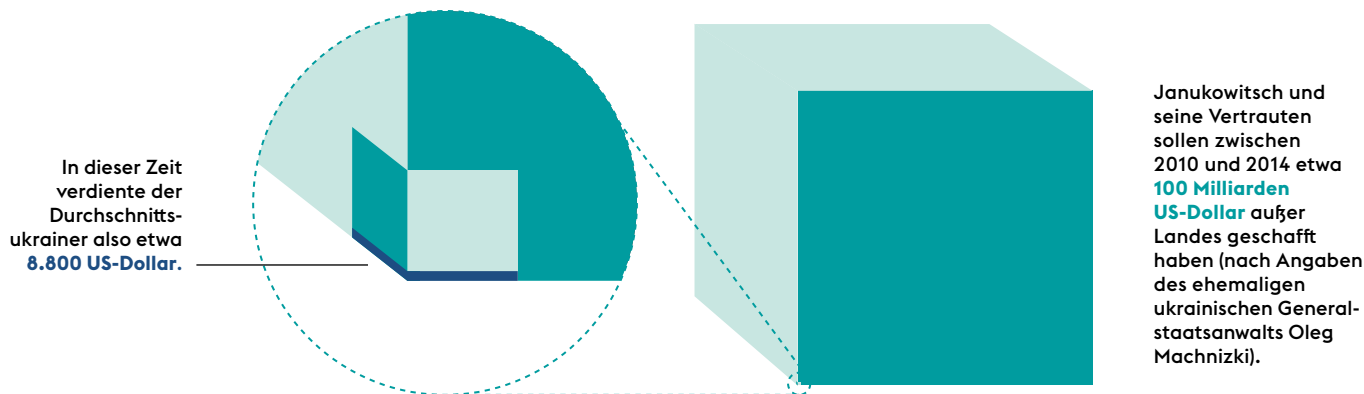
INTOLERANZ UND HASS ALS POLITISCHE WAFFE

Gegen einen Janukowitsch an der Macht würden EU-Bürger mächtige Werkzeuge in der Hand haben: unabhängige Gerichte, pluralistische Medien, offene politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen. Für kritisches politisches Engagement würde man weder entlassen, eingesperrt noch schikaniert.

Die liberaldemokratischen Grundwerte der Europäischen Union sind gleichwohl nicht unumstritten und werden nicht überall identisch motiviert umgesetzt. Aber sie beschreiben das Ideal eines gesellschaftlichen Modells, für das Menschen unter dem Druck von Willkürherrschaft alles opfern. Um diese Werte kämpfte auf dem Euromaidan die junge Generation der Ukrainer, genauso wie früher die polnische Solidarność und andere Bürgerbewegungen Ost- und Westeuropas.

Daher wundert es, wenn nun illiberale Kräfte diese Werte quer durch Europa infrage stellen. Sie setzen Intoleranz und Hass gegen vermeintliche „Volksfeinde“ als politische Waffe ein. „Interne Feinde“ – Oppositionelle, religiöse oder sexuelle Minderheiten, kritische Medien, NGOs – wie auch „externe Feinde“ – Ausländer, Flüchtlinge, Vertreter internationaler Organisationen – werden flexibel bestimmt und als „Menschen

Das Durchschnittseinkommen eines Ukrainers beträgt monatlich etwa 200 US-Dollar. Janukowitsch hat genau vier Jahre lang regiert.



schlechterer Sorte“ diffamiert. Vorwürfe gegen „Feinde“ werden durch eine „Politik der parallelen Realität“ verbreitet, wo unbelegte Meinungen als Fakten hochgehalten werden, und so die Grundlage eines rationalen demokratischen Diskurses zerstört wird.

Illiberale Kräfte verherrlichen den Nationalstaat: Dieser soll in einer aus den Fugen geratenen Welt die letzte Bastion der Stabilität und des Schutzes bieten. Schließlich leiten sie mancherorts aus gewonnenen Wahlen das Recht ab, ohne Rücksicht auf parlamentarische Opposition und Verfassung durchregieren zu können. Dabei berufen sie sich auf einen „Volkswillen“, den sie selbst definieren; sie setzen außerdem Institutionen außer Kraft, die zum Schutz der Bürger vor politischer Willkür eingerichtet wurden, wie beispielsweise die Verfassungsgerichte.

Vor solchen Tendenzen müssen wir uns schützen. Auf die Frage, was liberale Demokratie denn jemals für uns getan haben soll, gibt es zwei Antworten, die uns überzeugen sollten.

Zum einen schützt uns die liberale Demokratie vor Eingriffen in unser Leben. Sie lässt es nicht zu, dass persönliche Eigenschaften und Einstellungen – Christ oder Moslem, homo- oder heterosexuell, Deutscher oder Pole, konservativ oder sozialdemokratisch – Grund genug sind, um Menschen willkürlich zu erniedrigen und auszugrenzen. Und falls dies dennoch einmal der Fall sein sollte, können wir unsere Rechte vor unabhängigen Gerichten einklagen und unpopuläre Regierungen abwählen. Gegen Machtmissbrauch kann sich jeder zur Wehr setzen. Das kann nur das Ideal der liberalen Demokratie bieten.

Illiberale Modelle setzen hingegen auf willkürliche Diskriminierung, das Recht des Stärkeren und die Verhinderung von Machtwechseln. Sie sind in der Lage, Schritt für Schritt eine koloniale Herrschaft über die Bürgerinnen und Bürger aufzubauen.

Zum anderen können wir dank liberaler Demokratie die Probleme unserer Zeit bestmöglich in den Griff bekommen. Viele dieser Probleme sind regionale oder nationale, die wichtigsten jedoch stellen sich global dar und überfordern den von Illiberalen vergötterten einsamen Nationalstaat der Mauer und des Gartenzweigs.

Die Europäische Union ist unsere beste Chance, um globale Probleme zu lösen. Wenn wir zusammenstehen, können wir unseren Wohlstand durch einen innovativen Binnen-

markt und eine starke Verhandlungsposition in Handelsfragen bewahren sowie uns gegen den Machtmissbrauch von Weltkonzernen verteidigen. Nur zusammen können wir globalen Terror bekämpfen, sowohl innerhalb Europas als auch an dessen Grenzen. Nur so können wir uns gegen Staaten durchsetzen, die unsere Sicherheit durch Annexion und Krieg infrage stellen und uns in unseren Ländern offen angreifen. Und schließlich können wir nur durch eine enge Zusammenarbeit nationale Egoismen bändigen. Nachdem europäische Staaten sich jahrhundertlang blutig bekriegten, haben wir nun endlich ein System geschaffen, in dem wir verhandeln, anstatt uns die Köpfe einzuschlagen. Wer Europa verlässt, merkt rasch, wie sehr wir um dieses Friedensprojekt beneidet werden. All das zugunsten einer – in der vernetzten Welt ohnehin recht illusorischen – „nationalen Souveränität“ aufs Spiel zu setzen, wäre fahrlässig.

Es bleibt die Frage, wie man liberale Werte verteidigen soll. Hier scheint für mich ein Punkt zentral zu sein: Illiberale Kräfte nutzen ein Anerkennungs-vakuum, um sich in der Gesellschaft zu etablieren. Wenn sich Bürger weder aufgrund ihrer Leistung und Arbeit, ihrer Bildung, ihrer Gruppenzugehörigkeit oder Ideologie anerkannt fühlen, suchen sie sehnlich nach etwas, das ihnen diese Anerkennung schenkt. In dieses Vakuum treten illiberale Strömungen und bieten eine geistige Heimat, in der sich viele erstmals wertgeschätzt fühlen. Es gilt also, dieses Vakuum zu füllen.

Abschließend eine Bitte an Sie: Fahren Sie nach Meschyhira! Ich gehe mit Ihnen jede Wette ein, dass Sie an diesem Ort verstehen werden, warum es sich lohnt, für die liberale Demokratie zu kämpfen.



JAN JAKUB CHROMIEC ist in Olsztyn (Polen) geboren und assoziierter Wissenschaftler am Jacques-Delors-Institut in Berlin. Er studierte Querflöte, Linguistik, Management und Public Policy. Derzeit schreibt er an der Hertie School of Governance seine Doktorarbeit über Verhandlungen in der EU.

Funktionierte bei uns nicht!

Der Politologe Zoltán Kizelly erklärt, warum der „illiberale Staat“ seiner Meinung nach genau das Richtige für Ungarn ist – und warum er zum Modell für andere Länder werden könnte.

TEXT Zoltán Kizelly

Winston Churchill hat es auf den Punkt gebracht: Demokratie ist bestimmt nicht die beste Herrschaftsform, aber man hat noch nichts Besseres erfunden.

Und seien wir ehrlich: Es gibt nicht „die eine“ Erscheinungsform von Demokratie, sondern eben sehr viele. Man denke nur an die verschiedenen Regierungssysteme in den USA, England, Frankreich, Deutschland oder der Schweiz, in denen die Idee der Volksherrschaft auf ganz unterschiedliche Weise ausformuliert wird.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat in seiner Rede in Bad Tuschnad (Siebenbürgen, Rumänien) im Sommer 2014 aus der neuen geopolitischen Weltsituation und der anhaltenden Rezession der Eurozone die Schlussfolgerung gezogen, dass Ungarn zu einem „illiberalen Staat“ werden soll, um den Herausforderungen besser zu trotzen. Seitdem sehen wir ähnliche Tendenzen in der Slowakei und jüngst auch in Polen. Worin stecken das Wesen und die Anziehungskraft dieses Modells, besonders in den Staaten Mittel- und Osteuropas?

Fangen wir mit einem Umkehrschluss an. Was haben die 20 Jahre liberaler Demokratie Ungarn seit 1990 gebracht? Eine Zweidrittelmehrheit für Viktor Orbán! Wir können davon ausgehen, dass weder das utopische „postliberale“ (Laurence McFalls) noch das „postdemokratische“ (Colin Crouch) Modell als dominante Erscheinungsformen liberaler Demokratie für die MOE-Staaten für ihre angestrebte „aufholende Modernisierung“ adäquat wäre und man dadurch von einem „bloßen Aufnahmemarkt“ für westliche Waren zur eigenen Wertschöpfung übergehen könnte.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik im Sinne des Washingtoner Konsenses des Internationalen Währungsfonds stärkt die transnationalen Konzerne und Investoren auf Kosten der

heimischen Wirtschaftskraft. Die libertäre politische Kultur mit ihrer politischen Korrektheit schwächt die Immunkraft des Nationalstaates.

Es ist eben genau dieser Nationalstaat, der aufgrund eines bis heute lebendigen, romantischen Historismus als einziger effizienter Rahmen dieser Modernisierung angesehen wird. Imperien und Bündnisse mit ihren weit entfernt liegenden Machtzentren und Bestrebungen nach Homogenisierung kommen und gehen, einzig die Nation hat sich aber historisch als widerstandsfähig genug erwiesen. Diese Nation gilt es auch jetzt für eine gewisse Zeit fit zu machen, wenn „diese EU“ scheitert.

UNGARN ALS PIONIER DER ILLIBERALEN DEMOKRATIE

Wir sehen die Idee des „Illiberalismus“ in diesem Sinne als ein Modell für die Halbperipherie (wirtschaftlich im Sinne Immanuel Wallersteins, politisch im Sinne von Fareed Zakaria), um die negativen Globalisierungsprozesse zu bremsen und zu lenken. Aufhalten kann man sie ohnehin nicht.

Man könnte auch sagen: Illiberalismus ist ein Versuch der Politik, durch permanent mobilisierte Wählerunterstützung die entfesselten Wirtschaftskräfte irgendwie doch noch zu zähmen (wie Franklin D. Roosevelt oder John Maynard Keynes nach der großen Depression der 1930er-Jahre) und in den Dienst dieser forcierten Aufholentwicklung zu stellen.

Die realistische Schule der internationalen Beziehungen rät Nationalstaaten vor großen Konflikten zur Anhäufung eigener Ressourcen und Souveränität. Somit hat man im Ernstfall Bewegungsraum und ist nur bedingt auf die „egoistische“ Integrationszentrale angewiesen.

Ungarn gilt unter den EU-Staaten als Pionier und versucht unter den Rahmenbedingungen liberaler Demokratie, ein „illiberales“ Modell zu etablieren. Das ist das Neue.

In einer Massendemokratie ist jeder Akteur zwangsweise populistisch, man muss auch zwischen den Wahlen auf die Umfragewerte achten („Regieren nach Meinungsumfragen“). Somit sehen wir Populismus nicht als *differentia specifica* illiberaler Demokratie. Der Unterschied besteht in der Sichtbarmachung dieser Wählerunterstützung in Letzterer.

Politische Macht wird im illiberalen Modell vorwiegend durch diese manifeste Wählermobilisierung unter Zuhilfenahme symbolischer Themen und Konflikte gefestigt (wie etwa in der Flüchtlingsfrage). Seine Mittel sind die Umverteilung von Ressourcen zugunsten der meinungsführenden (oberen) Mittelschicht, „ursprüngliche Kapitalakkumulation“ nationaler Eliten und die Aufwertung der Exekutive (zulasten der Gewaltentrennung, externer Wirtschaftsakteure, Medien, NGOs und regierungsorganisierter Nichtregierungsorganisationen).

Die illiberale Politik verspricht im Gegenzug für die politische Unterstützung, von den „ein Prozent da oben“ wieder mehr nach „unten“ zu verteilen oder zumindest die gesellschaftliche (Verteilungs-)Gerechtigkeit wieder ins Lot zu stellen sie zur Zeit des Wohlfahrtsstaates im Westen oder während des Staatssozialismus im Osten. Allerdings weiß man (noch) nicht, ob sich diese Modelle auch ökonomisch behaupten können, weder bei Donald Trump noch bei Viktor Orbán.

Die Halbperipherie als (gefühlter) Modernisierungsverlierer ist nur teilweise in die internationale Wertschöpfung eingebunden und denkt im Nullsummenspiel, dass also des einen Gewinn des anderen Verlust ist. Das ergibt eine neue gesellschaftliche Trennlinie (global – national), die der Masse der Modernisierungsverlierer eine neue, patriotische politische Heimat gibt, während die wenigen Modernisierungsgewinner um ihren politischen Einfluss ringen müssen.

Erstarkende Protestparteien und große Koalitionen zehren an den Volksparteien, ihr Krisenmanagement macht sie zudem auch nicht populärer.

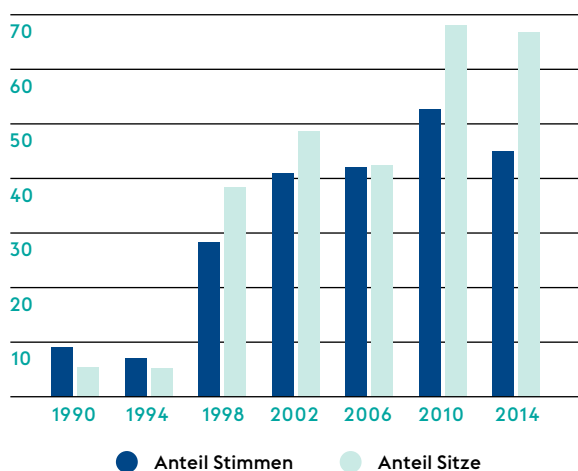
Nicht nur das internationale System ist dynamischer geworden. Durch die neue Trennlinie sind auch die politischen und Parteiensysteme der liberalen Demokratien in Bewegung geraten.

Im Zentrum sucht man noch (vergeblich) nach neuen Wegen, dieser neuen Unbehaglichkeit breiter Wählerschichten im Rahmen „traditioneller“ liberaler Demokratie zu begegnen. Erstarkende Protestparteien und große Koalitionen zehren an den Volksparteien, ihr Krisenmanagement macht sie zudem auch nicht populärer.

Das „illiberale“ Modell dagegen saugt diese verunsicherten Wählermassen auf, um die politische Macht auch in den Wahlkabinen (liberal) zu behaupten und die anvisierten (illiberalen) Modernisierungsziele über mehrere Legislaturperioden zu erreichen.

Illiberaler Staat als nationale Immunreaktion hat in Ungarn politisch bislang gut funktioniert, die Partei von Viktor Orbán führt die Meinungsumfragen seit zehn Jahren haushoch an. Er kann beruhigt sein. Die ungarische Opposition kann derzeit keine ansprechende Alternative zu seiner Politik stellen.

WAHLERGEBNISSE DES FIDESZ BEI PARLAMENTSWAHLEN IN UNGARN



Durch eine Wahlrechtsänderung wurde das Parlament 2014 verkleinert. Die Zahl der Mandate wurde von 386 auf 199 reduziert, wobei 106 direkt in den Wahlkreisen und 93 über die Parteilisten bestimmt werden.



ZOLTÁN KISZELLY arbeitet als Politikwissenschaftler an der János-Kodolányi-Hochschule für angewandte Wissenschaften, die fünf Standorte in Ungarn unterhält. Er berät die ungarische Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán.

Osteuropa ist erwachsen geworden

Liberaler vs. Illiberaler Demokratie: Jan Fleischhauer blickt von außen auf unterschiedliche Staatsvorstellungen in Europa. Er spricht von einem „Zeitalter der Irritation“.

TEXT Jan Fleischhauer

Jede Generation glaubt, dass mit ihr die Zivilisation ihren Höhepunkt erreicht hat. Wenn die Generationsteilnehmer nach hinten schauen, dann erkennen sie mit einem nachsichtigen Lächeln, wie rückschrittlich und moralisch fragwürdig die Menschen in der Vergangenheit lebten und dachten. Früher zum Beispiel hätten die Leute nur gelacht, wenn man ihnen gesagt hätte, dass es mehr Geschlechter als Planeten gibt, Brüssel die wahre Hauptstadt Europas ist und Grenzen in der globalen Welt eine Erfindung von gestern sind.

Das Gefühl, zu dem am weitesten entwickelten Menschen schlag zu zählen, lässt sich auch im europäischen Maßstab antreffen. Dass die Geschichte auf ein geeintes Europa zusteuert, in dem soziale Ungerechtigkeit, Nationalstolz und die falschen Ölkännchen auf dem Restauranttisch für immer beseitigt sind, ist das historische Telos, das gerade in der politischen Elite Deutschlands tief verankert ist. Spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs leben wir in der glücklichen Vorstellung, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Die Aufhebung Deutschlands in den Grenzen der EU ist ein vergangenheitspolitisches Großprojekt, das bislang jeden Wechsel im Kanzleramt überstanden hat.

Die Flüchtlingskrise war auch deshalb ein so schmerzhafter Moment für die Deutschen, weil er die Zwangsläufigkeit des Fortschrittsprozesses infrage stellte. Zum ersten Mal sind unsere Nachbarn nicht bereit, uns auf dem Weg in eine menschlichere und gerechtere Zukunft zu folgen. Vor allem in den osteuropäischen Ländern regt sich Widerstand gegen eine Politik, deren moralischer Anspruch als „Tugendhochmut“ zurückgewiesen wird. Zoltán Kiszelly bezeichnet Orbáns Modell des „illiberalen Staates“ als „nationale Immunreaktion“; das ist, finde ich, eine sehr treffende Bezeichnung für das neue Selbstverständnis im Osten.

Es ist nicht so, dass sie sich in Ungarn oder Polen von Europa abwenden. Alle Umfragen zeigen, dass die Bürger dort ihr Heil nicht außerhalb der EU suchen – daran hindert sie schon die Angst vor den Russen. Sie wollen nur nicht dieses Europa, das die Nationalstaaten in einem Großreich mit einer Hauptstadt in einem Land aufgehen lässt, für das der Begriff *failed state* erfunden zu sein scheint. Dem „Zeitalter der Imitation“, wie der bulgarische Philosoph Iwan Krastew die Jahre nach 1989 nennt, folgt jetzt das der Irritation.

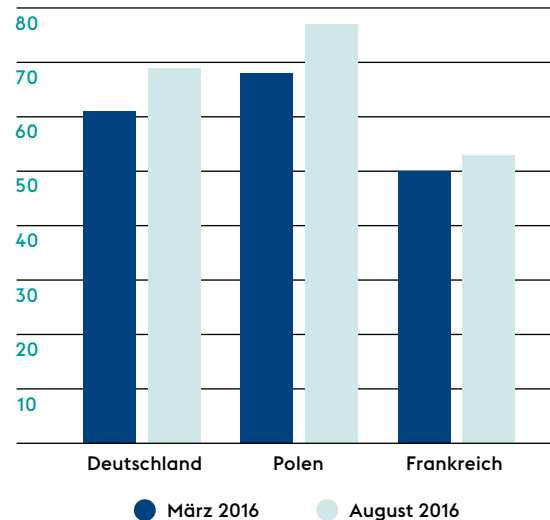
GEFÜHL DER KRÄNKUNG IN VIELEN KOMMENTAREN

Wollte man die Dinge nüchtern sehen, könnte man auch sagen: Osteuropa ist erwachsen geworden. Die Polen, Ungarn und Rumänen blicken nicht mehr mit gläubigen Augen gen Westen, dessen Werte sie bislang als überlegen akzeptierten; jedenfalls nicht mehr diejenigen aus dem Teil der Gesellschaft, der sich

Zum ersten Mal sind unsere Nachbarn nicht bereit, uns auf dem Weg in eine menschlichere und gerechtere Zukunft zu folgen.

ZUSTIMMUNGSWERTE ZUR EU

Vor und nach dem Brexit-Referendum:
Wenn sie bei einem Referendum abstimmen
könnten: Würden sie für oder gegen einen Verbleib
in der Europäischen Union stimmen?



Angaben sind Zustimmungswerte
in Prozent der Befragten.

als konservativ versteht (dass es nach wie vor einen anderen Teil gibt, der sich weiter der europäischen Tradition verbunden fühlt, zeigt der Beitrag von Jan Jakub Chromiec). Dort, wo man auf Eigenständigkeit bedacht ist, entwickeln sie jetzt ihre eigenen Vorstellungen und Begriffe – ein Prozess, den man gemeinhin Emanzipation nennt. Aber die Dinge so zu sehen, würde eine Abgeklärtheit voraussetzen, die den wenigsten hierzulande gegeben ist. Aus deutscher Sicht ist die Abwendung der Osteuropäer eine furchtbare Ungehörigkeit. Viele Kommentare durchzieht ein Gefühl der Kränkung. Die Autoren reden über die abgefallenen Staaten wie über undankbare Kinder, die sich gegen die Eltern auflehnen, obwohl man in der Vergangenheit doch alles für sie getan hat.

Manchmal lohnt es, mit dem Blick des Fremden auf sich selbst zu blicken, weil sich dann manches relativiert. Mit dem Blick von außen stellt sich zum Beispiel die Frage, wer die eigentlichen Exoten sind: wir oder diejenigen, die wir dafür halten. Die Wahrheit ist: 90 Prozent der Menschheit denken anders als wir Europäer. Die Asiaten denken anders, die Afrikaner, auch große Teile des amerikanischen Kontinents. Niemand in Asien käme auf die Idee, eine andere soziale

Konstellation der eigenen Familie vorzuziehen. Oder verächtlich über Menschen zu reden, die Fremden mit Zurückhaltung begegnen. Außerhalb eines sehr kleinen Kerneuropas gilt auch eine Errungenschaft wie die Fußgängerampel mit gleichgeschlechtlichen Paaren nicht als Symbol des Fortschritts, sondern als Torheit.

Man kann gegen die Osteuropäer sagen, was man will, eines muss man ihnen lassen: In vielem stehen sie dem Rest der Welt näher als wir.

**Mit dem Blick von
außen stellt sich die
Frage, wer die eigent-
lichen Exoten sind.**



JAN FLEISCHHAUER
ist ein deutscher Journalist und Autor. Sein erstes Buch *Unter Linken* wurde 2009 zum meistverkauften politischen Sachbuch des Jahres. Bundesweit bekannt ist auch seine Kolumne *Der schwarze Kanal*, die seit Januar 2011 die Leser von *Spiegel Online* polarisiert.

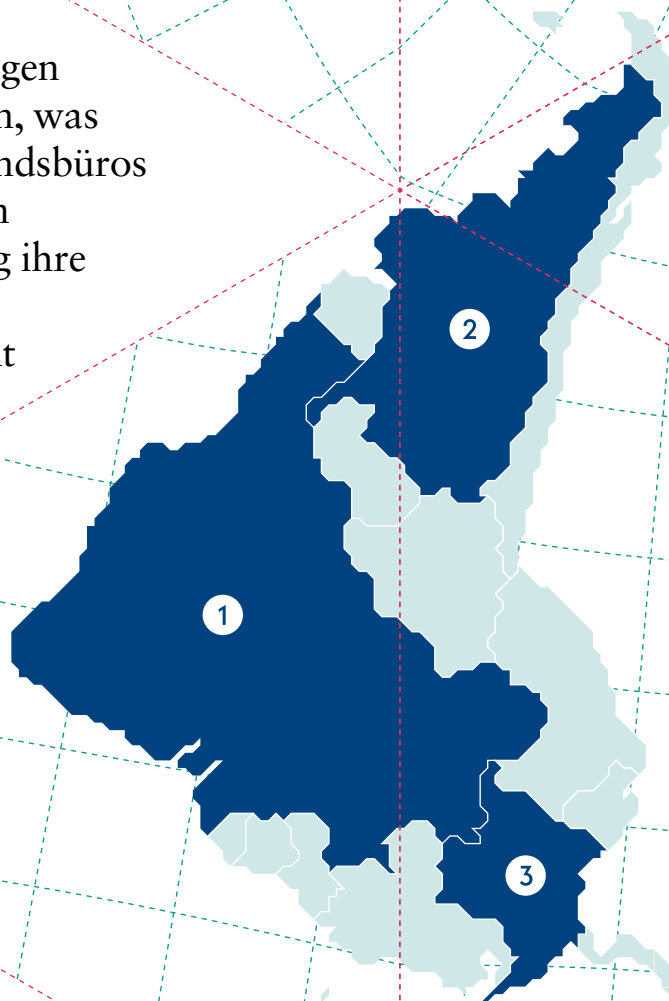
Ausblick:

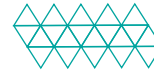
18 Länder

Was die Zukunft bringt? Das kann niemand mit Sicherheit voraussagen. Und doch können wir aus gegenwärtigen Entwicklungen einiges über das lernen, was kommen könnte. Insgesamt 18 Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung haben sich Gedanken gemacht, welchen Weg ihre jeweiligen Länder nehmen könnten. Ihr Fazit: In einigen Regionen der Welt kann es im Jahr 2017 zu grundlegenden Weichenstellungen kommen.

AUSLANDSARBEIT

Seit mehr als 50 Jahren arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung auf europäischer und internationaler Ebene und trägt damit weltweit zur Festigung von Sicherheit und Frieden bei. Sie ergänzt die Außenpolitik der Bundesregierung sowie die staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Die ersten Auslandsbüros öffneten 1962 in Chile und Venezuela, heute ist die Stiftung in mehr als 100 Ländern vertreten. In allen Einsatzländern unterstützen Auslandsmitarbeiter demokratische und rechtsstaatliche Strukturen und fördern die Freiheit der Medien sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft. Diese Arbeit ermöglicht einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der Einsatzländer – Kompetenzen, die wir auch für dieses Magazin genutzt haben.





DIE SYMMETRIE DER WELT

Herkömmliche Weltkarten mit der in Schulatlanten geläufigen Mercatorprojektion haben einen entscheidenden Fehler: Auf ihnen wirken Regionen, die näher am Nord- oder Südpol liegen (zum Beispiel Europa), im Verhältnis größer als jene in Äquatornähe (zum Beispiel Afrika). Die hier gezeigte Dymaxion-Weltkarte des Architekten Richard Buckminster Fuller versucht, dieses Dilemma durch Projektion der Weltkarte auf einen vielflächigen Körper zu lösen. Das aus 20 gleichseitigen Dreiecken zusammengesetzte Kartennetz kann an jeder beliebigen Nahtstelle entfaltet werden – so offenbaren sich überraschende Perspektiven. Gleichzeitig wird die gewohnte Nordung der Karte aufgehoben – es gibt kein Oben und Unten, keinen Osten und Westen mehr.

1

Brasilien

Olympia in Rio ist Geschichte, auch das Amtsenthebungsverfahren gegen die frühere Präsidentin Dilma Rousseff ist abgeschlossen. Der neuen brasilianischen Regierung fehlt jedoch für viele der dringend erforderlichen strukturellen Reformen die Kraft. Außerdem bewegt sich das Land nach der Kommunalwahl 2016 bereits auf einen weiteren, noch größeren Wahlkampf zu: Im Jahr 2018 wird ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Die Auseinandersetzungen darüber dürften von neuen Korruptionserhellungen des „Lava-Jato-Skandals“ mitbestimmt werden, der immer weitere Kreise in die wirtschaftlichen und politischen Eliten zieht. Globale Umweltveränderungen werden noch stärker spürbar sein, aber die Regierung bleibt auch hier Antworten schuldig. Deutschland und Europa bleiben wichtige Partner, doch strategische Investitionen zeigen Chinas wirtschaftliche Dominanz in dieser Region.

JAN WOISCHNIK, RIO DE JANEIRO (AUSLANDSBÜRO BRASILIEN)

3

Kolumbien

Im September 2016 hat die kolumbianische Regierung mit der FARC-Guerilla ein Friedensabkommen unterzeichnet. Damit war die erste Voraussetzung für die Beendigung eines über 50 Jahre dauernden Konflikts geschaffen. In der folgenden Volksabstimmung wurde der Friedensvertrag überraschend abgelehnt, nachdem von der Opposition Bedenken gegen einige Punkte vorgebracht worden waren. Nach Gesprächen zwischen der Regierung und den Kritikern ist ein Kompromiss absehbar, der dann freilich mit den Guerillaführern neu verhandelt werden müsste. Vom Erfolg hängt das Vertrauen in den gesamten Friedensprozess ab. Danach wird sich zeigen, ob die kolumbianische Regierung in der Lage ist, andere wichtige Probleme zu lösen, die nicht direkt mit dem Friedensvertrag zusammenhängen – zum Beispiel die Bekämpfung des Drogenhandels.

HUBERT GEHRING, BOGOTÁ (AUSLANDSBÜRO KOLUMBIEN)

2

Argentinien

Im Jahr 2017 sind Wahlen in Argentinien; ein Drittel der Sitze im Senat und die Hälfte der Abgeordnetenhausitze werden neu vergeben. Die Fortführung des wirtschaftlichen und politischen Reformprojektes des liberal-konservativen Präsidenten Mauricio Macri wird im Mittelpunkt des politischen Alltags Argentiniens stehen. Die Partei von Macri, Propuesta Republicana (PRO), verfügt nicht über die Mehrheit im Parlament – weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus. Daher muss die PRO Kompromisse mit der Opposition schließen. Unklar ist, ob das Bündnis der Peronisten, derzeit drittstärkste Kraft im Abgeordnetenhaus, auf „Wahlkampfmodus“ umstellt und notwendige Gesetzesvorlagen blockiert.

OLAF JACOB, BUENOS AIRES (AUSLANDSBÜRO ARGENTINIEN)

5

Frankreich

Die Wahlen des französischen Staatspräsidenten und der Nationalversammlung werden das erste Halbjahr der politischen Agenda 2017 bestimmen. Die französische Bevölkerung ist aufgrund der schwachen Wirtschaftslage und der hohen Arbeitslosenquote stark verunsichert. Ende Januar 2017 läuft zudem der Ausnahmezustand aus, der nach den Terroranschlägen 2015 ausgerufen und seither viermal verlängert wurde. Wie der Kampf gegen den Terror dann weitergehen soll, scheint bisher unklar und führt zu großen, polemischen Debatten. Deutschland wird auch zukünftig der wichtigste wirtschaftliche und politische Partner für Frankreich sein. Nach den Wahlen muss sich die deutsche Bundesregierung aber auf eine Kursänderung in der Politik Frankreichs einstellen – insbesondere in der Flüchtlingsfrage und hinsichtlich der Sanktionen gegen Russland. **NINO GALETTI, PARIS (AUSLANDSBÜRO FRANKREICH)**

4

Großbritannien

Mit der Referendumsentscheidung vom Juni 2016 ist derzeit davon auszugehen, dass Großbritannien und die EU vor einem komplexen Scheidungsprozess stehen, der formal spätestens im März 2017 beginnen wird. Langwierige und kontroverse Verhandlungen, sowohl über die Trennung als auch über das zukünftige Verhältnis, werden die Beziehungen Großbritanniens zur EU insgesamt, aber auch zu Deutschland in der nahen Zukunft prägen. Ob der dafür vorgesehene Zweijahreszeitraum ausreichen wird, ist ausgesprochen fraglich. Ebenso bleibt abzuwarten, inwieweit die noch herrschende optimistische Stimmung in Großbritannien einer zunehmenden Sorge und Skepsis weicht, sobald die negativen Auswirkungen des Brexits im Alltag der Briten zu spüren sein werden.

HANS-HARTWIG BLOMEIER, LONDON (AUSLANDSBÜRO GROSSBRITANNIEN)

6

Russland

Eine der entscheidenden Herausforderungen für Russland wird es sein, die Rezession zu überwinden. Da der Ölpreis weiterhin niedrig ist und sich das Wachstum in China abschwächt, ist das Interesse an der Aufhebung der Sanktionen durch den Westen sehr stark. Kompromisse im Ukraine-Konflikt dürfte die Regierung in Moskau allerdings kaum machen. Ob es dennoch Annäherungen geben wird, hängt nicht unwesentlich von der Entwicklung der Beziehungen zur neuen US-Administration ab. Das gilt im Übrigen auch für die Beziehungen zur EU und zu Deutschland. Außerdem werden zwei Großereignisse des Jahres 2018 in den kommenden Monaten eine wichtige Rolle für Russland spielen: die Fußballweltmeisterschaft und die kommende Präsidentschaftswahl. **CLAUDIA CRAWFORD, MOSKAU (AUSLANDSBÜRO RUSSLAND)**

7

Ungarn

Eine Forderung steht auch 2017 im Mittelpunkt der ungarischen Politik: Europa müsse den Bürgern das Gefühl von Sicherheit zurückgeben, so Ministerpräsident Viktor Orbán. Von zentraler Bedeutung ist dieser Lesart zufolge die Flüchtlings- und Migrationsfrage. Ein weiteres Augenmerk gilt der Wirtschaftspolitik: Die Regierung Orbán profitiert vom anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung; er garantiert derzeit politische Stabilität in Ungarn. Deutschland wird auch künftig der wichtigste wirtschaftliche und politische Ansprechpartner für Ungarn sein. In den Verhandlungen über einen EU-Austritt Großbritanniens wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit eine wichtige Rolle spielen. Außerdem wird Ungarn die EU-Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten forcieren. **FRANK SPENGLER, BUDAPEST (AUSLANDSBÜRO UNGARN)**

9

Algerien

2017 könnte für Algerien ein schwieriges, aber möglicherweise auch zukunftsweisendes Jahr werden. Die strukturellen Herausforderungen des Landes, die sowohl politischer wie sozioökonomischer Natur sind, dürften sich weiter verschärfen. Dies birgt zum einen das Risiko zunehmender Instabilität, zum anderen aber wird dadurch der Druck auf die regierende Elite steigen. Sowohl der niedrige Ölpreis als auch die ungebremste demografische Entwicklung (70 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre) könnten den regierenden Bouteflika-Clan zum Handeln zwingen. Ungewiss ist, ob die algerische Bevölkerung dabei – ähnlich wie 2011 – die Rolle des passiven Zuschauers akzeptiert. Mit Blick auf Deutschland und Europa zeichnet sich eine engere Zusammenarbeit in der Energie- und Sicherheitspolitik ab.

HARDY OSTRY, TUNIS (AUSLANDSBÜRO TUNESIEN/ALGERIEN)

8

Ukraine

Reformstau, Gaspreispopulismus und ein stagnierender Friedensprozess dürften die Politik in der Ukraine 2017 bestimmen. Die Regierung hat keine Parlamentsmehrheit – für wichtige Gesetze ist sie auf Ad-hoc-Koalitionen angewiesen. Nötige Reformen werden jedoch so ausgebremsst. Auch Neuwahlen sind nicht auszuschließen. Die vom Weltwährungsfonds geforderte Marktpreisaneignung für Gas setzt die Regierung unter enormen Druck, was die Opposition populistisch für sich zu nutzen weiß. Außenpolitisch betrachtet könnten die neue Regierung Trump in den USA und der Ausgang der Wahlen in Frankreich die Unterstützung der Ukraine im Westen aufweichen. Und: Trotz mangelnder Fortschritte im Friedensprozess wird es möglicherweise innerhalb der EU schwierig werden, den Konsens für die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten. **GABRIELE BAUMANN, KIEW (AUSLANDSBÜRO UKRAINE)**

10

Mali

In den vergangenen Jahren sorgte das früher scheinbar stabile Land für negative Schlagzeilen: Ein Militärputsch und die Besetzung Nordmalis durch Terroristen und Tuareg-Rebellen 2012 führten die Republik in eine tiefe Krise. Rebellen und islamistische Gruppen nutzen die schwache Staatlichkeit der Regierung. Militärisch konnten erste Erfolge bei der Stabilisierung verzeichnet werden. Friedensmissionen der Vereinten Nationen und der EU unterstützen dabei den Staat. Für langfristige politische Lösungen hat die Regierung von Präsident Ibrahim Boubacar Keita bisher keine Konzepte. Die Bevölkerung steht der Politik sehr skeptisch gegenüber und hat nur geringes Vertrauen in den Staat. Der Aussöhnungs- und Friedensprozess sowie der Schutz der Zivilbevölkerung in Mali benötigen weiterhin die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, wobei Deutschland eine tragende Rolle spielen sollte. **CHRISTINA WAGNER, BAMAKO (AUSLANDSBÜRO MALI)**

11

11

Elfenbeinküste

Bis 2020 soll sich die Elfenbeinküste zu einem Schwellenland entwickeln, so der Plan des Präsidenten Alassane Ouattara. Auf dem Weg dorthin sind zwei Faktoren entscheidend: Frieden im Inneren, Stabilität nach außen. Ein Anfang ist gemacht – das Land findet nach zehn Jahren Krise zur Ruhe. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich derzeit positiv, und auch Unternehmergeist scheint sich in der ivoirischen Wirtschaft zu entwickeln. Eine wichtige Rolle spielen dabei die ausgezeichneten Beziehungen zu Deutschland und der EU. Diese sollen durch den in der Hauptstadt Abidjan stattfindenden EU-Afrika-Gipfel 2017 noch weiteren Auftrieb erhalten. Pluspunkte sammelt die Elfenbeinküste schon jetzt durch ihre Politik für eine systematische Rückkehr ihrer Flüchtlinge. **ELKE ERLECKE, ABIDJAN (REGIONALPROGRAMM POLITISCHER DIALOG WESTAFRIKA)**

13

Libanon

Durch den benachbarten Syrienkonflikt und durch die Aufnahme von geschätzten zwei Millionen Flüchtlingen steht der Libanon auch weiterhin im Fokus internationaler Stabilisierungsbemühungen in der Region. Im Oktober 2016 konnte durch die von allen politischen Lagern gemeinsam beschlossene Wahl von General Michel Aoun zum neuen Präsidenten einer mehr als zwei Jahre andauernden innenpolitischen Krise ein Ende gesetzt werden. Weitere Streitpunkte wie die geplante Reform des Wahlrechts sind dagegen noch ungelöst. Die nationale Souveränität des Zedernstaats wird zudem durch den geostrategischen Machtkampf zwischen dem Iran und Saudi-Arabien bedroht. Die Vormachtstellung der Hisbollah in Politik und Gesellschaft aber auch die jüngste Wahl des pro-iranischen Präsidenten Aoun untermauern Irans Machtanspruch im Libanon. **PETER RIMMELE, BEIRUT (AUSLANDSBÜRO LIBANON)**

12

Türkei

Die türkische Politik wird auch im kommenden Jahr unter dem Eindruck des vereitelten Militärputsches stehen – der Ausnahmezustand wurde bis Mitte Januar 2017 verlängert. Der Putschversuch hat zwei wichtige Entwicklungen in der türkischen Gesellschaft ausgelöst. Einerseits sind zeitweise alle größeren politischen Parteien gegen die Putschisten zusammengerückt. Andererseits sind die negativen Folgen der Verhaftungen und Entlassungen nach dem Umsturzversuch spürbar. Das gilt sowohl für das gesellschaftliche Miteinander als auch für die massiven Eingriffe in Presse- und Meinungsfreiheit. Nach den Reaktionen auf den abgewehrten Putschversuch und den Kontroversen über die Armenien-Resolution des Bundestages ist inzwischen immer mehr erkennbar, dass die türkische Regierung zwar weiter auf ein stabiles Verhältnis zu Deutschland setzt, aber andererseits an ihrem autoritären Kurs festhält. **SVEN-JOACHIM IRMER, ANKARA/ISTANBUL (AUSLANDSBÜRO TÜRKEI)**

14

Irak

Bei den Bemühungen um eine Stabilisierung des Nahen Ostens steht der Irak mehr denn je im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Die innenpolitische und wirtschaftliche Krise unter der aktuellen Regierung, staatliche Fragilität sowie der Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat werden das Land prägen. Zudem birgt die anhaltende Verfolgung von religiösen Minderheiten wie Christen und Jesiden weiteres Konfliktpotenzial. Ebenso haben sich bestehende Spannungen zwischen der kurdischen Autonomieregierung und der Zentralregierung schrittweise verschärft. Auch nach einer Befreiung Mossuls von der IS-Herrschaft ist von einem langjährigen Antiterrorkampf gegen die Organisation auszugehen. Internationale Hilfe bei der Stärkung der irakischen Regierung ist angesichts dieser Herausforderungen auch langfristig gefordert. **NILS WÖRMER, BEIRUT (AUSLANDSBÜRO SYRIEN/IRAK)**

15

Iran

Die Islamische Republik Iran befindet sich vor einem tief greifenden Umbruch. Mit der in den kommenden Jahren aus Altersgründen absehbaren Ablösung des religiösen Führers Ayatollah Chamenei wird die gesamte staatliche Struktur der religiösen Führung zur Disposition gestellt. Chamenei steht für die ungebrochene Fortsetzung der Politik Ayatollah Chomeinis. Zwei Drittel der Iraner sind aber nach der Revolution von 1979 geboren, der jüngere Teil der Bevölkerung drängt auf einen Politikwechsel. Neben dieser großen innenpolitischen Herausforderung wächst der außenpolitische Druck. Die schiitisch geprägte „Achse des Widerstandes“ aus Iran, libanesischer Hisbollah und dem alawitischen Assad-Regime in Damaskus rückt aufgrund des sunnitisch-schiitischen Konfliktes in der Region zusammen. Eine nachhaltige Wiederannäherung an den Westen ist ohne tief greifende politische Änderungen in Teheran nicht zu erwarten.

OLIVER ERNST, BERLIN (TEAM NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA)

16

China

Der entscheidende Begriff in der chinesischen Politik ist derzeit „New Normal“. Unter diesem Slogan zeichnet die Staatsführung einen Pfad der Entwicklung vor, mit dem die auf massivem Wachstum beruhende chinesische Wirtschaft durch ein auf Qualität und Produktivität basierendes Modell ersetzt werden soll. Damit geht man die lange aufgeschobene Reform von Staatsunternehmen und den Abbau von Überkapazitäten in Branchen wie der Stahl- und Zementindustrie an. Mit der „neuen Seidenstraße“ hat Peking eine geopolitische Initiative ins Leben gerufen, die über Handelsstraßen und Investitionsprojekte in Zentralasien, Südasien, im Nahen Osten und in Afrika bis nach Europa reicht. Auf diese Weise forciert China seine Rolle als regionale Gestaltungsmacht und das „Going-Global“ chinesischer Unternehmen. Innenpolitisch dürfte sich dagegen der Prozess der Machtzentralisierung und zunehmenden politischen Kontrolle fortsetzen. **TIM WENNIGES, PEKING/SHANGHAI (AUSLANDSBÜRO CHINA)**

17

Indien

Indien befindet sich im Wandel. Gelingt es der Regierung von Premierminister Narendra Modi, die angegangenen Wirtschafts- und Steuerreformen umzusetzen, kann das Jahr 2017 richtungweisend für die Entwicklung des Landes werden. Handelsbarrieren würden abgebaut und ausländische Investitionen könnten steigen. Indien könnte gemäß dem Motto „Make in India“ zum Produktionsstandort zahlreicher internationaler Unternehmen werden. Innenpolitisch wird das kommende Jahr von Wahlen in sieben Bundesstaaten geprägt sein. Eine zentrale Herausforderung liegt in der Bevölkerungsentwicklung: Bald wird Indien das bevölkerungsreichste Land der Welt sein, jährlich werden Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze für zwölf Millionen junge Inder benötigt. Deutschland wird seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Indien intensivieren und gemeinsam mit der größten Demokratie der Welt an der Bewältigung globaler Herausforderungen wie Terrorismus und Klimawandel arbeiten. **LARS PETER SCHMIDT, NEU-DELHI (AUSLANDSBÜRO INDIEN)**

18

Philippinen

Im Mai 2016 wurde Rodrigo Duterte zum neuen Präsidenten der Philippinen gewählt. Schon zu Beginn des Wahlkampfs machte der langjährige Bürgermeister der Millionenstadt Davao mit seiner markanten Rhetorik gegenüber verschiedensten Partnern auf sich aufmerksam. Dem Drogenhandel und der Korruption sagte er den Kampf an und begann mit der gewaltsamen Umsetzung seiner Ziele unmittelbar nach Amtsantritt. Die geplante umfassende Verfassungsreform wird innenpolitisch massiven Einfluss haben und das Land nach und nach zu einem föderalen System umstrukturieren. Außenpolitisch will Duterte eine 180-Grad-Wendung vornehmen. Unlängst verkündete er in China die Beendigung der traditionell engen Beziehungen zu den USA. Trotz des bestehenden Konflikts um die „Neun-Strich-Grenzlínie“ im Südchinesischen Meer und des Schiedsspruchs Den Haags zugunsten der Philippinen wird die Bindung an China in den kommenden Jahren enger werden. Die Einflüsse dieser Entwicklung auf die ASEAN und die Rolle der USA in der Region sind nicht abzusehen. **BENEDIKT SEEMANN, MANILA (AUSLANDSBÜRO AUF DEN PHILIPPINEN)**



Amerika wird nicht untergehen

Donald Trump ist im November zum US-Präsidenten gewählt worden. Das damit verbundene Unbehagen würde in Deutschland mitunter offen zur Schau gestellt – dabei gibt es gute Gründe, zu glauben, dass auch der neue Mann im Weißen Haus auf Deutschland und Europa angewiesen sein wird.

TEXT Sudha David-Wilp

Bereits kurz nach seinem Wahlsieg signalisierte Donald Trump, dass er von einigen seiner Ankündigungen im Wahlkampf abrücken möchte. Ein bemerkenswerter Schritt: Normalerweise erleben wir Kandidaten, die – nach dem Umwerben der Parteibasis in den Vorwahlen – während des Hauptwahlkampfes umschwenken.

Doch dieser Wahlgang war anders – so, wie auch der designierte Präsident Trump anders ist und viele Prognosen Lügen gestraft hat. Eine Politik nach den alten Rezepten des Washingtoner Betriebs gibt es nun nicht mehr. Auf die Bundesrepublik Deutschland – einen Staat, der an Regeln und Normen gewöhnt ist – dürfte das beunruhigend wirken. Wichtige Fragen zum transatlantischen Verhältnis, von der Zukunft der militärischen wie wirtschaftlichen Partnerschaft bis zu den Beziehungen zu Russland, stehen nun zur Debatte.

Noch weiß man nicht, wie die widerstreitenden Kräfte der Regierung Trump zusammenwirken werden und ob sich die Wahlkampfrhetorik in handfeste Politik umsetzen lässt. Einstweilen sollten deutsche Entscheidungsträger mit dem Team um Trump trotz aller Bedenken Fühlung aufnehmen und ihre Haltung und ihre Erwartungen klar darlegen. Die diversen Kanäle zu den unterschiedlichen Flügeln der Republikanischen und der Demokratischen Partei sollten offengehalten werden. Im Moment scheinen die Machtverhältnisse klar: Die Republikaner stellen nicht nur den künftigen Präsidenten, sondern auch die Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat. Aber Macht und Einfluss sind in den Vereinigten Staaten weder zentralisiert noch dauerhaft.

ERST NACH DER AMTSEINFÜHRUNG WIRD TRUMP SEINEN KURS WIRKLICH OFFENBAREN

Nach der Amtseinführung wird Donald Trump rasch Nägel mit Köpfen machen wollen, um seinem Ruf als Macher gerecht zu werden. Mit einer republikanischen Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments wird er über den nötigen Rückhalt verfügen, um eine Politik im Sinne der diversen Strömungen unter dem Dach der Republikanischen Partei zu gestalten. Eine Rücknahme zumindest von Teilen der Gesundheitsreform von Präsident Obama, die Bekämpfung

der illegalen Einwanderung, die Ernennung eines konservativen Richters am Obersten Gerichtshof sowie die Senkung von Steuern und der Abbau von Regulierungen werden es ihm ermöglichen, die Republikanische Partei um sich zu sammeln. Es gibt sogar Ansätze einer parteiübergreifenden Arbeit im Bereich der Infrastrukturausgaben. Gesetzt den Fall, dass keine außenpolitischen Großereignisse die Agenda bestimmen, wird sich die Arbeit in Washington auf innere Belange konzentrieren. Das verschafft den transatlantischen Partnern etwas Zeit, Problemfelder auszumachen und damit die atlantische Zusammenarbeit neu zu definieren und zu stärken.

Dass sich Trump in seinem Wahlkampf gegen Handelsabkommen ausgesprochen hatte, half ihm bei den Wählern im „Rust Belt“ – dem einstigen industriellen Zentrum der USA im Nordosten, das heute wirtschaftlich schwer zu kämpfen hat. Doch die allgemeine Einstellung gegenüber dem Freihandel ist bekanntermaßen auf beiden Seiten des Atlantiks wenig enthusiastisch. Zwar gibt es Republikaner, die für entsprechende Abkommen eintreten, aber vorerst sollte gegenüber Gesprächspartnern in Washington das Thema TTIP zurückhaltend behandelt werden. Die Debatte muss derzeit unter den Republikanern selbst geklärt werden; das Thema TTIP lässt sich vielleicht nach den Wahlen in Deutschland wieder aufgreifen.

Deutsche Politiker sollten sich vorerst darauf konzentrieren, die Beziehungen zu jenen Republikanern und Demokraten zu stärken, denen der immanente Wert der liberalen Weltordnung bewusst ist. Trotz einiger Schwachpunkte ist vielen Abgeordneten und außenpolitischen Beratern die Abschreckungswirkung der NATO klar, und sie werden eine neue europäische Bereitschaft zu höheren Ausgaben und verstärkter Zusammenarbeit zu schätzen wissen.

Zudem wird die tatsächlich existierende Begeisterung des designierten Präsidenten Trump für seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin durch Amtsträger und Öffentlichkeit gebremst werden. Wichtige Akteure im politischen Umfeld Washingtons sehen von Russland klare Bedrohungen ausgehen. Einerseits stelle Russland dieser Lesart zufolge die Integrität der europäischen Grenzen infrage, andererseits könnten

Und auch hier spielt Europa wieder eine Rolle: Sollte es eines Tages zu einer wirklichen Konfrontation mit Russland kommen, dürfte Donald Trump auf Hilfe aus der EU angewiesen sein.

Hackerangriffe die Sicherheit im Netz zur Disposition stellen – und das beträfe letztlich auch Amerika selbst. Der Chicago Council on Global Affairs führt zudem an, dass die amerikanische Öffentlichkeit Russland weitgehend misstraut. Und auch hier spielt Europa wieder eine Rolle: Sollte es eines Tages zu einer wirklichen Konfrontation mit Russland kommen, dürfte Donald Trump auf Hilfe aus der EU angewiesen sein.

Es mag sein, dass die Wahlkampfrhetorik das Image der USA beschädigt hat. Aber die große Mehrheit der Amerikaner und ihrer Regierungsvertreter weiß sehr genau, welche wichtigen Anteile Europa an der Verteidigung unserer gemeinsamen Werte und unserer Lebensweise hat. Das alles wird den Rahmen für eine Debatte setzen, in der emotionale oder vollkommen irrationale Wortmeldungen möglich sind. Im Moment müssen die USA womöglich daran erinnert werden, wie viel Europa und Amerika gemein haben. Es bleibt aber zu hoffen, dass diese Erinnerung nicht bald schon in die entgegengesetzte Richtung des Atlantiks fällt.



SUDHA DAVID-WILP arbeitet als Senior Transatlantic Fellow und stellvertretende Direktorin des Berliner Büros des German Marshall Fund of the United States. Sie betreut das Congress-Bundestag Forum und ist gefragte Expertin zu Themen der transatlantischen Beziehungen.



Zeit für Beharrlichkeit

Die Problemlagen im deutsch-russischen Verhältnis sind komplex – ihre Lösung wird mühsam, Vertrauen muss wiederhergestellt werden. Dafür braucht es Beharrlichkeit und den beiderseitigen Willen, Verantwortung für die globale Friedensordnung zu übernehmen.

TEXT Ronald Pofalla

Die politischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland sind seit 2014 nachhaltig belastet. Ernüchtert mussten außenpolitische Akteure und Beobachter feststellen, dass sich diese Situation selbst in einem günstigen Szenario, also nach einer Befriedung des Ukraine-Konflikts und nach einer Beendigung der Sanktionen, nicht so schnell wieder normalisieren wird. Aller Voraussicht nach werden die Spannungen weiter anhalten. Für diese Prognose sprechen folgende Gründe:

ERSTENS: Bei der Einschätzung elementarer Fragen liegen beide Länder weit auseinander. Das haben insbesondere die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die folgenden mühsamen Verhandlungen im Minsk-Prozess deutlich gemacht.

ZWEITENS: Anders als vielfach angenommen garantierte das enge Netz von Kontakten, das auf fast allen gesellschaftlichen Ebenen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstanden war, weder echte Annäherung noch grundlegendes Verständnis füreinander.

DRITTENS: Stattdessen kennzeichnet heute tief greifendes gegenseitiges Misstrauen die bilateralen Beziehungen zu Russland. So unterstellt Russland Nichtregierungsorganisationen, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ in seinem Land tätig zu sein, während zugleich die USA und die Bundesrepublik den russischen Partnern zutrauen, mittels Hackerangriffen ihre jeweiligen Wahlkämpfe zu manipulieren.

Angesichts eines solch widrigen Zustands der Beziehungen stellt sich die

Frage, wie sich diese künftig gestalten lassen. Ohne Zweifel, das Ziel besteht darin, das deutsch-russische Verhältnis zu verbessern und dazu bei den oben genannten Punkten anzusetzen: Es muss gelingen, sich wieder auf eine gemeinsame Geschäftsgrundlage zu verständigen, die wechselseitigen Positionen zumindest zu verstehen und das verlorene Vertrauen zurückzuerlangen.

DIALOG AUF GESELLSCHAFTLICHER EBENE

Ein Format, das sich dieser Aufgabe widmet, ist beispielsweise der Petersburger Dialog, der auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen eine Verbindung zwischen Russland und Deutschland aufrechterhält. Das ist zwar mühsam, mitunter kontrovers und verschiedentlich von Rückschlägen geprägt. Beide Seiten aber zeigen trotz aller Schwierigkeiten ein Interesse daran, die gemeinsamen Bemühungen fortzusetzen und auszuloten, wie beide Länder in Zukunft wieder vertrauensvoll miteinander arbeiten und leben können.

Ein vergleichbares Format mit anderen Ländern hat Russland nicht etabliert. Das kann man als Ausdruck der Tatsache werten, dass Deutschland in den westlichen Beziehungen zu Russland eine historisch gewachsene, besondere Bedeutung zukommt. Daraus erwächst aber auch eine Verantwortung, sich unablässig dafür einzusetzen, ein friedliches Miteinander in Europa unter Einbindung Russlands zu erreichen. Die Verankerung Deutschlands im westlichen Bündnis stellt dazu keinerlei Widerspruch dar.

Die Bilder von Terror, Gewalt und Krieg – beispielsweise aus Syrien – führen den politisch Verantwortlichen täglich deutlich und erschreckend vor Augen, wie wichtig eine abgestimmte Strategie der großen außenpolitischen Akteure für eine Eindämmung der Gefahren im Hinblick auf die internationale Sicherheit ist. An notwendigen Gemeinsamkeiten führt also kein Weg vorbei.

Mit schnellen Erfolgen ist allerdings nicht zu rechnen, dafür haben die Entwicklungen seit Beginn der Ukraine-Krise eine zu große Instabilität der internationalen Ordnung gebracht. Nach Analysen zahlreicher außenpolitischer Experten könnte beispielsweise die Wahl von Donald Trump zum nächsten

Deutschland kommt in den westlichen Beziehungen zu Russland eine historisch gewachsene, besondere Bedeutung zu. Daraus erwächst aber auch eine Verantwortung, sich unablässig dafür einzusetzen, ein friedliches Miteinander in Europa unter Einbindung Russlands zu erreichen.

Präsidenten der USA eine Neuausrichtung der amerikanischen Politik gegenüber Russland zur Folge haben. Zumindest werden einige Signale so gedeutet.

Ein solcher Neuanfang würde vermutlich auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland verändern. Gleichzeitig werden die in den letzten beiden Jahren zutage getretenen politischen Gegensätze und Widersprüche fortbestehen – etwa im Konflikt Russlands mit der Ukraine oder in Syrien. Das bedeutet, dass eine neue Phase der Ungewissheit in den Beziehungen Deutschlands zu Russland bevorsteht.

GEDULD UND HOFFNUNG

Es ist also Geduld gefordert. Die mit Russland in Verbindung stehenden Akteure, wie zum Beispiel deutsche Unternehmen, scheinen sich darauf bereits eingestellt zu haben. Unmittelbar nachdem die westlichen Sanktionen gegen Russland verhängt worden waren, trat die deutsche Wirtschaft vehement für deren möglichst schnelle Abschaffung ein. Denn die Auswirkungen auf die Geschäfte der deutschen Firmen waren und sind nach wie vor beträchtlich und betreffen alle Branchen: Die rückläufige Produktion in Russland, einbrechende deutsche Exporte nach Russland, Rückzüge von Unternehmen und Investitionsstopps haben die Nachfrage ein-

brechen lassen. So hat sich das deutsch-russische Handelsvolumen seit 2012 von 80 Milliarden Euro auf 52 Milliarden Euro im Jahr 2015 verringert.

Die Forderungen nach der Abschaffung der Sanktionen sind leiser geworden, die Firmen haben sich daran gewöhnt. Die wirtschaftlichen Kennzahlen deuten wieder in eine positivere Richtung, obwohl russischer Protektionismus, Zölle, Importauflagen und weiterer bürokratischer Aufwand schwierige Rahmenbedingungen darstellen. Vertreter von Wirtschaftsverbänden in Deutschland haben im August erstmals wieder einen leichten Exportanstieg gemeldet. Es gebe Hoffnung, dass der deutsch-russische Handel die Talsohle langsam durchschreite. Laut Bundesbank steigerten deutsche Unternehmen 2016 zudem wieder ihre Investitionen in Russland.

Die deutschen Unternehmen nehmen damit ihre wichtige Funktion als Brückenbauer wahr und tragen dazu bei, die bilateralen Kontakte auf weniger kontroversen Gebieten fortzuführen. Auf politischer Ebene gilt es, die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft zu definieren und sich mit Nachdruck für eine globale Friedensordnung einzusetzen, auf die letztlich alle angewiesen sind. Nur dann können Sicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen entstehen – Elemente, die unverzichtbar sind für das Zusammenleben und eine gemeinsame Zukunft.



RONALD POFALLA
ist seit 2015 Co-Vorsitzender des Petersburger Dialogs, auf dessen Hauptveranstaltung zuletzt mehr als 300 russische und deutsche Teilnehmer die wichtigsten Fragen beider Zivilgesellschaften diskutierten. Von 2009 bis 2013 bekleidete er die Ämter des Bundesministers für besondere Aufgaben und des Chefs des Bundeskanzleramtes. Heute ist er Mitglied des Vorstands der Deutschen Bahn AG.



Die Zukunft wird doppelt anders

Die Gegenwart ist komplex. Ein Blick in die Vergangenheit scheint hilfreich, zuweilen gebärdet sich die Geschichte jedoch als kapriziöses Orakel. Was lässt sich vor diesem Hintergrund über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und andere Fragen sagen? Ein Essay

TEXT Andreas Rödder

Die Bilanz der *Responsibility to Protect*, der Idee einer neuen Ordnung des Friedens und des Rechts, die weltweit ein Mindestmaß an Schutz der Menschenrechte garantieren sollte, ist durchwachsen.

Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Freiheit“ – nicht mehr und nicht weniger erwartete die „Charta von Paris für ein neues Europa“, die 32 europäische Staaten, die USA und Kanada am 21. November 1990 unterzeichneten. Allenthalben setzten sich Demokratie und Menschenrechte durch, so schien es, nicht nur in Europa, wo die kommunistischen Diktaturen und der Ost-West-Konflikt durch fast gewaltlose Bürgerrevolutionen endeten, sondern auch in Südafrika, in Namibia oder in Benin. Die optimistisch-liberale Sicht der internationalen Politik schien glänzend bestätigt.

Der Honeymoon dauerte ein gutes halbes Jahrzehnt, von Gorbatschows „neuem Denken“ in den späten 1980er-Jahren bis zu den humanitären Katastrophen in Somalia 1993, in Ruanda 1994 und in Srebrenica 1995. Abermals zwei Jahrzehnte später scheint alles für die grimmig-realistische Sicht der Weltpolitik zu sprechen, wie sie Carlo Masala jüngst formuliert hat: Die „Versuche, die Demokratie global auszuweiten oder die internationale Politik immer stärker den Regeln des Rechts zu unterwerfen“, stoßen auf den Widerstand vieler Staaten im internationalen System. „Der Versuch, die Welt zu verwestlichen, ist [...] gescheitert.“

Erleben wir aktuell den Zerfall der Ordnung von 1990, der dritten europäischen Nachkriegsordnung des 20. Jahrhunderts? Die Ordnung von 1990 wurde nicht, wie 1648, 1815 oder 1919, durch einen internationalen

Kongress oder einen multilateralen Vertrag errichtet. Ein Friedenskongress mit allen ehemaligen deutschen Kriegsgegnern schien 1990 aus vielen Gründen wenig zielführend. Also wurde für Deutschland das Zwei-plus-Vier-Format aufgesetzt; für die anderen Staaten und die Ordnung Europas gab es keine internationale Übereinkunft. Vielmehr wurde die neue Ordnung auf die beiden wichtigsten Institutionen des Westens aus der Zeit des Kalten Krieges gegründet: die Europäische Gemeinschaft, die zur Europäischen Union wurde, und die NATO, die ihre Strategie änderte. NATO wie EU wurden binnen einiger Jahre auf Ostmittel- und Südosteuropa ausgedehnt.

Russland hat wiederholt beklagt, der Westen habe mit der Ausdehnung der NATO seine Versprechen von 1990 gebrochen. Bindende Zusagen dieser Art hat es aber nie gegeben. Eine solche Zusage hätte zudem bedeutet, dass Deutsche und Russen über das Selbstbestimmungsrecht der ehemals kommunistischen Satellitenstaaten bestimmt hätten – und dass dies in Polen sehr unguete historische Erinnerungen aufwarf, kann nicht überraschen.

DAS DILEMMA DES WESTENS

Überhaupt stand der Westen 1990 vor dem Dilemma, auf der einen Seite dem Sicherheitsbedürfnis der postkommunistischen Staaten westlich von Russland zu entsprechen, andererseits Russland nicht zu isolieren. Heute lässt sich feststellen, dass Ersteres gelungen ist, Letz-

teres jedoch nicht. Zugleich gilt aber auch: Es war eine jener Situationen, in denen es kein eindeutiges Richtig oder Falsch, in denen es keine saubere Lösung gibt, die alle Erwartungen erfüllt. Die Krisenpotenziale und Gefahren waren enorm, wie sich in den 1990er-Jahren in Jugoslawien und 20 Jahre später in der Ukraine zeigte oder wie es schon in der Zwischenkriegszeit der Fall gewesen war. Ostmitteleuropa innerhalb der Grenzen von NATO und EU zu stabilisieren, war daher die eigentliche europäische Erfolgsgeschichte nach 1990.

Die Ordnung von 1990 ruhte auf zwei Pfeilern: erstens der institutionellen Kontinuität von NATO und EU und zweitens der amerikanischen Vormacht. Egal ob man die neue Ordnung als unipolar oder als polyzentrisch bezeichnete, bestimmt war sie durch eine historisch einzigartige Hegemonie der USA als einzig verbliebene Weltmacht anstelle des klassischen Konzerts der Mächte oder einer *balance of power*.

George Bush senior und Bill Clinton betrieben zunächst eine Außenpolitik der Selbstbeschränkung und der multilateralen Einbindung. Das galt auch für die humanitären Interventionen und das Konzept der *Responsibility to Protect*: Wenn ein Staat seiner Verantwortung nicht nachkomme, seine Bevölkerung zu schützen, so das Credo eines humanitären Völkerrechts, begründe der Schutz der Menschen vor schweren Menschenrechtsverletzungen das Recht zum bewaffneten Eingreifen von außen – auch gegen die Souveränität dieses Staates.

So weit die Theorie. Die Wirklichkeit hingegen war komplexer. 1993 endete die humanitäre Intervention der USA in Somalia in einem militärischen Desaster. Ein Jahr später dann hielt sich die Staatengemeinschaft zurück, als es darum gegangen wäre, den Völkermord der Hutu an den Tutsi in Ruanda zu verhindern, ebenso im Jahr darauf beim Massaker von Srebrenica. Damit sich diese Versäumnisse nicht wiederholten, intervenierten die westlichen Staaten 2011 in Libyen, um einen Massenmord Muammar al-Gaddafis an der eigenen aufständischen Bevölkerung zu verhindern. Am Ende war Libyen zu einem *failed state* geworden.

Heute sehen wir: Die Bilanz der *Responsibility to Protect*, der Idee einer neuen Ordnung des Friedens und des

Rechts, die weltweit ein Mindestmaß an Schutz der Menschenrechte garantieren sollte, ist durchwachsen – praktisch und theoretisch. Denn: Was sind die Kriterien für schwere Menschenrechtsverletzungen und wer entscheidet, ob sie wirklich drohen? Wenn ein Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als völkerrechtliche Voraussetzung für eine Intervention gilt: Ist Völkermord dann ein politischer Verhandlungsgegenstand? Und schließlich: Da man nicht überall gegen Menschenrechtsverletzungen intervenieren kann – wo soll man es tun und wo nicht? Im Kosovo, in Libyen, in Saudi-Arabien, in der Türkei? Wie verhalten sich humanitäre Verpflichtung und politische oder ökonomische Interessen zueinander? Und wo beginnt die Doppelmoral?

DIE USA UND IHRE MISSION

Um die Jahrtausendwende stand die amerikanische Macht in ihrem Zenit, und zugleich waren die USA, wie es Michael Cox formuliert hat, eine „Supermacht ohne Mission“. Vor dem Hintergrund der amerikanischen Machtfülle trafen sich liberale Interventionisten und Neokonservative in einem „liberalen Imperialismus“ (John Mearsheimer). Schon unter Clinton wurde das Konzept der „Schurkenstaaten“ vorbereitet, und zum Ende seiner Amtszeit hin machte sich ein zunehmender Unilateralismus bemerkbar. Die Regierung George W. Bush fand ihre Mission dann mit dem *War on Terror* – und verspielte durch

Deutschland tut sich schwer mit der „Führung aus der Mitte“, steht aber auch vor einem unübersehbaren Dilemma: Es wird aufgefordert, zu führen, und es wird kritisiert, wenn es führt.

den Krieg im Irak die Glaubwürdigkeit des wohlmeinenden Hegemonen. Zugleich zeigte sich 2014, dass der alte Antipode des 20. Jahrhunderts, dass ein 1990 überwunden geglaubtes Problem wieder da war: Russland.

„Ich hoffe“, so sagte Michail Gorbatschow am 31. Mai 1990 zu George Bush, „dass von den hier Anwesenden niemand an den Unsinn glaubt, dass eine der Seiten den Sieg im ‚Kalten Krieg‘ davongetragen habe.“ Gorbatschows Aussage war in doppelter Hinsicht aufschlussreich. Erstens war sie vollkommen falsch. Und zweitens sagte sie mehr über die russische Befindlichkeit aus, als dem Westen bewusst war.

1989/1990 bedeutete die historische Niederlage der Sowjetunion – gemessen am weltrevolutionären Anspruch der Oktoberrevolution von 1917 ebenso wie am weltpolitischen Anspruch einer Supermacht. Sie wurde durch entgegenkommende Maßnahmen des Westens und durch den Wandel der NATO-Strategie gemildert. Aber sie blieb eine Niederlage – mit der sich Russland auf Dauer nicht abfand.

RUSSLAND UND DIE REVISION DER ORDNUNG VON 1990

2005 beklagte Putin den Untergang des sowjetischen Imperiums als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“, und wenn wir seine Politik richtig verstehen, dann zielt sie auf Satisfaktion für die historische Kränkung Russlands, auf die Wiederherstellung russischer Größe, auf eine neue Weltordnung ohne Dominanz der USA und damit auf die Revision der Ordnung von 1990. Den Schritt zur Tat vollzog Putin 2008 mit militärischen Maßnahmen gegen Georgien. Der Einsatz militärischer Mittel wurde ebenso wie der Einsatz der Geschichte als Argument zum Kennzeichen der Politik des neuen Russlands, am deutlichsten mit der faktischen Annexion der Krim 2014.

Für den Westen stellte sich die Frage: Wie reagieren? Auch die Geschichte hilft nicht wirklich weiter, denn sie betätigt sich leider nicht als verlässliche Lehrmeisterin, sondern gebärdet sich wie ein kapriziöses Orakel. Die Juli-krise von 1914 lehrt, die Position der anderen Seite nachzuvollziehen und die vorschnelle Eskalation eines regionalen Konflikts zu vermeiden. Wäh-

rend das wie eine Rechtfertigung der Putin-Versteher klingt, besagen die Lehren von 1938/1939, dass man einem expansiven Herrscher möglichst frühzeitig und mit aller Konsequenz entgegenzutreten müsse.

Das Ergebnis dieser Überlegungen: gehobene Ratlosigkeit und ein veritables Problem. Ist die Politik der abgestuften Sanktionen und der Kombination von *deterrence* und *dialogue* ein tragfähiger Mittelweg? Und wohin wird die russische Politik in Zukunft führen, denken wir nur an das Engagement in Syrien, das die Verhältnisse im Nahen Osten abermals erheblich verkompliziert, an das russische Verhältnis zu den baltischen Staaten, an russische Verbindungen nach Griechenland und Zypern in der Eurokrise und überhaupt an den Einsatz von medialer *soft power* im Westen? Alles in allem: Ein Vierteljahrhundert nach 1990 ist Russland aus westlicher Sicht erneut zum Zentralproblem in Europa geworden.

DIE „ZIVILMACHT“ DEUTSCHLAND – KEY PLAYER IN EUROPA

Zugleich ist Deutschland aus amerikanischer Sicht, aber auch allgemein einmal mehr zum *key player* in Europa geworden. Was für eine Geschichte: das Land, das 1913 die glänzendsten Zukunftsaussichten in Europa besaß, das dann zwei Weltkriege führte und verlor, zwei Hyperinflationen erlebte, seine Eliten aus dem Land trieb und das Menschheitsverbrechen schlechthin beging, das ein Drittel seines Territoriums verlor, geteilt wurde, zweimal seine Machtmittel europäisch vergemeinschaftete, sich nach der Wiedervereinigung mit dem Aufbau Ost endgültig übernommen zu haben schien und noch vor gut zehn Jahren als der „kranke Mann Europas“ galt – und nun das Theorem des englischen Philosophen Gary Lineker erfüllt: Fußball ist ein Sport, in dem 22 Männer einem Ball hinterherlaufen, und am Ende gewinnen die Deutschen. Dass das übrigens nicht allen ganz geheuer ist, liegt auf der Hand.

Doch die Dinge liegen zugleich komplizierter. Als George Bush senior den Deutschen 1989 „partnership in leadership“ anbot, reagierte die Bundesregierung nur sehr zögerlich, vor allem was *hard power* betraf. Es war ein weiter

Der politische Clou liegt darin, die Ungewissheit ernst zu nehmen, und zwar gegen allzu selbstsichere und vorschnelle Zukunftsprognosen, wie die vom „Ende der Geschichte“ oder von einem „neuen Kalten Krieg“.

Weg von der Scheckbuchdiplomatie der alten Bundesrepublik zu den *Out-of-area*-Einsätzen des 21. Jahrhunderts. Und noch immer wirkt das Selbstverständnis der „Zivilmacht“ Deutschland machtvoll nach – zuweilen ist das klug, häufig aber eskapistisch.

Deutschland tut sich schwer mit der „Führung aus der Mitte“, steht aber auch vor einem unübersehbaren Dilemma: Es wird aufgefordert, zu führen, und es wird kritisiert, wenn es führt. In der Eurokrise galten die Deutschen als legalistisch und herzlos und wurden beschuldigt, nach der Vormacht in Europa zu streben. In der Flüchtlingskrise warfen die Deutschen Recht und Gesetz über Bord und zeigten ein „freundliches Gesicht“ – und wurden nicht nur von Viktor Orbán des humanitären Imperialismus bezichtigt.

Das Gesamtbild bleibt einstweilen uneindeutig: Auf der einen Seite signalisiert die Bundesrepublik erkennbar Bereitschaft, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen und Führungsaufgaben wahrzunehmen. Auf der anderen Seite fehlt es nach wie vor „am Willen, an der strategischen Klasse und an den Ressourcen, um ein fragmentiertes und bunt gemischtes Europa zu führen“ (Stephen Szabo).

Zugleich machen sich in Westeuropa und auch in Deutschland erstaunlich hartnäckige und breit gefächerte Tendenzen des Antiamerikanismus breit, die von der Empörung über die Überwachung

durch die NSA bis zu Verschwörungstheorien über chemtrails reichen – aber politisch hochgradig aktivierbar sind, weit über die Ränder hinaus in die Mitte hinein. Zudem werden die USA prospektiv in Europa weniger präsent sein – was man allerdings auch schon 1945 gedacht hat.

DIE ZUKUNFT BLEIBT UNGEWISS

Auch die historische Perspektive kann also keinen klaren Blick in die Glaskugel eröffnen. Der politische Clou liegt aber darin, genau diese Ungewissheit ernst zu nehmen, und zwar gegen allzu selbstsichere und vorschnelle Zukunftsprognosen, wie die vom „Ende der Geschichte“ oder von einem „neuen Kalten Krieg“.

Wir stehen vor den Trümmern unserer Erwartungen. Wer hätte im November 1990 oder auch noch Anfang 2008 gedacht, dass wir 2017 auf eine Weltfinanzkrise, eine existenzielle Krise der europäischen Währungsunion, die gewaltsame Annexion von Territorium eines europäischen Staates durch einen anderen und die Implosion des Nahen Ostens zurückblicken?

Die Zukunft bleibt ungewiss, und sie wird nach aller historischen Erfahrung doppelt anders: ganz anders als die Gegenwart und ganz anders, als wir sie erwarten. Zurzeit zeigen die Tendenzen eher in Richtung einer dauerhaften und möglicherweise noch wachsenden Welt-Unordnung als in Richtung einer liberalen Weltordnung. Es ist daher sicher klug, mit noch mehr Krisen zu rechnen und sich auf Schwierigkeiten einzurichten, nicht zuletzt unerwartete. Positiv überraschen lassen, wie von Europa nach 1945 oder von Südostasien nach 1990, kann man sich dann immer noch. Aber das sieht man erst hinterher.



ANDREAS RÖDDER ist Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz. 2016 erschien seine *Kurze Geschichte der Gegenwart*, in der er die Vergangenheit deutet, die Gegenwart in ihrer Komplexität zerlegt und dazu aufruft, die Chance des Unvorhergesehenen zu nutzen.

Wie sieht sie aus, die verdammte Lösung für diesen Krieg?

Unser Autor, zwanzig Jahre jung und Syrer, träumte und demonstrierte in seinem Land. Doch dann zwang der Krieg auch ihn zur Flucht. In Deutschland denkt er nun über eine Perspektive für Syrien nach – und appelliert verzweifelt an die internationale Gemeinschaft.

TEXT Hani Zaitoun



Wie wunderbar haben wir geträumt im März 2011. Meine Freunde und ich – alles junge Syrer – waren euphorisiert vom Arabischen Frühling. Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit schienen plötzlich greifbar. Und vor allem glaubten wir daran, dass es in unseren Händen liegt, diesen Traum zu verwirklichen. Dafür organisierten wir Hunderte Demonstrationen in Damaskus und verteilten Tausende Flyer gegen das autoritäre Regime von Präsident Assad. Ich selbst habe dabei immer fotografiert. Ich wollte der Welt zeigen, dass wir es schaffen wollten und konnten. Aber die Realität richtete sich nicht nach den Wünschen von uns jungen Syrern. Niemand von uns hat nur im Entferntesten dieses Horror-szenario vor Augen gehabt, das sich in Syrien heute täglich zeigt. Wenn ich nun meine Freunde frage, wie eine Lösung für diesen Krieg aussehen könnte, sagen alle ernüchtert: „Die Lösung dieses Stellvertreterkrieges liegt nicht mehr bei uns.“

Lange fünfeinhalb Jahre ist es nun her, dass der syrische Präsident erstmals international dazu gedrängt wurde, seinen Stuhl zu räumen, weil er nicht mehr legitim im Amt sei: von den USA, Kanada, Großbritannien und auch von Deutschland. Doch andere wichtige Akteure der internationalen Gemeinschaft sahen und sehen das anders. Im Laufe der Zeit sind alle streitenden Parteien extremer geworden. Assad wird von Iran, Russland und China unterstützt, die Opposition von den arabischen Golfstaaten, den USA, der Türkei und Ländern der Europäischen Union. Friedliche Demonstrationen gibt es kaum noch, fast überall ist die Stimmung aggressiv.

Natürlich sind – wie bei jedem schmutzigen Krieg – die Zivilisten in Syrien die größten Opfer der Gräueltaten. Die Vereinten Nationen bestätigen, dass schon mehr als 400.000 Menschen durch den Krieg gestorben sind, etwa fünf Millionen sind geflohen. Die Mehrheit der Geflüchteten ist in den Nachbarländern geblieben, vor allem in der Türkei und im Libanon, aber dort haben viele keine Perspektive für sich gesehen. Sie fanden einen Weg nach Europa – auch ich. Seit Sommer 2015 bin ich in Deutschland. Viele Fragen werden hier gestellt, zu „Integration“ und zur „Islamisierung der Europäischen Union“. Aber über *ein*

In Deutschland werden viele Fragen gestellt. Aber über ein Thema hat kaum jemand diskutiert ...

Thema hat kaum jemand diskutiert: „Wie sieht die verdammte Lösung für diesen Krieg aus?“ Wir sind im 21. Jahrhundert, und der syrische Krieg ist keine Naturkatastrophe. Es sollte eine Lösung für diesen Krieg geben – er ist von Menschen gemacht!

AUS DEM LIBANON LERNEN

Natürlich ist alles so verdammt kompliziert: die nationale Versöhnung, das politische System, die Machtübergabe, die Zukunft der Familie Assad. Aber als Syrer habe ich über eine Lösung nachgedacht, die vielleicht noch möglich ist. Bevor ich sie darlege, will ich Folgendes erwähnen: Unser Land hat sich in seiner Geschichte immer sehr stark verändert. Das „Syrien von heute“ ist nur 100 Jahre alt. Es beheimatet eine Vielzahl von Religionen, Kulturen und vor allem Ethnien. Vor diesem Hintergrund glaube ich daran, dass eine Lösung mit einer neuen geografischen und politischen Gestalt für Syrien Realität werden kann.

Wenn wir uns Syrien heute anschauen, dann erkennen wir sofort, dass es dort vier große Entitäten gibt. Assad und seine Anhänger, die Opposition, die Kurden und den sogenannten Islamischen Staat (IS). Drei dieser Entitäten sind mächtig und haben, von verschiedenen Standpunkten aus gesehen, eine Legitimation.

Eine vernünftige Lösung wäre, in Syrien aus diesen dreien eine föderale Regierung aufzubauen. Wichtig wäre dabei, aus der libanesischen Erfahrung zu lernen und eine Übergangsregierung zu bilden, bei der sich die drei Parteien verständigen. Diese Idee wird nicht verwirklicht werden ohne die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, vor allem der USA und Russlands, die in dieser Auseinandersetzung die wichtigste Rolle spielen und geopolitische Interessen in der Region verfolgen.

Aber zuvor benötigen wir ein gemeinsames Vorgehen der drei Kampfparteien Assad, Opposition und Kurden gegen den IS. Eine Lösung kann erst nach dem Ende des IS angegangen werden, sonst wird die Welt ein Syrien haben, das Wissenschaftler wie Afghanistan oder Irak als *failed state* einstufen.

EINE ZENTRALREGIERUNG AUS DREI PARTEIEN

Baschar al-Assad wird der Präsident für das von seinem Regime sogenannte nützliche Syrien – also das Territorium von Latakia bis Damaskus – bleiben, so wollen es Russen und Iraner. Er hat zurzeit noch die Macht in der Hauptstadt Damaskus, im zentralen Teil Syriens, in as-Suwaida, wo die meisten Drusen leben, und an der Küste, wo die Alawiten – eine schiitische Abspaltung, zu der auch Präsident Assad gehört – die Mehrheit bilden deren Männer ein unverzichtbarer Teil der syrischen Armee sind. Die Opposition kontrolliert Städte wie Idlib, Dar'a und mehrere hundert Kilometer der Grenzen mit Jordanien und dem Irak. Wir dürfen auch die Kurden nicht vergessen, die gar nicht zu der Situation vor dem Bürgerkrieg zurückkehren wollen. Sie beherrschen einen Teil des syrischen Nordens, der Rojava heißt. Dort liegen Städte mit kurdischer Mehrheit wie al-Hasakah, Qamischli und Kobane. Die Kurden haben mithilfe der USA in dieser Region lange gegen den IS gekämpft, und viele ihrer Delegierten haben schon bekundet, dass sie nicht mehr unter einer arabischen Regierung bleiben wollen. Deswegen braucht Syrien eine Zentralregierung aus den drei Parteien, um es zu befrieden.

Die Frage der kurdischen Autonomie bleibt dabei allerdings heikel, weil die Kurden eine solche Regierung für weitere Schritte hin zu ihrem Traum eines Staates „Kurdistan“ nutzen könnten. Dass die Türkei jedoch die Kurden nicht mächtiger werden lassen will, wurde vor einigen Wochen wieder deutlich, als türkische Panzer über die syrische Grenze rollten. Mit den Angriffen sollten offiziell IS-Milizen zurückgeschlagen werden. Sie dienen aber auch dazu, die Kurden zu schwächen, sie am Ostufer des Euphrats zu halten und einen kurdischen Korridor zum Mittelmeer zu verhindern.

Für die Entwaffnung der Bürgerkriegsmilizen und die Integration von deren Kommandanten in die föderale Regierung wird der Druck der internationalen Gemeinschaft vonnöten sein. Was in Libyen vor vier Jahren passiert ist – dass jede Kampfpartei von sich aus nach der Macht gegriffen hat – darf sich in Syrien nicht wiederholen. Und auch die Frage, wie Kriegsverbrecher bestraft werden, wird eine entscheidende sein. Ich würde dazu ein Referendum wie in Kolumbien vorschlagen.

Ein Syrien, wie das vor 2010, wird es nicht mehr geben. Und ich meine hier nicht die politische Struktur Syriens, sondern die geografische und gesellschaftliche Struktur, die sich während des Krieges stark verändert hat.

Sollte der Krieg tatsächlich ein Ende finden, was passiert dann mit den Flüchtlingen? Ich habe diese Frage sowohl mir selbst, als auch vielen anderen syrischen Flüchtlingen gestellt. Ein Großteil derer, die in Syrien geboren, aufgewachsen und dort tief verwurzelt sind, will zurück, um ihr Land wieder aufzubauen. Dabei wird die Zentralregierung eine große Rolle spielen – vor allem, wenn es um Versöhnung und Amnestie geht, damit diejenigen, die einer der drei Parteien als vorbestrafte Feinde gelten, überhaupt zurückkehren können. Und die jungen Syrer, die jetzt in Deutschland aufwachsen und sich im Laufe der Zeit von ihrer Heimat entfremden? Je länger dieser Krieg andauert, desto mehr werden in Deutschland bleiben wollen. Auch für mich selbst wird es schwierig werden, eine Entscheidung zu treffen, wenn der Krieg vorbei ist. Denn ich bin zwar in Syrien aufgewachsen, fühle mich aber jetzt Freiheit und Gleichheit, die in Deutschland hoch geschätzt und durch die Verfassung garantiert sind, sehr verbunden. Deswegen werde ich nur dann in mein Land zurückkehren, wenn in Syrien die gleichen Werte gelten wie für alle in Deutschland.



HANI ZAITOUN

Seine persönliche Geschichte ist ein Erfolg: Von Berlin aus arbeitet er inzwischen für internationale Medien wie die *Washington Post* und *CNN*. Doch auf echte Erfolgsmeldungen aus seiner Heimat Syrien wartet er bislang vergeblich.

11 Konflikte

Ein Ende der Gewalt?
Oder Gewalt ohne
ein wirkliches Ende?
Elf Konflikte und ihre
Perspektive für 2017
im Porträt.

Die Auswahl der elf Konfliktherde erfolgte nach jeweils spezifischen Kriterien, von denen ihre Relevanz für die sicherheits-, entwicklungs-, wirtschafts- und innenpolitischen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union das zentrale Merkmal war: Einige der ausgewählten Konflikte befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft Deutschlands und der Europäischen Union und haben bereits aufgrund ihrer geografischen Nähe eine besondere Bedeutung für deren Sicherheit und nationale beziehungsweise europäische wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen. In engem Zusammenhang hiermit stand zudem die Frage, welches Potenzial ein Konflikt hat, neue Fluchtbewegungen auszulösen oder zu intensivieren – hat man doch in den vergangenen Jahren

gesehen, wie stark sich die hiermit verbundenen Herausforderungen ganz unmittelbar auf Deutschland und die EU auswirken. In einigen Fällen sind betroffene Länder auch deshalb ausgewählt worden, weil sie als systemrelevante Staaten in besonderer Weise das Potenzial haben, eine gesamte Region zu destabilisieren, bisherige Stabilisierungsbemühungen der internationalen Staatengemeinschaft zunichte zu machen oder auch terroristischen Gruppen besondere Rückzugsräume zu bieten, die dann als Basis für Anschläge in Deutschland oder Europa genutzt werden könnten. Alle Konflikte haben damit auf vielfachen Ebenen ein Bedrohungspotenzial, das sich mittelbar oder unmittelbar auch auf Deutschland und die EU auswirken kann.

LEGENDE

- † Opfer
- ➔ Binnenflüchtlinge
- ➔ internationale Flüchtlinge

1 Mali

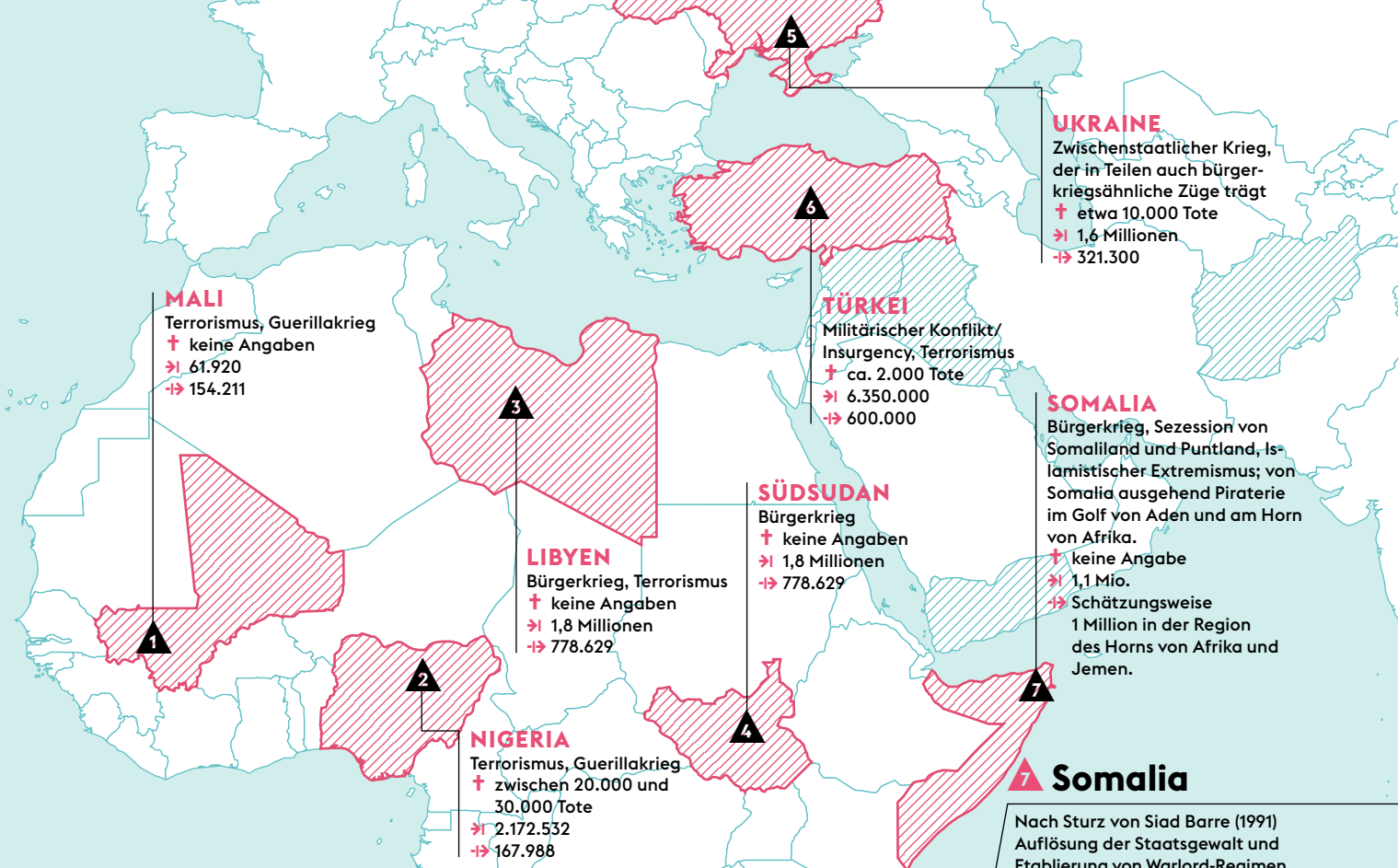
Beginn und Auslöser	2011 Spannungen in Nordmali, Januar 2012 Aufstand von Tuareg-Gruppen. Intervention westlicher Staaten im Januar 2013 zur Stabilisierung der Lage.
Intensität	Gleichbleibend.
Beteiligte Konfliktparteien	Die Tuareg von der „Nationalen Bewegung zur Befreiung des Azawad“ gegen die Regierung unter Präsident Amadou Toumani Touré. Ab Juni 2012: „Ansar Dine“, „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ und „al-Qaida im Islamischen Maghreb“.
Friedensgespräche	Die malische Regierung und bewaffnete Truppen aus dem Norden unterzeichneten im Juni 2015 einen international ausgehandelten Friedensvertrag. Am 16. Oktober 2015 kam es zum Abkommen von Anefis.
Prognose 2017	Das Abkommen von Anefis stimmt vorsichtig optimistisch, allerdings hatten Friedensverträge bisher nur begrenzten Erfolg.
Prognose über die Auswirkung für Deutschland	Ein erneutes Ausbrechen des Konflikts könnte die deutschen Truppen in Mali dauerhaft binden.
Mögliche Handlungsempfehlung für Deutschland	Weitere Unterstützung der UN-Mission MINUSMA, der EU-Ausbildungsmission EUTM sowie der zivilen Ausbildungsmission EUCAP Sahel in Mali.

2 Nigeria

Beginn und Auslöser	Konflikt um Einführung der Scharia seit den frühen 2000er-Jahren. Seit 2010 zahlreiche Anschläge durch die radikalislamistische Gruppierung Boko Haram.
Intensität	Gleichbleibend bis verbessert.
Beteiligte Konfliktparteien	Militär, eine multinationale Joint Taskforce, Boko Haram, die Niger-Delta-Milizen.
Friedensgespräche	Bislang nicht.
Prognose 2017	Jüngste militärische Erfolge im Kampf gegen Boko Haram lassen die Hoffnung auf eine abnehmende Intensität des Konflikts im kommenden Jahr wachsen.
Prognose über die Auswirkung für Deutschland	Ein Erfolg im Kampf gegen Boko Haram würde unmittelbar zur Stabilisierung des Landes sowie seiner Nachbarländer beitragen. Mittelbar bedeutete dies auch eine Verringerung der terroristischen Bedrohungen für Deutschland und Europa, auch mit Blick auf die Symbolwirkung einer solch positiven Entwicklung in dem Land.
Mögliche Handlungsempfehlung für Deutschland	Unterstützung bei Sicherheitssektorreform und Terrorismusbekämpfung, weitere enge Wirtschaftskooperation und Entwicklungszusammenarbeit, politische Zusammenarbeit.

3 Libyen

Beginn und Auslöser	Nicht-Anerkennung der Parlamentswahlen von 2014 durch das Bündnis „Fadschr Libya“.
Intensität	Gleichbleibend.
Beteiligte Konfliktparteien	Regierung in Tobruk, Gegenregierung in Tripoli, ein Bündnis aus al-Qaida Gruppen, der „Shura Council of Benghazi Revolutionaries“ sowie der Islamische Staat.
Friedensgespräche	„Libyan Political Dialogue“ zwischen der Regierung und Gegenregierung sowie Vertretern der Zivilgesellschaft.
Prognose 2017	Die rivalisierenden Regierungen haben im Dezember 2015 einen Friedensvertrag unterzeichnet. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungen und lokalen Akteuren sind damit jedoch nicht beendet, eine Fortsetzung ist wahrscheinlich.
Prognose über die Auswirkung für Deutschland	Eine Fortsetzung oder Intensivierung des Konflikts hätte massive Auswirkungen auf mögliche weitere Fluchtbewegungen aus und über Libyen.
Mögliche Handlungsempfehlung für Deutschland	Weiteres Engagement bei der Unterstützung der libyschen Regierung in ihren Versuchen, das Land zu stabilisieren und eine Einheitsregierung unter Einbeziehung der verfeindeten Fraktionen zu bilden.



4 Südsudan

15. Dezember 2013, Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen in der Staatsarmee „Sudan People's Liberation Army“. Im weiteren Verlauf bürgerkriegsähnliche Entwicklung.

Verschlechternd.

Die „Sudan People's Liberation Army“ aufseiten der Regierung und die „Sudan People's Liberation Army in Opposition“ aufseiten des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar.

Unterzeichnung eines Friedensvertrags im August 2015. Scheitern des Friedensprozesses im Juli 2016 durch die Wiederaufnahme von bewaffneten Kämpfen.

Eine politische Konfliktregelung ist aufgrund der verfahrenen Situation in naher Zukunft nicht zu erwarten. Potenzielle Verschlechterung der Lage durch unzureichende Ernährungssicherung im Land.

Eine Fortsetzung des Konflikts kann zur weiteren Destabilisierung des Landes sowie der Nachbarstaaten führen und damit potenziell neue Flüchtlingsbewegungen auslösen.

Fortgesetzte Unterstützung der Umsetzung des Friedensabkommens und der Einrichtung des Hybridgerichts, Verwaltungsreform und Dezentralisierung. Unterstützung im Bereich der humanitären Hilfe.

5 Ukraine

Annexion der Krim durch Russland im März 2014. Danach kam es zu separatistischen Unruhen im Osten des Landes. Spätestens seit Herbst 2014 greifen russische Soldaten aktiv in das Kampfgeschehen ein.

Gleichbleibend.

Prorussische Milizen und russische Einheiten gegen reguläre ukrainische Kräfte.

Die Minsker Verhandlungen („Minsk I“ und „Minsk II“). Bisher jedoch substanzielle Probleme bei der Umsetzung.

Eine Lösung des Konflikts scheint derzeit weit entfernt.

Die Destabilisierung der europäischen Sicherheitspolitik durch eine Fortsetzung des Konflikts ist eine reelle Gefahr. Die Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine wirken zudem zermürend auf das gesamte ukrainische Staatswesen und die Demokratie im Lande.

Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland; politische Unterstützung der Ukraine bei ihren Reformbemühungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung.

6 Türkei

Aktuelle Auslöser: Abbruch des Friedensprozesses im Juli 2015.

Gleichbleibend bis zunehmend.

Türkische Streitkräfte, PKK.

Keine Friedensgespräche.

Fortsetzung der innenpolitischen Konflikte, dadurch erhöhte Terrorgefahr im gesamten Land, mögliche Verschärfung legislativer Mittel der türkischen Regierung und Verabschiedung neuer Antiterrorgesetze, mit drastischen Auswirkungen auf die gesamte Zivilgesellschaft.

Fortsetzung des Konflikts kann zur Destabilisierung des Landes sowie verstärkte Einbeziehung in andere regionale Konflikte führen; weitere Flüchtlingsbewegungen nicht auszuschließen. Spannungen zwischen pro-kurdischen und regierungstreuen Gruppierungen könnten sich stärker auch in Deutschland entladen. Als NATO-Mitgliedstaat kommt der Türkei besondere Bedeutung zu. Deutschland hat hohes Eigeninteresse an einer Stabilität der Lage in der Türkei.

Fortgesetztes europäisches Engagement für eine effektive Kooperation, Vermittlungsinitiativen zwischen den Konfliktparteien.

7 Somalia

Nach Sturz von Siad Barre (1991) Auflösung der Staatsgewalt und Etablierung von Warlord-Regimen. Ab 2006 neue religiös motivierte Dimension im somalischen Bürgerkrieg. Al-Shabaab Milizen spalten sich 2007 von der Islamist Union of Islamic Courts ab.

Die AU-Friedensmission AMISOM sowie Interventionen Äthiopiens und Kenias stellen ein Mindestmaß an Stabilität her; allerdings weiterhin terroristische Anschläge und keine hinreichende Wiederherstellung staatlicher Autorität.

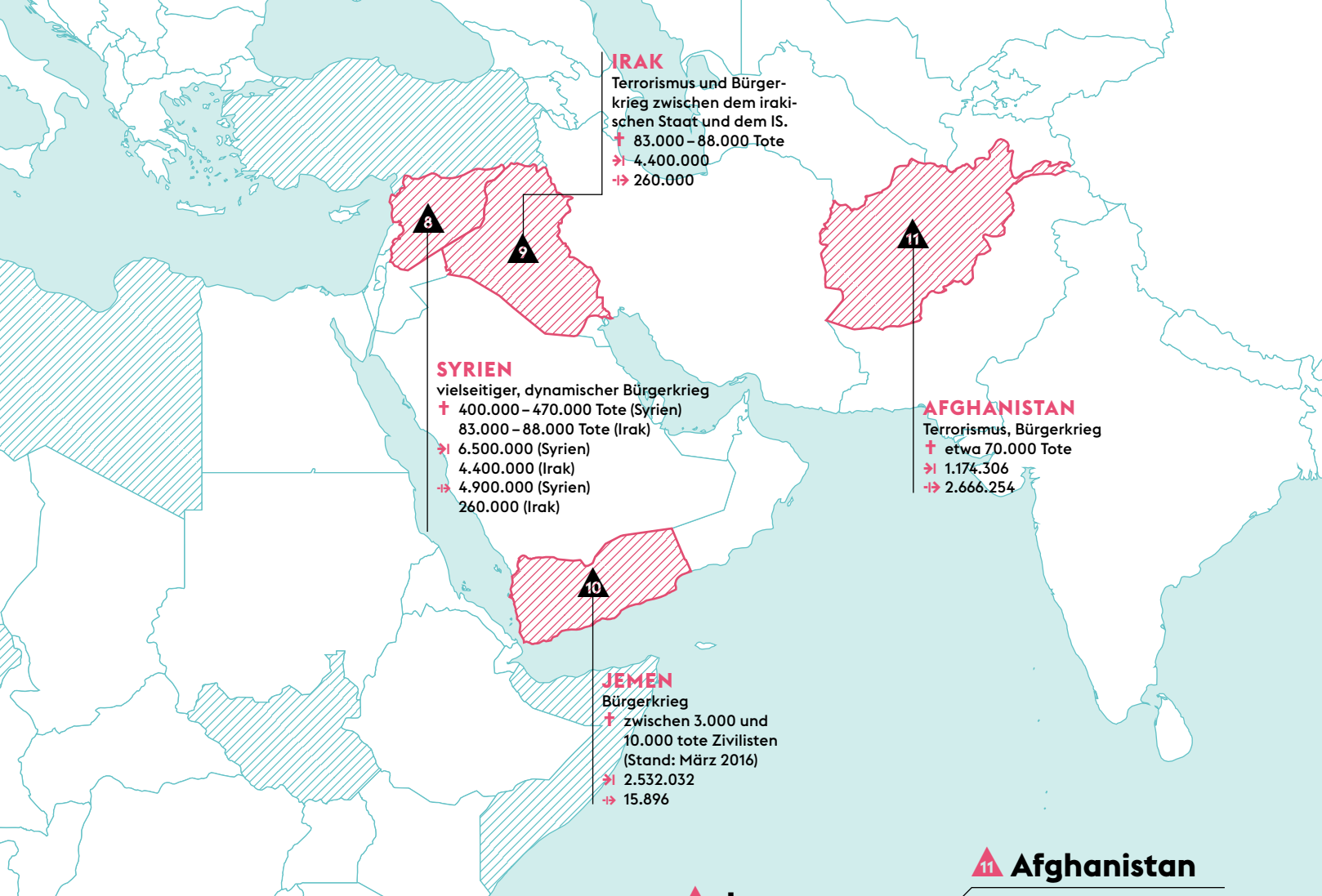
Die islamistische Al-Shabaab-Miliz gegen das Federal Government of Somalia. Angriffe der Al-Shabaab-Milizen richten sich auch gegen AMISOM.

Seit 2008 (Djibouti Peace Process) wenig Fortschritte zu verzeichnen.

Parlamentswahlen bereits mehrmals verschoben (Korruption; Einschüchterung von Kandidaten im Wahlprozess). Anhaltende Volatilität der Sicherheitslage erfordert ein fortgesetztes Engagement der Afrikanischen Union und der Internationalen Gemeinschaft zur Sicherung des Status quo.

Schicksal der somalischen Flüchtlinge in Äthiopien und Kenia ist ungewiss.

Fortsetzung der finanziellen Unterstützung von AMISOM. Ausbau der deutschen Beteiligung an der EU-Mission zur Stärkung des somalischen Sicherheitssektors (bislang zehn Deutsche im Einsatz). Fortsetzung der humanitären Hilfe in Somalia selbst wie auch in den Nachbarländern Äthiopien und Kenia.



IRAK

Terrorismus und Bürgerkrieg zwischen dem irakischen Staat und dem IS.
 † 83.000 – 88.000 Tote
 ➔ 4.400.000
 ➔ 260.000

SYRIEN

vielseitiger, dynamischer Bürgerkrieg
 † 400.000 – 470.000 Tote (Syrien)
 † 83.000 – 88.000 Tote (Irak)
 ➔ 6.500.000 (Syrien)
 ➔ 4.400.000 (Irak)
 ➔ 4.900.000 (Syrien)
 ➔ 260.000 (Irak)

AFGHANISTAN

Terrorismus, Bürgerkrieg
 † etwa 70.000 Tote
 ➔ 1.174.306
 ➔ 2.666.254

JEMEN

Bürgerkrieg
 † zwischen 3.000 und 10.000 tote Zivilisten (Stand: März 2016)
 ➔ 2.532.032
 ➔ 15.896

8 Syrien

Im Jahr 2011: Gewaltsame Eskalation durch das syrische Regime gegen pro-demokratische, friedliche Demonstrationen im Kontext des Arabischen Frühlings.

Zunehmend bis stark zunehmend.

Das syrische Regime, zahlreiche nationale und internationale Akteure sowie der Islamische Staat.

Ja, zahlreiche Initiativen und Prozesse.

Intensivierung der Kämpfe um strategisch wichtige Punkte. Zuspitzung des Konfliktes zwischen syrischen Kurden und der Türkei, Offensive auf IS-Stellungen.

Die Fortsetzung des Konflikts in Syrien kann zur weiteren Destabilisierung des Landes sowie der Nachbarstaaten führen und damit potenziell weitere Flüchtlingsbewegungen auslösen.

Fortgesetztes Engagement im Bereich der Flüchtlingshilfe, weiteres Engagement auch in den politischen Verhandlungen im Rahmen der Syrien-Verhandlungsgruppe; Einsatz für den Beschluss und die Implementierung einer Flugverbotszone.

9 Irak

2013/14, Einnahme von Gebieten des IS im Irak.

Gleichbleibend bis abnehmend.

Im Wesentlichen: der Islamische Staat, die irakische Regierung und die kurdische Regionalregierung.

Keine Friedensgespräche.

Die Eroberung der Gebiete um Mossul wäre wohl gleichbedeutend mit der Zerschlagung der quasi-staatlichen Strukturen des Islamischen Staats im Irak, Rückzug des IS in die Wüstengebiete des Landes; Fortsetzung des bewaffneten Kampfs, aber Verlust des staatsähnlichen Charakters auf dem Staatsterritorium des Irak.

Die Gefahr von terroristischen Anschlägen in Deutschland und Europa bleibt hoch beziehungsweise steigt tendenziell an.

Fortgesetztes Engagement im Bereich der Flüchtlingshilfe, insbesondere auch vor Ort; fortgesetzte militärische Unterstützung für die kurdischen Peshmerga im Nordirak (inkl. Training und Waffenlieferungen).

10 Jemen

Aufstand der Huthi gegen die jemenitische Regierung unter Ali Abdullah Salih.

Verschlechtert

Huthi und Saleh (unterstützt vom Iran und der Hisbollah) gegen den Jemen (unterstützt von Saudi-Arabien), Islah ist eine weitere Konfliktpartei

Ja – aber die UN-geführten Friedensgespräche sind nicht effektiv.

Keine schnelle Einigung, da keine der beteiligten Parteien ein Interesse an der Lösung des Konfliktes hat, sondern nur ihre jeweilige Einflussphäre ausbauen wollen.

Destabilisierung des deutschen sicherheitspolitischen Umfelds durch eine Fortsetzung des Konflikts beziehungsweise durch eine weitere Eskalation; erhöhtes Risiko einer direkten Konfrontation der beiden Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran. In einem Worst-Case-Szenario ist hier eine vergleichbare Entwicklung denkbar, wie sie im Syrien-Konflikt zu beobachten war.

Unterstützung der Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen; politische Einflussnahme auf Saudi-Arabien.

11 Afghanistan

Bewaffnete Konflikte seit Ende der 1970er-Jahre. Intervention der USA und ihrer Verbündeten gegen das Taliban-Regime im Jahr 2001.

Verschlechtert bis gleichbleibend

Im Wesentlichen: diverse Taliban-Gruppierungen, al-Qaida, die afghanische Regierung sowie (in beratender Funktion) die Nato-Soldaten der Mission „Resolute Support“.

Ja, allerdings nur informelle Hintergrundgespräche.

Fortsetzung der Auseinandersetzungen; gegebenenfalls auch stärkere Präsenz des IS.

Eine Fortsetzung oder Intensivierung von gewaltsamen Auseinandersetzungen sowie ein Auseinanderbrechen der Einheitsregierung kann zu einer Gefährdung der Stabilisierungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft führen. Darüber hinaus würde das Ausbrechen erneuter Kämpfe zu erhöhten Flüchtlingszahlen führen und eine Rückführung von nicht anerkannten Flüchtlingen erschweren.

Fortgesetztes Engagement Deutschlands in Afghanistan, weitere Präsenz auch der Bundeswehr vor Ort ohne Nennung eines Abzugsdatums.

Afrika ist mehr als nur unser Nachbarkontinent im Süden

Afrika ist für Europa aus historischen und geostrategischen Gründen von großer Bedeutung, denn die Entwicklungen in unseren südlichen Nachbarländern haben unmittelbare Auswirkungen auf Europa. Nichts verdeutlicht dies mehr als die irregulären Migrationsströme der letzten Jahre, von denen viele in Subsahara-Afrika ihren Ursprung haben. Daher ist heute ein realistisches Afrikabild notwendiger denn je.

TEXT Andrea Ellen Ostheimer

Die primär auf Rohstoffexporten beruhenden ökonomischen Wachstumsraten vieler afrikanischer Länder im vergangenen Jahrzehnt, sind mit dem Einbruch der Rohstoffpreise und mangelnder chinesischer Nachfrage drastisch zurückgegangen. So klafft allein im Staatshaushalt Angolas eine Finanzierungslücke von circa 40 Prozent und in Nigeria ist die Ölförderung auf ihrem niedrigsten Niveau seit 20 Jahren. In den meisten boomenden Ökonomien Afrikas unterblieb eine Diversifizierung der Wirtschaft. Inklusives Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen gelangen nur in wenigen Fällen.

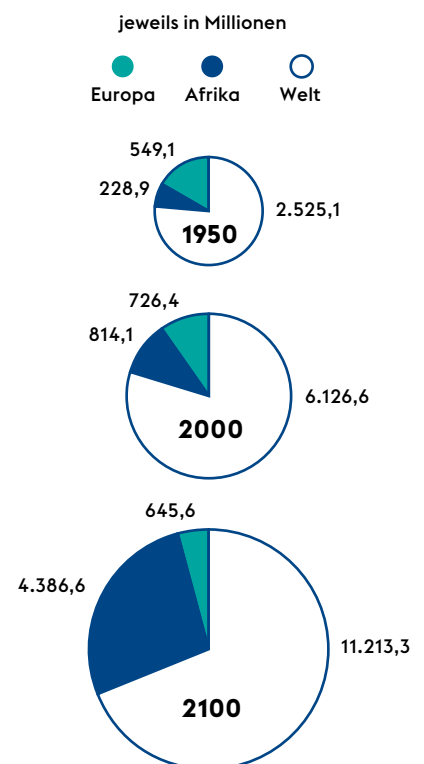
Afrika hat die jüngste Bevölkerung der Welt; die Geburtenraten sind anhaltend hoch. Dementsprechend prognostiziert der *World Population Report*, dass die 1,1 Milliarden Menschen Afrikas bis 2050 auf 2,4 Milliarden anwachsen werden. In einer Stadt wie Lagos, wo bereits heute 13 Millionen Menschen leben, werden sich bis 2050

über 40 Millionen angesiedelt haben. 200 Millionen Afrikaner sind aktuell in der Altersgruppe der Jugend zwischen 15 und 24 Jahren. Auch diese Zahl wird sich bis 2050 verdoppeln. Problematisch ist dabei, dass 60 Prozent der Jugendlichen in Afrika arbeitslos sind.

WENIG GRUND FÜR OPTIMISMUS

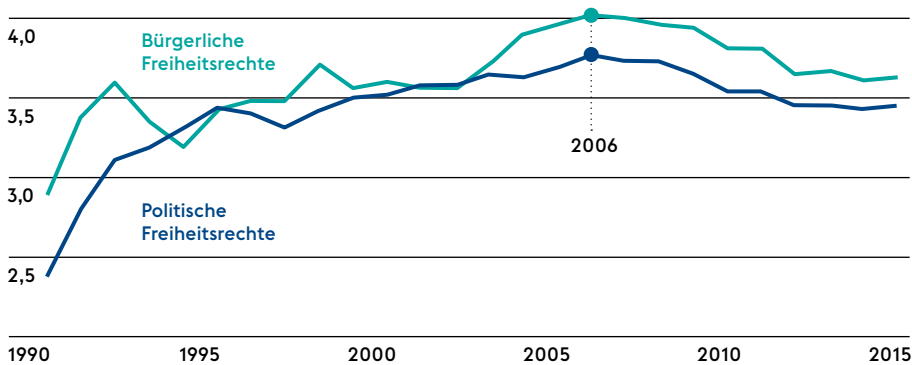
Die immer wieder angeführte demografische Dividende lässt sich daher nur abschöpfen, wenn sich auch die Rahmenbedingungen nachhaltig verändern. Hierzu gehören solche struktureller Art, wie beispielsweise Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Bildungsmöglichkeiten, die mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes kompatibel sind, sowie Verbesserungen im Gesundheitswesen und in der Familienplanung. Grundvoraussetzung für jeden Erfolg bleibt jedoch die verantwortliche Regierungsführung der politischen Eliten. Ändern sich die Rahmenbedingungen

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



DEMOKRATIETRENDS IN SUBSAHARA-AFRIKA 1990–2015

Durchschnittswerte (nach Freedom House-Skala) für 49 Länder



nicht, werden sich lediglich Armut und Perspektivlosigkeit perpetuieren.

Eine perspektivlose Jugend, die wenig zu verlieren hat, lässt sich zudem leicht von religiösen Extremisten instrumentalisieren und wird jede sich bietende Möglichkeit nutzen, dorthin aufzubrechen, wo eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation möglich scheint. Die Hoffnungslosigkeit der Jugend geht dabei einher mit einer absoluten Frustration in Bezug auf die jeweilige politische Elite. Das Vertrauen der Bevölkerung in politische Entscheidungsträger ist verschwindend gering.

Gemäß einer 2014/15 durchgeführten Afrobarometer-Umfrage in 36 afrikanischen Staaten haben lediglich noch 35 Prozent der Befragten das Gefühl, in einer Demokratie zu leben. Die Demokratisierungsprozesse auf dem afrikanischen Kontinent sind ins Stocken geraten. Es haben sich durch Wahlen legitimierte Fassadendemokratien herausgebildet. In den vergangenen Jahren wurden in 21 Staaten Verfassungsänderungen zur Mandatsverlängerung von Präsidenten durchgeführt beziehungsweise angestrebt. Die Qualität der Wahlprozesse nimmt ab und die politischen und zivilen Rechte, insbesondere für die Opposition und für zivilgesellschaftliche Organisationen, werden sukzessive eingeschränkt. Mangelnde Elitenverantwortung und fehlende gute Regierungsführung sind Hauptursachen für die zahlreichen Herausforderungen, denen afrikanische Gesellschaften heute gegenüberstehen.

Die Migrationsbestrebungen, aber auch die Radikalisierung junger Menschen aus Afrika sind zwei zum Teil interdependente Phänomene, die Europa

gesellschafts- und sicherheitspolitisch herausfordern, sollte nicht rechtzeitig gegengesteuert werden. Die Verantwortung liegt dabei auf beiden Seiten. Der im November 2017 geplante EU-Afrika-Gipfel bietet hier den richtigen Rahmen, um sich diesen Herausforderungen zu stellen und zukünftig nicht nur Symptome zu therapieren, sondern auch die Ursachen der Probleme anzugehen. Es ist daher wichtig, dass die Gestaltungsmöglichkeiten Deutschlands im Rahmen der G20-Agenda nicht dort enden, sondern auch die europäische Ebene und die dort bestehende strategische Partnerschaft mit Afrika, verkörpert in der *Joint Africa-EU Strategy*, zukünftig durch Deutschland proaktiv mitgestaltet werden.



ANDREA ELLEN OSTHEIMER

leitet das Team Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2014. Zuvor war sie unter anderem als Leiterin der Stiftungsbüros in Südafrika und der Demokratischen Republik Kongo sowie als Leiterin des Programms Multinationaler Entwicklungsdialog in Brüssel tätig.

Early Warning

Mehr Frieden dank Frühwarnung in Afrika



Die Afrikanische Union hat aus Konflikten gelernt und Early-Warning-Systeme etabliert. Auch illegale Geldflüsse sollen damit zukünftig verhindert werden.

TEXT Ulf Engel

Lassen sich gewaltsame Konflikte vorhersagen? Nein, lautet die ehrliche Antwort auf diese Frage. Aber immerhin lässt sich die Wahrscheinlichkeit ihres Ausbruchs mit einiger Sicherheit prognostizieren. Frühwarnberichte benennen Szenarien, die dann Akteure in die Lage versetzen, früh und strategisch auf sich entwickelnde Konflikte zu reagieren. Im Idealfall leisten sie also einen Beitrag zu langfristiger, struktureller Konfliktprävention.

Afrika ist seit Dekaden der wohl konfliktträchtigste Kontinent. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist in den frühen 1990er-Jahren eine Reihe vor allem transnationaler Konflikte ausgebrochen, die weite Regionen Afrikas erfasst haben: von Westafrika (Sierra Leone, Liberia) über Zentralafrika (Demokratische Republik Kongo) bis zum Horn von Afrika (Somalia). Hinzu kommt ein Genozid in Ruanda, dem 1994 mindestens 800.000 Menschen zum Opfer fielen. Um die Jahrtausend-

wende beruhigte sich das Bild etwas. Seither hat sich die Situation allerdings wiederum verschärft: Insbesondere die Zahl eher kleinteiliger Konflikte hat zugenommen – häufig verursacht durch Gewalt im Zusammenhang mit Wahlen, durch Militärputsche oder durch Auseinandersetzungen über Amtszeitverlängerungen, die nicht durch die Verfassung gedeckt waren. Hinzu kommen nach dem kurzen Arabischen Frühling und dem Auseinanderbrechen Libyens seit 2011/12 vielfältige gewaltsame

Die Lücke zwischen frühen Warnungen und spätem Handeln schließen.

Herausforderungen durch islamistische Terroristen und religiöse Extremisten im erweiterten Sahelraum.

Regionale Wirtschaftsgemeinschaften haben auf diese Herausforderungen reagiert, indem sie Frühwarnsysteme zur Vermeidung gewaltsamer Konflikte entwickelt haben. Auch die Afrikanische Union hat 2002 im *Protocol Relating to the Establishment of the Peace and Security Council*, dem Schlüsseldokument der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, ein eigenes Frühwarnsystem skizziert, das in den darauf folgenden Jahren entwickelt und mittlerweile eingerichtet worden ist.

AUCH AUS NATURKATASTROPHEN GELERNT

Diese Bemühungen knüpfen an die jahrzehntelangen Erfahrungen in anderen Sektoren an, die zunächst einmal sehr wenig mit gewaltsamen Konflikten zu tun haben. So gibt es an vielen Orten dieser Welt funktionierende Frühwarnsysteme: etwa als *Early Warning Scores* in nationalen Gesundheitssystemen, zur Prognose von Tsunamis, Erdbeben, Flutwellen oder Tornados – aber auch zu Verwerfungen in den Finanzmärkten.

Diese Systeme funktionieren nach einem gemeinsamen Prinzip: Innerhalb von Institutionen, die mit einem entsprechenden Mandat ausgestattet sind, sammeln Experten relevante Daten, analysieren diese nach bestimmten Verfahren und übersetzen sie schließlich in Handlungsoptionen für Entscheidungsträger. Schon 1996 wusste die gemeinsame Evaluierung durch Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über die Rolle der internationalen Gemeinschaft im Genozid in Ruanda Folgendes zu berichten: Die Verantwortlichen wurden zwar vom

Ausmaß der Gewalt zwischen oppositionellen Hutu und den Tutsi überrascht. Aber sie verfügten frühzeitig über Informationen, deren kluge Auswertung den Völkermord am Ende hätte verhindern können. 1994 fehlte es jedoch unter anderem am politischen Willen und an systematischen Verfahren, mit konfliktrelevanten Informationen umzugehen – aus verschiedenen Gründen war die internationale Gemeinschaft „blind“ gegenüber diesen Daten und entsprechend unfähig, konfliktpräventive Handlungsoptionen abzuwägen.

Erst vor dem Hintergrund einer langjährigen Debatte in den Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie unter internationalen NGOs wie International Alert oder Carnegie Endowment for International Peace wurden die Prinzipien sinnvoller Konfliktprävention und Frühwarnung ausbuchstabiert. Ziel war es, die beobachtete Lücke zwischen frühen Warnungen vor potenziellen Konflikten und spätem Handeln zu schließen. Die in der Folgezeit entwickelten Frühwarnsysteme unterscheiden sich in dreierlei Hinsicht: nach ihren methodologischen Grundlagen (quantitative oder qualitative Analyseverfahren), ihrem Gegenstand der Beobachtung (Genozid, Flüchtlingsbewegungen, ethnische Konflikte, Konflikte allgemein, und so weiter) sowie ihrem institutionellen Zweck.

Die Afrikanische Union hat ihr *Continental Early Warning System* seit 2008 ausgebaut. Ein operatives Zentrum innerhalb der Abteilung für Frieden und Sicherheit am Sitz der Afrikanischen Union in Addis Abeba sammelt mit verschiedenen elektronischen Verfahren Ereignis- und Strukturdaten und lässt diese automatisiert beobachten. Die Daten speisen sich in erster Linie aus den Berichten von Missionen, Informationen aus den Mitgliedstaaten, Mediendiensten und Onlinenachrichten. Das System erfasst alle zehn Minuten etwa tausend solcher Quellen, und zwar strikt *open source*. Auf geheimdienstliche Informationen wird bewusst verzichtet. Auf dieser Basis werden verschiedene Berichte – tägliche Briefings, aber auch detaillierte Frühwarnberichte zu einzelnen Mitgliedstaaten – produziert. Letztere enthalten auch Szenarien und Handlungsoptionen für die Verantwortlichen innerhalb der Afrikanischen Union und für Partner, wie die Wirtschaftsgemeinschaften.

ESKALATION IN BURUNDI KONNTE VERHINDERT WERDEN

In den vergangenen Jahren sind diese Informationen vor allem im Vorfeld von Wahlen genutzt worden, um Missionen der Afrikanischen Union im Bereich der vorbeugenden Diplomatie mit Informationen zu versorgen, so zum Beispiel im März 2013 in Kenia oder im Oktober 2015 in der Elfenbeinküste. Auch im Falle Burundis gab es wichtige Handlungsoptionen: Die Gewalt drohte nach dem erfolgreichen Versuch von Präsident Pierre Nkurunziza, sich eine dritte Amtszeit zu sichern, zu eskalieren. Dank der Frühwarnberichte konnte das mit einigem Erfolg verhindert werden. Diese Berichte spielten auch in zahlreichen Fällen von gewaltsamem Extremismus eine wichtige Rolle – so etwa in Mali, Niger oder der Zentralafrikanischen Republik.

Das *Continental Early Warning System* wird als Erfolgsmodell gesehen, auch wenn den Frühwarnungen nicht immer konkrete Interventionen folgen. Im internationalen Vergleich steht es vergleichbaren Frühwarnsystemen des US-Militärs oder der EU-Nachrichtendienste technologisch kaum nach. In Zukunft will die Afrikanische Union ein noch stärkeres Gewicht auf die langfristige, strukturelle Konfliktprävention legen und in Zusammenarbeit etwa mit der African Development Bank und der UN Economic Commission for Africa länderspezifische Strategien zur Vorbeugung entwickeln.

Auch 2017 werden die zahlreichen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wieder ganz oben auf der Agenda des afrikanischen Frühwarnsystems stehen – hinzu kommen zunehmend bislang „unkonventionelle“ Themen wie Ebola, die Effekte von El Niño oder illegale Geldflüsse.



ULF ENGEL ist Professor für African Studies und Studiendirektor am Global and European Studies Institute der Universität Leipzig. Er lehrt auch in Äthiopien und Südafrika.



Sechs Thesen

zu einem
Bundestagswahlkampf,
der anders wird

TEXT Ralf Gülden­zopf

Mehr Daten, mehr Studien, mehr Populisten: Die Herausforderungen für die Parteien im Wahlkampf werden immer größer – aber auch die damit verbundenen Chancen. Und ein altes Instrument erlebt ein überraschendes Revival.

Spannend wird es 2017 werden – darin sind sich Wissenschaftler, Journalisten und Wahlkämpfer einig. Der kommende Bundestagswahlkampf wird sich fundamental von den anderen unterscheiden, die seit 1990 stattgefunden haben. Erstmals haben Rechtspopulisten eine sehr realistische Chance, in den Bundestag einzuziehen. Zudem ist die Gesellschaft politisierter als 2013. Bisweilen auch polarisiert.

Die technologischen Möglichkeiten werden immer umfangreicher und prägen die Wahlkämpfe. Die Parteien erproben neue Strategien – und versuchen, die alten dabei nicht zu vernachlässigen. Was wichtig werden könnte und was wahlentscheidend – dazu sechs Thesen:

1 Wahlkreiskandidaten sind stellvertretende Spitzenkandidaten

Die Fokussierung auf die Spitzenkandidaten wird immer stärker. Ziel der Kampagnen ist es, auch die Direkt-

kandidaten in den Wahlkreisen als „Botschafter“ und „Stellvertreter“ (engl. *surrogate*) des Spitzenkandidaten zu positionieren und nur zu einem geringeren Teil der Partei zuzuordnen. Kommunikativ muss mit einer „Stimme“ nach außen gesprochen werden – von den Abendnachrichten über die Sozialen Medien bis in die Lokalzeitung. Sich vor Ort von der eigenen Partei abzusetzen oder bei neuen Entwicklungen nicht sprechfähig zu sein, schadet nicht nur dem Kandidaten im Wahlkreis, sondern auch der Gesamtkampagne. Die Herausforderungen auf diesem Weg sind groß – kulturell und logistisch. Die interne Kommunikation braucht tägliche Briefings, aufbereitete Argumente und handhabbare Feedbackmechanismen. Die „Sprechfähigkeit“ der gesamten Partei wird zum Erfolgskriterium der Kampagnen.

2

Daten sind der Schmierstoff einer erfolgreichen Wahlkampfmaschinerie

Die Wähler in den USA sind nicht mehr nur potenziell gläsern – sie sind es tatsächlich. Bis auf die eigentliche Wahl wissen die US-Kampagnen so ziemlich alles über ihre Zielgruppen. Und die Innovation des Jahres 2016 ist, dass man nicht mehr nur Wählergruppen identifizieren, sondern individuelle Wähler ins Visier nehmen kann.

2012 arbeitete die Kampagne von Mitt Romney mit zwei Wählersegmenten, Obama hatte neun. Die Kampagne von Ted Cruz kannte nach Angaben ihres Managers, Jeff Roe, allein für Iowa 176 Wählertypen. Für die gesamte Vorwahlkampagne waren es 1.809. Das führte dazu, dass man einzelne Wähler persönlich auf dem passenden Kanal (Brief, Facebook, Fernsehen *et cetera*) mit der passenden Botschaft (Thema, Ton, Argumente) ansprechen konnte.

Klar, das soll und wird es in Deutschland so nicht geben. Ist aber auch nicht schlimm. Eitan Hersch hat

in seinem Buch *Hacking the Electorate* festgestellt, dass es vor allem die öffentlichen Wahlregister sind, durch die Datenbanken zur Wählerklassifizierung in den USA so erfolgreich sind. Das haben wir hierzulande nicht. Dennoch wird man in Zukunft sehen, wie auch in Deutschland mehr in Datenbanken investiert wird. Zum einen wird man verstärkt direkt von den Bürgern Daten sammeln – auf Webseiten, in den Sozialen Medien, bei Veranstaltungen, auf der Straße. Zum anderen werden unter der Nutzung kommerzieller Anbieter und zusammen mit Statistikern eigene Modelle und Zielgruppensegmente „aufgebaut“. Alles unter der Garantie, dass der Datenschutz strengstens eingehalten wird.

3

„Digital“ sitzt nicht mehr am Kindertisch

Nach den „Hype“-Jahren im Umfeld der beiden Obama-Wahlen ist gerade im Bereich „Digitales“ eine positive Ernüchterung eingetreten. Man weiß mittlerweile, wie man viele der noch vor wenigen Jahren neuen Instrumente sinnvoll einsetzen kann. Gerade in den USA sind die digitalen Bereiche gleichwertig in die Kampagnenstruktur eingebettet. Die Medienbudgets für „Online“ sind deutlich gestiegen und machen mittlerweile 15 bis 20 Prozent aus.

Auch in Deutschland wird stärker in den Onlinebereich investiert werden. Abstimmungswege und Reaktionszeiten werden kürzer. Dennoch wird man bei der Verteilung von Werbebudgets sicherlich nicht den US-Benchmark erreichen. Das liegt nicht am fehlenden Verständnis für das Instrument, sondern eher daran, dass im Gegensatz zu den USA die Wahlkampfbudgets nicht von Jahr zu Jahr deutlich anwachsen. Man steht hierzulande vielmehr vor der Frage, was man stattdessen weglässt. Also, statt Social Bots, die für die Kampagnen in den Wahlkampf eingreifen, wird es erst einmal noch viele Plakate und ein wenig Facebook-Werbung geben.

Da die digitalen Innovationen nicht durch üppige Finanzen in die Parteien kommen werden, muss man andere Wege gehen. Dazu gehört der intensivere (personelle) Austausch zwischen Parteistrukturen und Digitalwirtschaft. Statt Politik zu digitalisieren, könnte man versuchen, „Digitale“ zu politisieren. Hier kann man interessante Modelle beispielsweise der Zeit- beziehungsweise Talentspende erwarten.

4

Parteien wollen wissen, was wirkt

Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen werden auch bei uns immer häufiger Fragen zur Wirksamkeit einzelner Instrumente gestellt. Sowohl Kampagnenmacher als auch Wissenschaftler wollen wissen, was in deutschen Wahlkämpfen zum Erfolg führt. So sind in den letzten Jahren durch unterschiedliche Kooperationen zwischen Parteien und Wissenschaft interessante Studien entstanden. Auch wenn man damit erst am Anfang steht, ist doch ein kultureller Wandel wahrnehmbar. Während man in den Parteien zunächst noch etwas mit der Wissenschaft fremdelte, sind jetzt deutlich mehr Sensibilität und Verständnis vorhanden.

Gerade im Onlinebereich werden wir zukünftig sehr viel mehr A/B-Tests zur Bewertung jeweils zweier Ansprachevarianten sehen – ob bei E-Mails, Webseiten oder Facebook-Anzeigen. Im Kern kann mit solchen Tests auf relativ einfache Weise festgestellt werden, welche Inhalte, welcher „Betreff“ oder welches Bild am ehesten zu Klicks der Nutzer führen. Dies führt zur Anpassung der Kommunikation und darüber hinaus zu weiteren Wirkungsstudien. Gerade in einem Bereich, der immer wichtiger wird: Tür zu Tür.

5

Der Tür-zu-Tür-Wahlkampf erlebt ein Revival

Der persönliche Kontakt gilt als eines der wirkungsvollsten Instrumente im Wahlkampf. Zahlreiche Studien haben international bestätigt, dass vor allem Haustürbesuche wirkungsvoll sind und sogar Wahlen entscheiden können. Deswegen hinterfragen auch deutsche Kampagnen immer öfter, ob Wahlkampfstände in der Innenstadt oder noch hundert weitere Plakate sinnvoll sind.

Sicher braucht man die Signale durch Außen- und Zeitungswerbung. Qualitativ hochwertige und deswegen wirksame Kontakte entstehen jedoch im persönlichen Gespräch bei der Kommunikation an der Gartenpforte. Die Kampagnen werden deswegen viel stärker (und früher) auf die Organisation von Freiwilligen setzen, die dann zur Mobilisierung eingesetzt werden. Der Vorteil, den zumindest die Volksparteien in Deutschland gegenüber den US-Parteien haben, ist das immer noch relativ starke Netzwerk aus Mitgliedern und Ortsverbänden.

6

Der Umgang mit Populismus bleibt die spannendste Frage

Über alle interessanten Entwicklungen hinaus, die wir technisch und organisatorisch im nächsten Wahlkampf erleben werden, bleibt die spannendste Frage, wie die Parteien mit den politischen Herausforderungen des Populismus umgehen werden. Hier spielen Themen und Botschaften eine zentrale Rolle. Wer hier den richtigen Ton trifft, wird auch erfolgreich sein. Hier ist der Raum für Fehler wahrscheinlich am kleinsten. Für die restliche Wahlkampfführung gilt: „You need to get better to be the best.“



RALF GÜLDENZOPF ist Leiter der Politischen Kommunikation der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit der Analyse von Wahlkämpfen, vor allem auch in den USA.

Nach der Populismus-Welle



Populismus irritiert. Populismus fasziniert. *Populism sells.* Doch schon im Jahr 2017 wird sich die populistische Masche abnutzen. Was nach der Populismus-Welle zählen wird, sind Sachpolitik, die Probleme löst, Klarheit, Integrität und Vertrauen.

TEXT Nico Lange

Wohl kaum ein Phänomen ist gesellschaftlich und medial im Jahr 2016 intensiver diskutiert worden als die Wahlerfolge populistischer Parteien und Kandidaten. Und wohl kaum eine Debatte hat bisher weniger brauchbare Ergebnisse produziert als die über den „Umgang“ mit den Populisten. Die häufig selbstreferenziellen Diskurse behäbiger politischer und medialer Eliten haben, so scheint es, bisher keine wirksamen Antworten auf die populistische Herausforderung finden können. Ein wachsender neuer Markt der Politik kommuniziert dagegen schnell und direkt, bricht gezielt Tabus, missachtet althergebrachte Regeln und befeuert hemmungslos Emotionen.

Parteipolitiker und Journalisten reagierten darauf bisher meist mit einer Mischung aus Entrüstung und Hysterie.

Die „Populisten“ werden gebrandmarkt, viele Wähler dabei unnötig beleidigt. Der „Aufstand der Abgehängten“ oder der „neue Nationalismus“ würden, wie häufig zu lesen war, nach der Wahl von Donald Trump nun endgültig ein globales „Zeitalter des Populismus“ einläuten. Einige Auguren sehen nach der Trump-Wahl im europäischen Superwahljahr 2017 sogar „das Ende der Welt, wie wir sie kennen“ kommen. Die alte Ordnung, so der Tenor, würde durch den neuen Markt der Politik zwischen aggressivem Populismus, Fake-News und automatisierter Propaganda im „postfaktischen Zeitalter“ untergehen.

FAKTEN, WAHRHEIT UND GUTE ARGUMENTE

Doch schon 2017 wird die Welle abebben. Nach der beispiellosen medialen Beschäftigung mit Farage, Le Pen, Wilders, Grillo, Petry und anderen wird

Rassismus

Ob „Let’s blow the system up“ oder „Wir zeigen es denen mal so richtig“ – Protestwähler wollen eine Botschaft an die politisch Verantwortlichen senden.

der „Populist“ schon Ende 2017 eine tragische politische Figur von gestern sein. Fakten, Wahrheit und gute Argumente werden sich durchsetzen. Wähler sind schlauer und lernfähiger, als es viele denken. Die Strategien gegen Populismus werden 2017 endlich wirken, weil die seriöse Politik ihr eigenes Menschenbild ernst nimmt und nicht die zynischen Vorstellungen der Populisten von einer willfährig manipulierbaren Masse übernimmt.

Nach der ersten Hysterie um den Ausgang der US-Wahl und der Überwindung des Schocks wird sich 2017 die Erkenntnis durchsetzen: Trump-Wähler sind nicht gleichzusetzen mit Trump-Anhängern. Es hat viele und sehr heterogene Gründe gegeben, warum etwa 59 Millionen Amerikaner für Trump und für die Republikaner gestimmt haben. Auch die Wahlerfolge oder hohen Umfragewerte für populistische Parteien in Europa bedeuten nicht, dass diese Parteien, ihre Ideen und Protagonisten feste und ständig

weiterwachsende Anhängerschaften haben. Es liegt auf der Hand, dass gerade einige wenige fanatische Unterstützer populistischer Parteien und ihre sehr prononcierten Positionen medial und in den sozialen Netzwerken präsent sind. Daraus lässt sich aber nicht ableiten, dass es sich um typische oder weit verbreitete Auffassungen handelt.

Die breite Mehrheit drückt mit ihrer Unterstützung für Populisten ihren Protest aus. Sie hat mit den Personen und Programmen populistischer Parteien wenig zu tun. Trump wurde nicht wegen seiner rhetorischen Ausfälle, der widerlichen persönlichen Angriffe und krassen Provokationen gewählt. Viele Wähler aus der gesellschaftlichen Mitte entschieden sich trotz dieser negativen Faktoren für eine Protestwahl. Die AfD in Deutschland hat nicht wegen der in der Partei handelnden Personen oder der inhaltlichen Positionen des Programms bei Wahlen Erfolge erzielt, sondern geradezu erstaunlich unabhängig davon.

AUFFORDERUNG ZUR VERÄNDERUNG

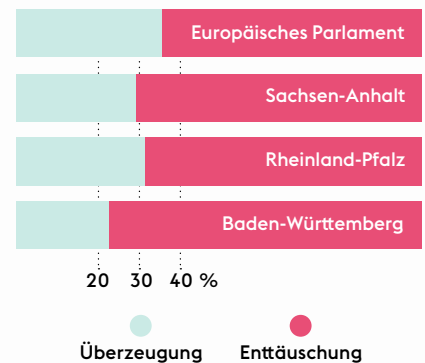
Ob „Let’s blow the system up“ oder „Wir zeigen es denen mal so richtig“ – Protestwähler wollen eine Botschaft an die politisch Verantwortlichen senden. Viele der öffentlichen und politischen Reaktionen haben diesen Wählern bisher den Eindruck vermittelt, ihre Botschaft sei noch nicht verstanden worden. Durch die Trümmer aus Provokation und Beleidigungen, durch die Hysterie populistischer Kampagnen, durch die grenzenlos selbstgerechten Entrüstungsmaschinen der sozialen Netzwerke und das Rauschen der Social Bots hindurch werden die Parteien und Politiker 2017 erkennen: Protestwahl ist eine Botschaft an uns und wir müssen uns verändern.

Gerade die Häufung wichtiger Wahlen in Europa wird 2017 diese Veränderung befördern: Wir alle werden lernen, mit den Populisten gelassener umzugehen, weniger moralische Ent-

rüstung an den Tag zu legen und nicht mehr ständig die Trolle zu füttern. Stattdessen werden Politiker merken, dass die Attraktivität der Protestwahl sinkt, wenn sie offensiver für eigene Positionen eintreten – wenn man sie für ihre Überzeugungen kämpfen sehen kann. Die Wähler wollen direkt angesprochen werden. Vor allem aber wollen sie, dass die Politik sich mit der Lösung ihrer tatsächlichen Probleme beschäftigt. Die Protestwahl ist eine Reaktion auf das taktische Verhalten von Politikern, die eine inhaltliche Positionierung vermeiden und nur darauf warten, in welche Richtung sich der Wind dreht. Haltung, Klarheit und Orientierung sind gefragt – und werden bei Wahlen belohnt werden.

Auch wenn jetzt noch alle von Le Pen, Petry, Wilders und Grillo reden, sind die Chancen hoch, dass nach der Populismus-Welle ganz andere Namen das Jahr 2017 prägen werden.

MOTIVE FÜR DIE WAHL DER AfD



Wahlerfolge populistischer Parteien bedeuten nicht, dass diese feste und ständig wachsende Anhängerschaften haben. Ihre Wähler wollen in der großen Mehrheit Protest ausdrücken.



NICO LANGE

ist seit Januar 2017 Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington D.C. Zuvor war er stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Parteien und Parteireformen, Populismus sowie Politische Planung und Strategie.

„Parteien haben die Neugierde auf die Bürger verloren“

Der CDU-Politiker Ruprecht Polenz und der Soziologe Harald Welzer wollen sich nicht über die Zukunft der Parteiendemokratie streiten. Aus guten Gründen.

Zu Beginn ein Geständnis: Eigentlich sollte an dieser Stelle ein Streitgespräch über die Zukunft der Parteiendemokratie stehen. Es ist eines der entscheidenden Themen im Jahr 2017 – allein schon deshalb, weil im Herbst ein neuer Bundestag gewählt

wird. Wir hatten Harald Welzer eingeladen, einen der bekanntesten politischen Denker der Republik, dessen neues Buch *Die smarte Diktatur* derzeit für Diskussionen sorgt, und Ruprecht Polenz, den ehemaligen CDU-Generalsekretär und Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag.

Doch dann entwickelte sich zwischen Welzer und Polenz ein bemerkenswerter Gedankenaustausch darüber, was das Unbehagen vieler Bürger mit der Politik ausmacht – eigentlich viel besser als alles, was am Ende eines Disputs hätte herauskommen können.

REDAKTION Herr Welzer, Sie haben in einem Essay für den *Spiegel* im Jahr 2013 geschrieben, dass Sie nicht mehr wählen gehen wollen: „Allein der Entzug der Zustimmung nötigt die Parteien, sich ihrem

Legitimationsverlust zu stellen und sich daran zu erinnern, wer in der Demokratie der Souverän ist.“ Würden Sie den gleichen Text noch einmal im Jahr 2017 schreiben?

HARALD WELZER Nein, das würde ich absolut nicht. Und ich habe auch in dem Text von 2013 geschrieben, dass all dies nur gelten würde, wenn wir keine relevante rechtspopulistische Partei haben. Bei dem Text ging es mir vor allem darum, etwas polemisch darzulegen, dass zentrale Zukunftsthemen von den Parteien nicht adressiert werden.

REDAKTION Aber damals gab es doch auch schon eine AfD, die bei der Bundestagswahl 2013 auf fast fünf Prozent der Stimmen gekommen ist.

WELZER Aber das war die Lucke-AfD. Das war was völlig anderes.

RUPRECHT POLENZ Ich glaube, dass bestimmte Grundtöne der Ausländerfeindlichkeit und der Islamfeindlichkeit auch schon in der Gründungsphase der AfD dabei waren. Und die sind jetzt zur dominanten Tonlage geworden. Angelegt war das bei Henkel und Lucke auch schon, und sie haben auch bewusst solche Signale gesetzt, damit die AfD schnell wächst. Die Weichen wurden schon früh gestellt, sodass man heute kaum noch umhinkommt, diese Partei rechtsradikal zu nennen.

REDAKTION Herr Polenz, hätten Sie damals einen provokanten Weckruf wie den von Herrn Welzer unterstützt?



POLENZ Wohl eher nicht. Ich bin ja Jurist, und da schaut man erst einmal, wofür die Parteien denn in unserer Republik laut Verfassung zuständig sind. Sie wirken an der Willensbildung der Bevölkerung mit. Wichtig ist, dass sie das aufnehmen, was sonst in der Gesellschaft diskutiert wird. Denn sie sind diejenigen, die das dann in handlungsfähige Konzepte übersetzen müssen. Da weisen jedoch alle Parteien derzeit Schwächen auf, und daher kommt auch die Renaissance direktdemokratischer Vorstellungen, weil das Scharnier zwischen repräsentativer Demokratie und Bevölkerung – was die Parteien eigentlich sein müssten – weitgehend eingerostet ist. Aus meiner Sicht ist direkte Demokratie keine Lösung, nicht mal in Ansätzen. Die Lösung sollte in einer neuen Beweglichkeit des Scharniers zu suchen sein. Und das betrifft die Aufgaben, die Parteien heute wahrnehmen müssten.

REDAKTION Bei den Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt war im Jahr 2016 ein Phänomen zu beobachten: Erstmals seit langer Zeit stieg die Wahlbeteiligung wieder an. Profitiert hat davon aber vor allem die AfD, deren führende Vertreter nun von einem „Revival der Demokratie“ sprechen.

WELZER Ich weiß nicht, ob das ein Revival der Demokratie ist. Der AfD gelingt es offensichtlich, das ressentimentgeladene Bevölkerungspotenzial zu aktivieren. Ich halte die ganze Debatte deswegen für schief, weil diese ganzens zusätzliche Wähler nun als repräsentativ für die gesamte Bevölkerung angesehen werden. Ich sehe das völlig anders: Wir haben in unserer Gesellschaft schon immer ein Fünftel der Bevölkerung gehabt, das rassistisch, antisemitisch oder vorurteilsbeladen oder alles zusammen ist. Das ist ein Sachverhalt, der lässt sich nicht so einfach beseitigen. Damit kann man in einer Demokratie auch leben.

REDAKTION Was war denn früher anders?

WELZER Der Unterschied ist derzeit nur der, dass Geschichtspolitik in der Bundesrepublik ganz lange nur so funktioniert hat, dass niemand Nazi sein wollte. Und deswegen hat sich dieses Ressentimentpotenzial eher zurückgehalten und nicht gewählt. So weit zu gehen und der NPD die Stimme zu

geben, das wollten die meisten dann eben auch nicht. Was ich für verhängnisvoll halte, ist, wenn diese Inhalte nun popularisiert und verallgemeinert werden, indem man sie adaptiert.

REDAKTION Herr Welzer, Sie machen sich in ihrem Buch *Die smarte Diktatur* für die Freiheit des Einzelnen stark und für die Demokratie. Sie machen in dem Engagement von Millionen Menschen während der Flüchtlingskrise ein Indiz dafür aus, dass die Demokratie in Deutschland sehr lebendig ist. Warum spielen in Ihrer Analyse Parteien so eine geringe Rolle?

WELZER Das stimmt ja auch. Ich halte den Spätsommer 2015 und alles, was danach gefolgt ist, für eine Sternstunde der Demokratie. Was ist das für ein Hammer, dass es in einer Gesellschaft, die aus zwei totalitären Diktaturen herausgekommen ist, so ein hohes Engagement gibt? Mich macht es so wütend, dass das ver stolpert wurde. Es gab keine Anerkennung dafür, was das eigentlich für unsere Demokratie bedeutet hat.

POLENZ Ich halte es für überhaupt keinen demokratischen Fortschritt, wenn unter dem Satz „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ all das nun wieder an völkischem Gedankengut hoffähig wird, was aus sehr guten Gründen in der deutschen Geschichte über Jahrzehnte nicht sagbar war. Und die Grenzen des Sagbaren hinauszuschieben halte ich für überhaupt keinen demokratischen Fortschritt. Ich beobachte mit Sorge, dass auch die Sprache der Medien mittlerweile verroht. Es gab sogar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Kommentar, in dem das Wort „Überfremdung“ ohne Anführungszeichen gebraucht wurde. Außerdem bin ich skeptisch, die Wahlbeteiligung allein als Indikator für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie zu nehmen. Bei hoher Zufriedenheit mit allem bleiben die Leute möglicherweise auch zu Hause.

WELZER Ich würde das differenzieren. Wir haben ja auch das Phänomen der sinkenden Beteiligung in den Parteien. Was fälschlicherweise als Politikverdrossenheit bezeichnet wird, ist eine Abwendung der Menschen von den Agenturen der Politik. Wir haben ja andere Indikatoren, zum Beispiel ein steigendes Politikinteresse bei jungen Menschen. Und daher kam damals meine Argumentation auch zustande: Man kann ja sehen, dass sich Politikinteresse kristallisiert. Aber warum wird das nicht aufgenommen? Das sind natürlich nicht die Themen der 1960er-Jahre oder die Anbetung des Wirtschaftswachstums, das interessiert die Leute nicht mehr so. Da sind die Grünen im vergangenen Jahrzehnt genauso unsensibel gewesen wie CDU und SPD. Und es gibt natürlich auch zu wenig Nachwuchsförderung in den Parteien.

POLENZ Der Punkt ist eben, dass sich die Parteien weniger als Plattformen für die gesellschaftliche Diskussion verstehen, sondern eben eher als geschlossener Kreis. Nach dem Motto: Wir machen Debatten unter uns aus. Es ist schon viel, wenn bei



Programmdiskussionen mal externe Experten eingeladen werden. Meistens wirken da diejenigen mit, die man in der eigenen Partei für möglichst nachdenkliche Menschen hält. Und die direkte Demokratie setzt ein Menschenbild voraus, das ich für unreal und totalitär halte. Letztlich wird erwartet, dass der Mensch sich rund um die Uhr für Politik interessiert und mitwirkungsbereit ist. Das widerspricht aber unserem Freiheitsverständnis.

REDAKTION Nicht jeder Mensch ist politisch. Und selbst politische Menschen könnten in einer direkten Demokratie durch Interessengruppen desinformiert werden.

POLENZ Man darf sich voller Inbrunst auch für Schalke 04 interessieren. Es muss nicht jeder Einzelne für die Politik mobilisierungsbereit dastehen. Das ist ein Zeichen für totalitäre Systeme. Nicht umsonst haben totalitäre Systeme eine unheimliche Vorliebe für Referenden. Die Legitimation, die man scheinbar dadurch bekommt, dass man dem Volk eine vorgefertigte Frage vorlegt, die so formuliert ist, dass man kaum „Nein“ sagen kann, ist äußerst zweifelhaft. Aber genau darauf setzen solche Regime. Außerdem haben Referenden in der deutschen Geschichte stets zu einer großen Polarisierung geführt. Und Polarisierung nutzt vor allem den extremen Rändern. Aus diesem Grund ist die AfD auch mit solcher Begeisterung für Volksabstimmungen.

REDAKTION Herr Polenz, es ist ja eine dramatische Analyse, wenn Sie sagen, dass Parteien ihre Funktion als Seismograf verloren haben. Die Volksparteien verlieren zwar Mitglieder, aber es sind ja immer noch Hunderttausende Mitglieder, die dort mitwirken. Wie konnte es dazu kommen?

POLENZ Wenn Sie sich das Leben in den Volksparteien mal näher anschauen, dann werden Sie sehen, dass ein beträchtlicher Teil – gerade auf der unteren Ebene – das wie ein Verein macht. Man beschäftigt sich zwar mit den örtlichen Begebenheiten, aber im Grunde geht es vor allem um das Zusammenkommen. Die großen politischen Themen werden da nicht diskutiert. Die Neugierde auf die Meinung der Gesellschaft, die ist in den Parteien komplett unterentwickelt.

REDAKTION Und die war früher größer?

POLENZ Die Parteien hatten zumindest früher eine größere Bestimmungsmacht über den gesellschaftlichen Diskurs. Heute ist aus vielerlei Gründen diese Fähigkeit zersplittert, unter anderem auch wegen der neuen Medien. Weil sie aber nicht mehr, wie bei der Wiederbewaffnung oder der Ostpolitik, aus der eigenen Kompetenz heraus den Diskurs bestimmen, müssten sie umso mehr darauf schauen, was die Themen in der Gesellschaft sind. Sagen wir es so: Es ist auch die Neugierde auf die Bürger, die in den Parteien fehlt.

WELZER Ein Faktor ist natürlich auch, dass Politik von den Akteuren her sehr berufsförmig geworden ist. Früher gab es viele Politiker, die zuvor in einem anderen Job tätig waren, manche hatten sogar eine Lehre gemacht. Aber das ist alles vorbei, die Karrieremuster innerhalb der Parteien sind nicht dazu geeignet, diese seismografischen Funktionen zu entwickeln. Das sind Tunnelkarrieren. Und dann kommt man irgendwann auf die fatale Idee, die seismografische Eigenarbeit durch Demoskopie ersetzen zu können. Was mich außerdem nervt, ist, dass man den Leuten pausenlos unterstellt, sie seien ein bisschen doof. Das passiert, wenn man sagt, dass Politik „erklärt“ werden müsse. Und nun kommt ein Faktor hinzu, der tatsächlich demokratiezersetzend ist, und das ist an vielen Stellen der Gesellschaft ein Elitenversagen. Ich glaube, dass das, was die Deutsche Bank macht, für die Demokratie zerstörerischer ist als vieles, was sich am Rand abspielt. Meinen Sie nicht, Herr Polenz?

POLENZ Doch, ich stimme Ihnen zu. Wobei in der Breitenwirkung das, was bei FIFA, UEFA und DFB passiert, als mindestens genauso schlimm wahr-

genommen wird. Aber noch einmal zum Verhältnis zwischen Bürgern und den Parteien: Mein eigentlicher Apparat in der politischen Arbeit waren und sind die Wählerinnen und Wähler. Wenn ich in einer ökonomischen Frage nicht weiterweiß, gehe ich zu einem Unternehmen oder einer Gewerkschaft und unterhalte mich mit den Leuten, wie sie die Sache sehen. Ich habe in meinen Jahren als Abgeordneter so viele Fälle von Kenntnis und Kompetenz erlebt, und die Menschen sind auch bereit, ihr Wissen zu teilen. Aber die Parteien erwecken derzeit eher den Eindruck, als wüssten sie alles besser, und entfernen sich dadurch vom Volk.

REDAKTION Haben Sie vielleicht ein Beispiel dafür, wie dieser Eindruck genau zustande kommt?

POLENZ Es geht auch um das alltägliche Verhalten: Gehen Sie mal als neues Parteimitglied zu einem Ortsverein hin. Da haben Sie Glück, wenn man sich ein bisschen um Sie kümmert. Sonst verhält sich diese Gruppe von Bekannten stets wie jede Gruppe, wenn ein Neuer dazukommt. Sie können es von oben bis unten durchdeklinieren, warum dieser Eindruck der Geschlossenheit entsteht. Es macht mir wirklich große Sorgen, dass die Parteien jene Leute, die sie eigentlich bräuchten, nicht mehr kriegen.

REDAKTION Herr Welzer, wie kann man denn das Interesse an Politik bei jungen Menschen wieder in mehr Begeisterung für die Parteien überführen?

WELZER An der Stelle muss ich die Parteien in Schutz nehmen. Das Phänomen, das da zu beobachten ist, ist eines, das man als „Expertokratie“ in weiten Teilen der Gesellschaft beobachten kann. Diese Haltung, schon zu wissen, worum es geht, und es den Bürgern

„Ich halte den Spätsommer 2015 für eine Sternstunde der Demokratie. Mich macht es so wütend, dass das verstoßert wurde.“

nur noch vermitteln zu müssen, die haben Sie in ganz vielen Institutionen. Ich hatte das selbst schon, dass ich zu Abendessen mit Politikern eingeladen war mit der Ansage, dass es ein echtes Interesse daran gebe, was ich als Wissenschaftler über dieses und jenes Thema so denke. Und wenn man selbst in diesem Kreis nach fünf Minuten Gespräch die Erklärungen serviert bekommt, warum man etwas jetzt genauso machen muss, dann läuft etwas falsch.

REDAKTION Man spricht ja in der Vermittlung von Politik gerne davon, dass „die Bürger mitgenommen“ werden sollen.

WELZER Das ist grundfalsch. Letztlich bedeutet das: Wir haben das Mandat, und die müssen es kapieren. Das ist eine fürchterliche Haltung für eine lebendige Demokratie. Dieter Salomon, der Oberbürgermeister von Freiburg, sagte einmal: Die Bürger sehen hinterher immer auch so mitgenommen aus.

POLENZ Man muss sich deutlich machen, dass in Bezug auf die Parlamente und auf die Regierungen Politik durch die Parteien vermittelt wird. Und da sind die Parteien ganz schön schlaffe Transmissionsriemen geworden. Bei diesem „Wir müssen die mitnehmen“ schwingt ein ganz komisches **Avantgardedenken** mit, was natürlich zu vielen sarkastischen Bemerkungen Anlass gäbe. Es ist übrigens schade, dass sich die Piraten selbst versenkt haben. So kann ich nur hoffen, dass sich die Parteien das Erbe der Piraten noch mal ein wenig genauer anschauen. Ich betrachte mit Freude bei der CDU, dass Herr Tauber, der dazu ja auch eine gewisse Affinität mitbringt, einiges auf den Weg gebracht hat. Das bleibt aber derzeit eher auf der Ebene der Bundespartei und findet auf Kreis- und Ortsebene kaum statt.

REDAKTION Sie haben beide nun Fehlentwicklungen beschrieben, die sehr langfristig wirken. Das sind alles keine Dinge, die man in ein oder zwei Jahren abstellen kann. Der Aufstieg der Populisten in ganz Europa ist schon jetzt Gegenwart. Wo sehen Sie denn die Parteienlandschaft vor dem Hintergrund dieser Entwicklung in zehn Jahren?

POLENZ Ich hoffe, dass die CDU ihren Anspruch, Volkspartei zu sein, wieder genau ausbuchstabiert, zum Beispiel dadurch, dass die verschiedenen

Bevölkerungsgruppen – Frauen, Männer, Arbeiter, Migranten – in der Arbeit wieder besser abgebildet werden. Ich denke, dass die Parteien sich berappeln können. Aber ich glaube schon, dass man vor allen Dingen in der jeweiligen Oppositionsrolle etwas mehr Aufmerksamkeit, auch etwas mehr Spielraum für Parteireformen verspürt, weil man meint, in der Regierungsverantwortung könne man sich die dafür notwendige breite Diskussion nicht ganz so leisten. Auch weil es die Durchschlagskraft der eigenen Regierungstätigkeit tangieren könnte, wenn man nur zu sehr über den Tellerand hinweg denkt.

WELZER Der Strukturfehler liegt in der öffentlichen Auseinandersetzung darin, dass viele es schon gut finden, dass man Leute aufeinander loshetzt. Es kann viel förderlicher sein, Leute sich einfach mal miteinander unterhalten zu lassen. Vor allem dann, wenn es gelingt, dass alle Beteiligten am Ende klüger sind als am Anfang. Das Streitgespräch ist nicht erkenntnisfördernd, sondern dient vor allem dazu, Positionen zu verfestigen. Um die politische Landschaft modernisierungsfähig zu machen, müssen die Medien auch anders spielen. Diese ganze Streitpublizistik ist einfach völlig grauenvoll.

REDAKTION Spannend, das von jemandem zu hören, der auch mal gern provoziert.

WELZER Aber das macht ja nichts. Ich nehme auch gern was zurück. Meine Meinungen sind ja nicht in Marmor gemeißelt. Ich verstehe eine kultivierte Auseinandersetzung immer so, dass man einen Vorschlag für ein Argument macht. Ich habe zum Beispiel gerade die Idee, den Schlussteil meines Buches

„Die Parteien erwecken derzeit eher den Eindruck, als wüssten sie alles besser, und entfernen sich dadurch vom Volk.“

Die smarte Diktatur noch einmal neu zu schreiben. Da ist viel Kritik gekommen, und die leuchtet mir ein. Warum mache ich dann nicht ein *open source*-Essay? Wenn man so eine Renaissance der politischen Auseinandersetzung auf diese Weise anfangen würde, da wäre eine Menge gewonnen.

REDAKTION Herr Polenz, Herr Welzer wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führten Sebastian Christ und Jochen Markt.

RUPRECHT POLENZ war für die CDU 19 Jahre lang Abgeordneter des Deutschen Bundestages und für kurze Zeit deren Generalsekretär. Acht Jahre lang leitete er den Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. Er ist bis heute eine wichtige und respektierte Stimme in politischen Debatten, nicht zuletzt auch auf Facebook.

HARALD WELZER ist Soziologe, Sozialpsychologe und Bestsellerautor (*Selbst denken, Die smarte Diktatur*). Er hat die Initiative Offene Gesellschaft ins Leben gerufen, die bis zur Bundestagswahl bundesweit Veranstaltungen organisieren wird zu Fragen wie: Wie wollen wir leben? Was tun? Welche Demokratie wollen wir und wie können wir sie retten?

M Mehr MUT ZU ZWI- SCHEN- TÖNEN

Kübra Gümüşay wollte mehr Liebe gegen den Hass im Internet organisieren. Dann merkte sie: Das reicht nicht. Nun will sie lautstark diejenigen unterstützen, die die Welt so beschreiben, wie sie ist: komplex!

TEXT Kübra Gümüşay

Das Netz spült das hässliche Gesicht unserer Gesellschaft an die Oberfläche. Der Hass macht das sichtbar, was zuvor nur für die direkt Betroffenen sichtbar war. Ja, wir können ihn wegklicken, löschen, den Computer ausschalten. Doch dann ist der Hass keineswegs weg. Unsere Ignoranz macht den Schaden größer, den Schmerz tiefer. Denn der virtuelle Hass ist real. Und er ist organisiert.

Ein Irrglaube ist, der Hass in den Kommentarspalten, in Foren und sozialen Medien sei rein organisch entstanden. Wir glauben, diese Kommentare würden die gesellschaftliche Meinungs-

vielfalt repräsentieren. Dabei werden diese Einträge – oder vielmehr Massenkommunikation – in einschlägigen Foren von rassistischen und rechtspopulistischen Gruppen organisiert. Sie schreiben gezielt an Redaktionen und kommentieren unter ausgewählten Artikeln, um den Eindruck zu erwecken, bestimmte Meinungen und Positionen beispielsweise zu Islam, Migration, Frauen und Geflüchteten seien nicht tragbar, seien zu marginal und provokant für die Mitte unserer Gesellschaft. Inzwischen sind wir so weit, dass sich Menschen für ihre zum Teil rassistischen Äußerungen auch außerhalb des

Internets nicht mehr schämen. Sie glauben, es sei ihr gutes Recht, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung. Dabei ist es auch ein grundlegendes Menschenrecht, nicht aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Geschlecht diskriminiert zu werden.

WAS MACHT ES MIT UNSEREN KINDERN?

Ich bin mit einem anderen Internet groß geworden. Wir durften Fehler machen, aus ihnen lernen und intellektuell wachsen. Doch welchen Nährboden, welche Umgebung bietet das Internet jetzt? Was macht es mit unseren Kindern, unserer Jugend, wenn sie in so einer Stimmung aufwachsen?

Ich glaubte, die Lösung sei die digitale Zivilcourage. Man müsste Liebe organisieren, fand ich. Wenn sich Hass organisieren lässt, warum dann nicht auch Liebe? Deshalb trug ich im Mai 2016 die Idee zur „organisierten Liebe“ auf der re:publica vor, dem größten europäischen Netzkongress. Ich forderte Nutzerinnen und Nutzer dazu auf, ihren politischen und medialen Konsum neu zu überdenken, bedenken. Statt nur dann zu kommentieren und zu reagieren, wenn ein Artikel, eine Meinung, ein Beitrag missfällt oder verärgert, sollten es die Zustimmung und die Begeisterung sein, die unser Handeln ebenso antreibt. Die ausdrückliche Äußerung von Zustimmung in Diskursen wird zu einem Werkzeug. Organisierte Liebe wird angesichts des organisierten Hasses im Netz zu einem politischen Instrument.

Dabei soll die organisierte Liebe keinem blinden Applaudieren gleichen. Sie bedeutet vielmehr die offene und lautstarke Unterstützung der Positionen, die wir befürworten. Den Einsatz auch für das, was wir als selbstverständlich erachten: Gerechtigkeit und Freiheit. Die Einsicht, dass eine Gesellschaft nur so frei und gerecht ist, wie sie es für die Schwächsten und Unterdrücktesten ist. Das Erkennen des Einflusses des Hasses – um ihn schließlich einzudämmen.

Praktisch bedeutet es, nicht zu schweigen. Laut zu sein. Lauter als der Hass. Lauter als der Populismus. Besonnen, differenziert und: laut.

Nach meinem Vortrag war ich überwältigt vom Zuspruch. Und der Appell schien Wirkung zu zeigen: Artikel,

Unsere Gesellschaft ist komplex. Was wir brauchen, ist der Mut, dies zum Ausdruck zu bringen.

Tweets, Posts wurden geschrieben, eine Schule baute die Idee in ein Theaterstück ein, ein Priester in seine Predigt. Doch mit der Zeit wurde mir klar, dass dieser erste Erfolg trügerisch war.

UNSERE MESSLATTE SOLLTE GANZ WOANDERS LIEGEN

Besonders deutlich wurde es mir, als sich Anhänger eines Pegida-Ablegers rassistisch über die Kinderbilder von Nationalspielern mit Migrationshintergrund auf den Kinderschokolade-Packungen äußerten. Die Gegenreaktionen kamen prompt und zahlreich. Doch wem war damit geholfen? Der Rassismus war ja ohnehin so plump, dass sich selbst Pegida von diesen Äußerungen distanzierte. In diesen Momenten ist es keine Errungenschaft, für unser Miteinander einzustehen. Es ist absolut wichtig und gut, aber eben auch das absolute Mindestmaß – eine Mindestanforderung an unsere Gesellschaft.

Unsere Messlatte sollte ganz woanders liegen. Unser gesellschaftlicher Fortschritt misst sich nämlich nicht in diesen Momenten, sondern dann, wenn es komplex wird. Wenn Emotionen hochkochen, die Stimmung angespannt ist, die Debatten polarisiert sind. Unser Erfolg gegen Rechtspopulismus wird nicht nur im Kampf und in der Wachsamkeit gegen „Rechts“ gemessen, sondern auch im Kampf gegen Populismus. Und dafür bedarf es Mut – Mut zur Komplexität.

So wird unser aller Herausforderung in den nächsten Monaten und Jahren sein, Differenziertheit populär zu machen. Denn egal, welche Klarheit und Eindeutigkeit manche Debatte im Netz vorzugeben scheint, die Welt ist es nicht. Unsere Gesellschaft ist komplex. Was wir brauchen, ist der Mut, diese

Komplexität zum Ausdruck zu bringen – und sie organisiert zu unterstützen.

Es war für uns Feministinnen keineswegs einfach, uns nach den schrecklichen Ereignissen in der Neujahrsnacht 2016 in Köln klar und laut gegen die sexualisierte Gewalt zu positionieren und uns zugleich auch gegen die Instrumentalisierung dieser Gewalt durch Rechtspopulisten zu wehren. Davor zu warnen, nicht in jedem Nordafrikaner einen potenziellen Vergewaltiger zu wähen.

Es war mit Sicherheit auch nicht einfach und bedurfte Mut und Courage für Claus Kleber, als er nach den Pariser Attentaten im Januar 2015 im deutschen Fernsehen den Terroranschlag scharf verurteilte, Mitgefühl für die Opfer und ihre Angehörigen zum Ausdruck brachte, und zugleich betonte, man dürfe nun Muslime nicht insgesamt unter Generalverdacht stellen.

POPULÄR SIND DIE VERMEINTLICH EINFACHEN WAHRHEITEN

Noch ist Differenziertheit nämlich äußerst unpopulär. Man steht im Verdacht, zu vertuschen, zu verheimlichen, abzulenken. Und wir stützen diesen Verdacht, indem wir uns für unsere Differenziertheit entschuldigen, uns unwohl in dieser Rolle fühlen. Doch sich der Komplexität dieser Gesellschaft anzunehmen, macht einen nicht zum Apologeten, es bedeutet nicht, die Missstände zu entschuldigen oder zu verharmlosen, sondern sich auf die Suche nach den vielen verschiedenen Ursachen zu machen – um tatsächliche Lösungen und konstruktive Ansätze zu entwickeln.

Populär sind derzeit diejenigen, die die vermeintlich einfachen Wahrheiten haben. Diejenigen, die die komplexen Probleme unserer Gesellschaft auf die

immer gleichen simplen Ursachen reduzieren. Armin Nassehi, Professor für Soziologie an der Universität München, beobachtete: „[Der politische Populismus] macht Verantwortliche sichtbar und reduziert die Komplexität der Welt auf illegitime Interessen bestimmter Gruppen (‚gierige‘ Manager, ‚korrupte‘ Politiker, ‚kriminelle‘ Nutznießer von Sozialleistungen, ‚Lügenpresse‘ etc.). Populisten machen all das in prallen Bildern erzählbar.“

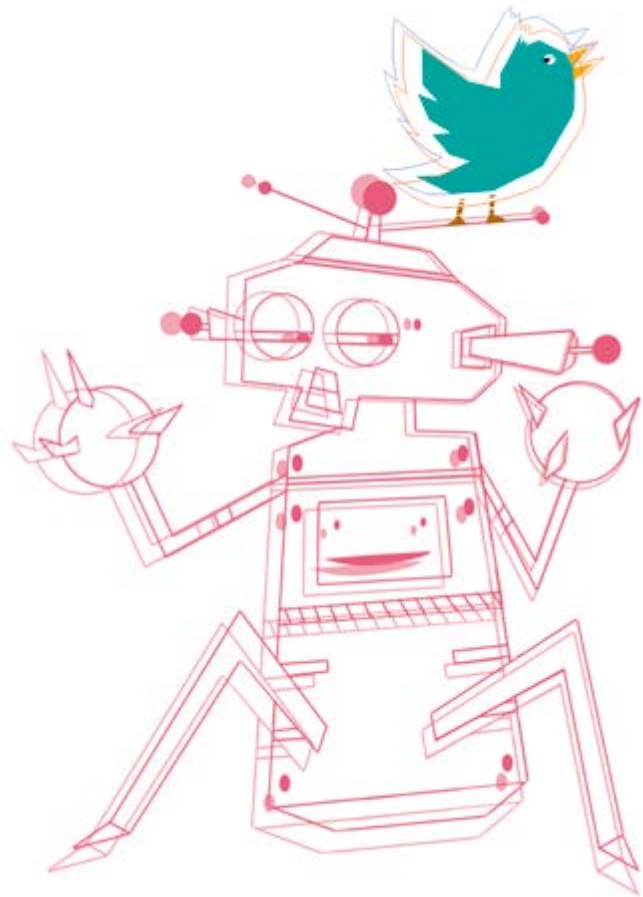
Feinheiten und Details haben im populistischen Duktus keinen Platz. Dabei ist die Realität genau das: komplex! Politik, Medien, Intellektuelle und all jene, die unsere öffentlichen Diskurse prägen, sollten selbstbewusst und selbstverständlich für Differenziertheit stehen. Doch nicht allein Prominenz löst das Problem. Wir alle, sämtliche Kreise und Schichten dieser Gesellschaft, sind in der Lage zu differenzieren. Die Zwischentöne sind es, die konstruktive Lösungen eröffnen. Und genau die sollten wir einfordern und stärken.



KÜBRA GÜMÜŞAY ist eine deutsche Bloggerin und Netzaktivistin türkischer Herkunft. Ihr Vortrag auf der re:publica16 über organisierte Liebe wurde zigtausendfach im Netz angeschaut und diskutiert. Heute bezeichnet sie diesen Erfolg als „trügerisch“.

Guter Bot, böser Bot

Soziale Netzwerke im Internet werden immer anfälliger für Manipulation. Von Robotern verfasste Tweets und Kommentare beeinflussen die Meinungsbildung. Nun drohen Social Bots auch zu einer Gefahr für die Bundestagswahl zu werden.



TEXT Martin Fuchs

Ein kleines Gedankenexperiment zu Beginn: Stellen Sie sich vor, Bundeskanzlerin Angela Merkel würde einen Twitter-Account starten, dort wochenlang ihre Botschaften twittern und Dialoge mit Bürgern führen. Etwa: „Sie sollten nicht so extremistisch sein.“ Erst nach Monaten würde bekannt, dass nicht die Kanzlerin und ihr Team dort kommunizieren, sondern ein Roboter, der die Botschaften und Gespräche komplett automatisiert versendet. Dieser Roboter hätte zudem vor ein paar Jahren noch einen Pornokanal bespielt. Und keiner der inzwischen mehr als 8.000 Twitter-Follower hätte all dies bemerkt. Utopie? Weit gefehlt. Genau dies ist in Argentinien passiert. Journalisten starteten einen Account auf den Namen von Expräsidentin Cristina Fernández de Kirchner – ohne deren Zustimmung. Sie erfuhren, wie einfach es ist, sogenannte Bots für die politische Kommunikation zu nutzen – und dass die Öffentlichkeit erst spät merkt, dass keine reale Person, sondern ein Computerprogramm dahintersteckt. Kirchner dürfte erleichtert gewesen sein, dass ihr Image keinen direkten Schaden nahm.

Bots sind kleine Computerprogramme, die schon lange im Internet eingesetzt werden, zum Beispiel um Suchmaschinen zu optimieren. Eine Studie des IT-Unternehmens Incapsula geht davon aus, dass aktuell 61 Prozent des Datenverkehrs bei Suchmaschinen auf Bots zurückgehen. Sie erzeugen mittlerweile also mehr Internettraffic als reale Personen. Auch Unternehmen und Medien setzen immer stärker auf Chat-Bots, um so beispielsweise Kundendialoge effizienter zu betreuen oder mit *Conversationaljournalism*-Ansätzen neue Zielgruppen zu erreichen. So startete vor einigen Wochen die App „Resi“ in Deutschland: Sie verbindet Chatten und Informieren, indem sie Nutzern

passgenau Nachrichten zu einem nachgefragten Thema in den Chatverlauf liefert.

All diese Bots versuchen, das Internet noch besser zu machen und Services zu liefern, die automatisiert erfolgen können. Sie werden auch „good bots“ genannt. Daneben treiben aber auch immer mehr „bad bots“ ihr Unwesen, sogenannte Social Bots, also „soziale Roboter“. Diese kleinen, aber sehr intelligenten Softwareprogramme verhalten sich so, als seien sie reale menschliche Nutzer. Sie mischen sich in politische Diskurse ein und versuchen, diese zu manipulieren. Meist treten sie massenhaft auf und werden dann auch Bot-Armee genannt.

Facebook:
weltweit

5

Milliarden

Beiträge
täglich

Twitter:
weltweit

500

Millionen

Tweets
täglich

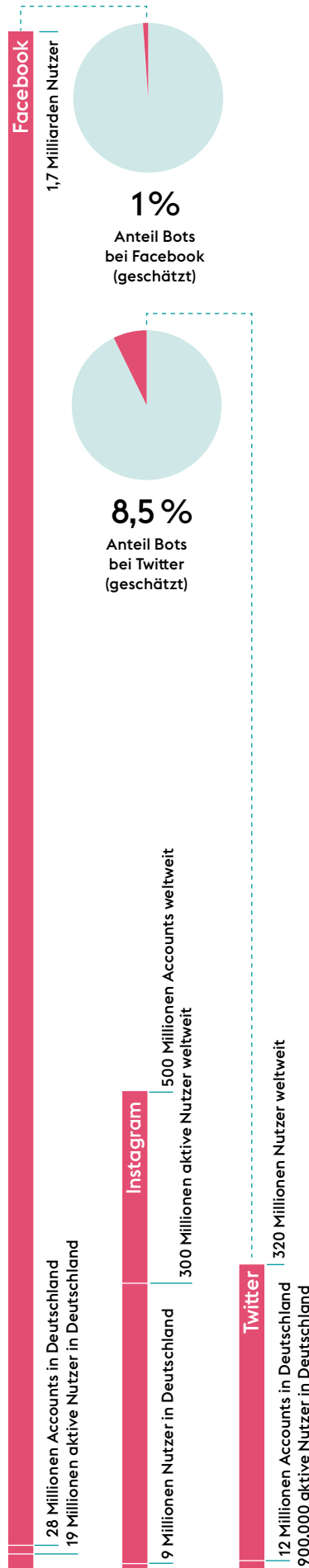
BEI TWITTER BIS ZU 20 PROZENT SOCIAL BOTS

Der normale Nutzer erkennt Social Bots kaum. Ihre Profilbilder sind oft real existierende Profildaten aus dem Internet oder belanglose Comiczeichnungen, die Biografie ist sinnvoll ausgefüllt. Und bevor die Bots richtig aktiv werden, haben sie sich schon mit anderen realen Nutzern vernetzt. Schätzungen gehen

von 100 Millionen Fake-Accounts auf allen großen Plattformen aus. Bis zu 20 Prozent aller Twitter-Accounts werden schon heute Social Bots zugeordnet. Bots kann jeder programmieren oder sich bei Programmierern kaufen. Für wenige Tausend Euro bekommt man 10.000 Social Bots für alle möglichen Netzwerke, die dann für die Manipulation eingesetzt werden können. Und zwar mit verschiedenen Strategien: Die offensichtlichsste ist der direkte Versuch, die Argumente und Positionen des „Auftraggebers“ in den Diskurs einzubringen, durch Kommentare und Tweets. So beobachtete Professor Simon Hegelich von der Hochschule für Politik in München unter anderem auf dem Facebook-Account der CSU, wie Social Bots versuchten, Meinungen zu beeinflussen. Unter den Beiträgen der Partei tauchten immer wieder fremdenfeindliche Kommentare auf, die Hegelich ziemlich sicher Social Bots zuordnen konnte. Oft reicht schon ein einziger manipulativer Kommentar aus, damit sich andere, echte Benutzer zu Hass Tiraden hinreißen lassen – oder sich genervt abwenden. Eine sachliche Diskussion über ein kontroverses Thema wird so unmöglich.

Am subtilsten und daher gefährlichsten ist aber die Strategie, Trends zu beeinflussen und irrelevante Themen und Positionen auf die politische Agenda zu heben. Dazu benutzen Bots bereits etablierte Hashtags oder setzen massenhaft Tweets und Postings mit einem neuen, eigenen Schlagwort ab – schlimmstenfalls fremdenfeindlicher Art, wie #Rape-Fugees und #RefugeesNotWelcome. Weil Social-Media-Trends für Politik und Medien ein immer wichtiger werdender Seismograf sind, kommen von Social Bots gesetzte Themen plötzlich in die Mitte der Gesellschaft, obwohl sie eigentlich keine Relevanz besitzen. Wie schnell das geht, zeigte die *Wirtschaftswoche*-Chefredakteurin Miriam Meckel, die das Hashtag #linkemeerheit definierte und es mit weniger als zwanzig Bekannten und ein paar Tweets in die deutschen Twitter-Trends hievte. Als Forscherin bewies sie dadurch, wie schnell Manipulationen Erfolg haben können. Simon Hegelich vermutet, dass sogar der Großteil des Twitter-Traffics inzwischen von Social Bots kommt.

Ähnlich funktioniert dies auch mit Fan- und Followerzahlen. Nach dem Amoklauf in München war beispielsweise



bei allen Twitter-Accounts der Bundesregierung ein enormes Followerwachstum beobachtet worden. Oder Social Bots folgen gezielt eigentlich unbedeutenden Accounts und verschaffen ihnen damit eine Relevanz, die sie nicht haben.

WEITERBILDUNGEN FÜR PARTEIEN WICHTIG

Prognosen sagen Social Bots ein noch stärkeres Wachstum in den nächsten Jahren voraus. Und sie werden immer schlauer. In letzter Zeit wurden Chat-Bots beobachtet, die sinnvolle und durchaus längere politische Diskussionen führen können, ohne dass sich der „Besitzer“ des Bots nur eine Sekunde darum kümmern musste. Im US-Präsidentenwahlkampf haben Social Bots versucht, positive Stimmungen für Donald Trump in der spanischsprachigen Community zu verbreiten, um dort verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Auch im kommenden Bundestagswahlkampf 2017 wird damit gerechnet, dass Bots gezielt eingesetzt werden. Bislang gibt es zwar keine belastbaren Zahlen und Studien für Deutschland. Und die Wechselwirkung von Manipulation und Wahlergebnis kann nicht vorhergesagt werden. Aber in jedem Fall kann es zu einer wirklichen Gefahr für die Demokratie werden, wenn Medien und Politik für diese Form der Manipulation nicht sensibilisiert sind. Deshalb ist es wichtig, dass die Parteien Weiterbildungen anbieten, sich gegenseitig zum Thema austauschen und bei möglichen Angriffen auch über Parteigrenzen hinweg warnen. Auch die sozialen Netzwerke selbst sollten aktiv gegen Social Bots vorgehen, diese transparent machen und gegebenenfalls löschen. Dies sollte in ihrem ureigensten Interesse liegen – denn kein Unternehmen möchte seine Werbung für Roboter schalten.




MARTIN FUCHS berät Regierungen, Parlamente, Parteien, Verwaltungen und Politiker in digitaler Kommunikation. Er ist Gründer einer Social-Media-Analyse-Plattform, mit deren Hilfe er vor einiger Zeit erste Bot-Attacken auf politische Accounts beobachtete.

WAHLEN 2017



DEUTSCHLAND



BIP pro Kopf	37.099 €
Jugendarbeitslosenquote	5,4%
Geburten pro Frau	1,50
Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren	32,7%
Frauenanteil in Führungspositionen	22,5%
Schulabgänger ohne Abschluss	5,9%
Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl	71,5%
Asylanträge pro 100.000 Einwohner	844
Straftaten pro 100.000 Einwohner	7.704

Erst ein neuer Bundespräsident, dann drei bedeutende Landtagswahlen und natürlich die Bundestagswahl im Herbst: Das Wahljahr 2017 wird ein äußerst spannendes in Deutschland. Vorab lohnt nicht nur ein Blick auf die Themen, sondern auch auf die Statistiken.

Das Saarland entscheidet am 26. März, ob Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) weiterhin Regierungschefin bleiben darf. Wie geht es weiter mit der Stahlindustrie und dem Technologiestandort Saarland? Wird die Schuldenbremse eingehalten und die Verkehrsinfrastruktur verbessert?

In Schleswig-Holstein geht es am 7. Mai um die Zukunft der Dänen-Ampel unter Torsten Albig (SPD). Und auch um die innere Sicherheit, die Bewältigung der Flüchtlingssituation sowie die Struktur des Bildungssystems. In NRW regiert Hannelore Kraft (SPD) seit 2010. Die Themen Integration, Arbeitslosigkeit, Wachstum, digitaler Wandel und Energie-wende werden bei der Wahl am 14. Mai eine große Rolle spielen.

Den Abschluss dieses Wahljahres bildet die Bundestagswahl im September 2017. Hier stehen neben Fragen der Flüchtlingspolitik wirtschafts- und sozialpolitische Themen im Vordergrund.

Aber neben Themen, Personen und Gefühlen lohnt auch ein Blick in die Statistik. Wir haben relevante Zahlen zum Bund und zu den drei Bundesländern herausgesucht – von den Asylanträgen bis hin zur Geburtenrate. Die Quartett-karten verraten keinen Sieger, laden aber zum Vergleich ein.

SAARLAND



BIP pro Kopf	35.409 €
Jugendarbeitslosenquote	6,0%
Geburten pro Frau	1,38
Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren	28,6%
Frauenanteil in Führungspositionen	24,1%
Schulabgänger ohne Abschluss	4,7%
Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl	61,6%
Asylanträge pro 100.000 Einwohner	656
Straftaten pro 100.000 Einwohner	7.886

SCHLESWIG-HOLSTEIN



BIP pro Kopf	30.134 €
Jugendarbeitslosenquote	6,3%
Geburten pro Frau	1,52
Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren	30,9%
Frauenanteil in Führungspositionen	22,1%
Schulabgänger ohne Abschluss	7,4%
Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl	60,1%
Asylanträge pro 100.000 Einwohner	992
Straftaten pro 100.000 Einwohner	7.157

NORDRHEIN-WESTFALEN



BIP pro Kopf	36.509 €
Jugendarbeitslosenquote	6,7%
Geburten pro Frau	1,52
Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren	25,7%
Frauenanteil in Führungspositionen	22,5%
Schulabgänger ohne Abschluss	5,9%
Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl	59,6%
Asylanträge pro 100.000 Einwohner	1.050
Straftaten pro 100.000 Einwohner	8.603

**„IM ALLGEMEINEN
HABEN MICH
WAHLKÄMPFE
SEHR ERFRISCHT.“**

Konrad Adenauer im Gespräch
mit Daniel Schorr 1963.

Gottgewollter Kampf?

Narrative von heiliger Gewalt finden sich in allen religiösen Überlieferungen. Diese destruktive Seite des Glaubens wird moderne, pluralistische Gesellschaften weiter herausfordern.

TEXT Friedrich Wilhelm Graf



In den aktuellen Debatten über die grausamen Gewalttaten des sogenannten Islamischen Staates wird oft behauptet, dass der Islam eine besonders blutrünstige, Hass und Mord fördernde Religion sei. Aber dies ist nicht der Fall. Vorstellungen vom „heiligen Krieg“ gegen die Anhänger eines anderen Glaubens und Phantasmen eines gottgewollten Kampfes gegen das Böse und die Ungläubigen finden sich auch in vielen anderen religiösen Überlieferungen der Menschheit. Wer in der hebräischen Bibel, dem Alten Testament der Christen, liest, wird immer wieder mit Mord, Totschlag und Vergewaltigung konfrontiert. Auch das Neue Testament kennt nicht allein die Bergpredigt und das Gebot der Feindesliebe, sondern auch den endzeitlichen Gewaltexzess der Johannes-Offenbarung. Und im zehnten Kapitel des Matthäusevangeliums sagt Jesus von Nazareth gar: „Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, Frieden auf die Erde zu bringen. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Dies wurde in der Geschichte des Christentums oft als eine Aufforderung verstanden, den eigenen Glauben mit Gewalt zu verbreiten und Zwangsmission zu betreiben.

Der Heidelberger Ägyptologe Jan Assmann, einer der weltweit angesehensten deutschen Geistes- und Kulturwissenschaftler, hat in wichtigen Büchern die These vertreten, dass vor allem die drei großen monotheistischen Religionsfamilien Judentum, Christentum und Islam intolerant und gewaltnah seien. Assmann spricht von der „Mosaischen Unterscheidung“ und erinnert damit an die Urszene der Sinai-Offenbarung, in der Jahwe, der eine Gott, mit unbedingter Strenge Exklusivität einklagt: „Ich bin der HERR, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ Dem einen eifernden Gott des Monotheismus eine bunte friedliche Vielfalt höchst unterschiedlicher Götter gegenüberzustellen, führt allerdings in die Irre. Denn auch in polytheistischen Religionskulturen gab es immer sehr viel Glaubensgewalt. Man muss in der Gegenwart nur nach Indien oder Myanmar blicken, um die hohen Gewaltpotenziale in polytheistisch geprägten Glaubenswelten zu erkennen. In Myanmar gehen Buddhisten, insbesondere Mönche, mit hoher Aggressivität

gegen Angehörige muslimischer Minderheiten vor, indem sie Dörfer niederbrennen und Muslime vertreiben oder gar ermorden. Auch die Gewaltbereitschaft von Hindu-Nationalisten gegen Muslime in Indien zeigt, wie schnell Vielgötterglaube zu Hass, Gewalt und Vernichtungsbereitschaft führen kann. Keineswegs sind nur bestimmte Religionen gewaltnah. Vielmehr finden sich Narrative von heiliger Gewalt, Ausmerzung des Bösen, Kampf gegen das sündhaft Unreine und Vernichtung der jeweils Andersgläubigen in allen religiösen Überlieferungen.

Wie ist die besondere Nähe zwischen Religion und Gewalt zu deuten? Man muss die Eigenart religiöser Symbolsprachen analysieren, um zu einer Antwort zu gelangen. Drei Elemente religiöser Sprache verdienen besondere Beachtung.

ERSTENS: Religiöse Sprache ist stark geprägt von Vorstellungen der außerordentlichen Wirkmächtigkeit metaempirischer – das heißt nicht: erfundener oder fiktiver – Akteure wie Gott, Allah, Jesus Christus, der Prophet, der Heilige Geist, auch die Engel oder der Teufel. Diesen Akteuren, in traditioneller christlicher Sprache: „Mächten und Gewalten“, werden Fähigkeiten zuerkannt, die die gegebene Welt und unser endliches Leben überschreiten. Religiöse Sprache ist konstitutiv durch einen Überschuss an Transzendenz geprägt. In ihr lassen wir die Grenzen unserer endlichen Welt hinter uns. Gerade dies macht Glaubenssymbole so faszinierend: Ähnlich wie die Sprachen der Künste erlauben sie uns, über das Diesseits, die jeweils gegebene Welt, hinauszudenken und alles Endliche, Bedingte in Richtung auf ein Unbedingtes, Absolutes hinter sich zu lassen. *Sub specie Dei*, im Licht des Unbedingten, wird alles Endliche in seiner Relativität, Begrenztheit, auch Fragilität erkennbar. Gerade in dieser Leistungskraft liegt aber auch die außerordentliche Gefährlichkeit religiöser Symbolsprache begründet.

ZWEITENS: Wie die Sprachen der Künste ist Glaubenssprache von hoher Interpretationsoffenheit geprägt. Jeder und jede kann sie sich aneignen, etwa im Interesse, dem eigenen Leben Sinn zu geben, oder mit dem Ziel, eine Gruppe von Menschen durch eine kollektiv bindende mythische Erzählung zu vergemeinschaften. Keine weltliche Instanz vermag zu kontrollieren, wie fromme


Menschen uralte heilige Schriften und immer neu tradierte Mythen von Schöpfung, Fall und Erlösung für sich aktualisieren und fortschreiben. Die mythopoetische Einbildungskraft religiösen Bewusstseins lässt sich nicht normieren oder durch Rationalität begrenzen. Alle Versuche, Glauben und Wissen, präreflexive Erfahrung des Heiligen und kritische Vernunft miteinander zu versöhnen, werden daran nichts Entscheidendes ändern können.

DRITTENS: Wer vom Unbedingten fasziniert ist, gerät leicht in die Versuchung, sich selbst eine besondere Nähe zum Absoluten zuzuschreiben. Vor frommen Menschen, die meinen, den Willen Gottes sehr viel besser als andere zu kennen, oder die gar den Anspruch erheben, allein ihnen habe Gott seinen wahren Willen offenbart, muss man sich hüten. Denn diese Gläubigen fühlen sich bald dazu berufen, Gottes Willen ein für alle Mal in dieser Welt durchzusetzen. Und dabei fühlen sie sich an keine Ordnung dieser Welt, etwa die staatliche Rechtsordnung, gebunden. Sie wollen diese in ihren Augen sündhafte Ordnung ja gerade zerstören, überwinden. Insofern ist Religion bleibend ambivalent. Sie kann der Selbstbegrenzung des Menschen dienen, Sinn geben, den Einzelnen an seine geschöpfliche Endlichkeit erinnern, Demut fördern und empathische Solidarität mit Schwächeren, Hilfsbedürftigen stärken. Aber sie vermag zugleich auch entgrenzend zu wirken und dem zerstörerischen Glauben Vorschub zu leisten, sich mit Blick auf die Allmacht Gottes nun selbst ganz starke Handlungsmacht zuzuschreiben, selbst über die Grenzen staatlichen Rechts hinaus. Trotz aller Erfolge im Kampf gegen den Islamischen Staat wird diese destruktive Seite religiösen Glaubens moderne pluralistische Gesellschaften weiter herausfordern. Glaubensgewalt gehört zur Signatur der Religionsgeschichten der Moderne. Leider spricht nichts dafür, dass dies schon bald anders sein wird.



FRIEDRICH WILHELM GRAF ist emeritierter Professor für Systematische Theologie und Ethik. 2014 erschien sein Buch *Götter global. Wie die Welt zum Supermarkt der Religionen wird.*

Kämpfen mit Gott – und nicht in seinem Namen

An illustration of a person in a grey suit standing on a colorful, abstract landscape. The landscape is composed of various colored polygons in shades of yellow, orange, red, and pink. The person is standing on a yellow area, and their shadow is cast long and dark blue onto the ground. The background is a light blue sky with scattered white and blue specks, suggesting a starry or abstract sky. The overall style is modern and artistic.

Wenn Religionen ihrer Berufung zur Gottsuche treu bleiben, haben sie ein Zukunftspotenzial, das noch nicht annähernd erkannt wurde. Sie müssen sich zugleich aber entschieden dagegen wehren, als billiger Antwortgeber in Identitätsfragen gesehen zu werden.

TEXT Pater Nikodemus Claudius Schnabel

Es hat immer etwas Skurriles, wenn meine israelischen Freunde in meiner Gegenwart über „die Religiösen“ schimpfen. Oder wenn Pilgergruppen mir gegenüber ihre Sorge über die vielen religiösen Menschen im Jerusalemer Straßenbild zum Ausdruck bringen. Mir, der als Mönch wohl eine der extremsten Formen gewählt hat, seinen Glauben zu leben, und der mit seinem Mönchshabit auch seinen kleinen Anteil am religiösen Image Jerusalems hat.

Mir ist vollkommen klar, worauf meine Gesprächspartner anspielen: Im Namen der Religion werden im Nahen Osten momentan schreckliche Gewaltverbrechen verübt. Zuerst denkt man dabei sicher an die Gräueltaten von Vereinigungen wie Da'esh, die in Deutschland unter dem Namen Islamischer Staat oder kurz IS bekannt ist, oder an die Al-Nusra-Front, die Hisbollah, die Hamas oder den Islamischen Dschihad. National-religiöse jüdische Siedler sind ebenfalls nicht gerade zimperlich im Umgang mit Gewalt und Zerstörung, was wir als Mönchsgemeinschaft nicht zuletzt im Sommer 2015 durch den verheerenden Brandanschlag auf unser Kloster Tabgha am See Gennesaret zu spüren bekamen; und manche Christen, die das Heilige Land besuchen, werfen durch ihr Agitieren ebenfalls große Fragen auf.

Aber auch außerhalb der drei großen monotheistischen Religionen sieht es nicht wirklich viel besser aus: Im Fernen Osten hören wir von Buddhisten, die in Myanmar Muslimen Gewalt antun, in Indien von Hindus, die Christen angreifen, und in Pakistan von Muslimen, die gegen Hindus vorgehen. Unter diesem Aspekt war es sicher nie leichter als heute, Gründe zu finden, um Atheist zu werden! Es sei aber schon der Einwand erlaubt, dass die großen zerstörerischen atheistischen Ideologien wie der Nationalsozialismus oder der Kommunismus zeigen, dass ein Zurückdrängen von Religion und eine Abkehr von Gott offenbar auch keine wasserdichten Friedensalternativen sind.

Zum Glück hat noch keiner meiner Gesprächspartner in mir als Mönch ein veritables Friedenshindernis ausgemacht, sondern sie betonen immer mir gegenüber, dass sie zwar die Religionen und „die Religiösen“ als großes Problem ansehen, mich persönlich hingegen nicht – als ob ich die berühmte Ausnahme sei, die aber eigentlich die Regel bestätige.

Wenn ich jedoch morgens um fünf Uhr in Jerusalem unterwegs bin, genieße ich die feierliche Ruhe und die friedliche Atmosphäre über der Stadt, die zu dieser Uhrzeit ganz den tiefreligiösen Menschen gehört. Die Händler und Touristen schlafen noch, während die Grabes- und Auferstehungskirche im Herzen der Altstadt ihr Portal für die ersten Mitfeiernden an den Frühgottesdiensten öffnet, die frommen Juden zur Kotel, zur Westmauer, gehen, um sich dort zum ersten Gebet des Tages zu versammeln, und die gläubigen Muslime auf dem Weg zum Haram al-Sharif, zum Tempelberg, zu ihrem Frühgebet sind. Ein Blick in die Gesichter dieser gläubigen Frühaufsteher zeigt keine Aggression oder Feindseligkeit, sondern inneren Seelenfrieden und reife Gelassenheit.

UNTERSCHIEDEN ZWISCHEN WAHRER UND MISSBRAUCHTER RELIGIOSITÄT

Ich denke, es ist eminent wichtig, zwischen der wahren Religiosität und der missbrauchten Religiosität zu unterscheiden, zwischen Gottsuchern und Identitätssuchern!

Wahre Religion ist Gottsuche, Ringen mit Gott, Kämpfen mit Gott, Zweifeln an Gott und sich immer wieder neu von Gott in Frage stellen lassen. Die Leute, die Gewalt im Namen der Religion verüben, sind keine Gottsucher, sondern Identitätssucher, Menschen, die durch Abgrenzung und Aggression ihre Identität geklärt haben wollen.

Ich denke, dass alle Religionsführer in einer enormen Verantwortungsposition gegenüber den jungen Leuten stehen, die in unserer globalisierten und schnelllebigen Zeit nach einer festen Stütze und einem sicheren Halt in all dem Wirrwarr hungern. Diese jungen Leute haben das Recht, nicht mit billi-

Es war sicher nie leichter als heute, Gründe zu finden, um Atheist zu werden.

gen Antworten abgespeist zu werden, so als ob es auf alle Fragen eine klare, einfache Antwort gäbe. Etwa: „Die Bibel ist die Lösung!“ oder „Der Koran ist die Lösung!“, dort stehe alles wortwörtlich drin. Vielmehr sollten sich die Religionsführer mit den jungen Leuten gemeinsam auf den Weg der Gottsuche machen und sie in ihrem Ringen sensibel und weise begleiten; geduldige Anleitung zur Gottsuche und einfühlsame Begleitung dabei statt billiges Abfertigen mit scheinbar zweifelsfreien Antworten, die eine klar umgrenzte Identität beschieren. Das ist meines Erachtens der Weg. Wahre Religiosität, die Gott sucht, schenkt nämlich den demütig realistischen Blick, dass der andere genauso Suchender ist, genauso ein Abbild Gottes und von Gott genauso geliebt wie ich selbst. Solch eine gesunde Religiosität ist das beste Gegengift gegen Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und jede andere Art von Menschenverachtung.

Religionen schaffen Zukunft, wenn sie sich nicht von außen vereinnahmen lassen, sondern ihrer Berufung treu bleiben, Gott zu suchen – und sich damit auch immer neu auf die Suche nach dem Menschen machen, im Hier und Heute!



PATER NIKODEMUS CLAUDIUS SCHNABEL ist Prior-Administrator der Dormitio-Abtei auf dem Jerusalemer Zionstempelberg und Direktor des Jerusalemer Instituts der Görres-Gesellschaft. 2015 erschien sein Buch *Zuhause im Niemandsland. Mein Leben im Kloster zwischen Israel und Palästina*.

Virtuelle Visionen



Fans von *Virtual Reality* glauben, nun sei die Zeit reif für den Siegeszug dieser Technologie. Spielehersteller hoffen genauso darauf wie etwa die Tourismusbranche. Doch gerade in Deutschland wird vor ungeahnten Risiken gewarnt.

TEXT Jochen Markett

Über virtuelle Realität zu schreiben ist genau so einfach, wie über Architektur zu tanzen. Versuchen wir es trotzdem! Der Mann, der diesen schönen Vergleich erdacht hat, heißt Chris Milk und ist ein erfolgreicher US-amerikanischer Musikvideoregisseur. Er hat schon für Weltstars wie Kanye West und U2 gearbeitet. Milk könnte sich darauf ausruhen und garantiert noch jahrelang mit Musikclips sehr gutes Geld verdienen. Aber der 40-Jährige will mehr – nichts weniger, als die Welt zu verändern. Mit

einer Technologie, in die er sich verliebt hat und die für ihn „das letzte Medium des Storytellings“ darstellt. Danach könne nichts mehr kommen. Ihr Name: *Virtual Reality* (VR).

„Sie“, so sagt Milk, „schließt die Lücke zwischen Publikum und Erzähler. Sie findet einen einzigartigen, direkten Weg in die Emotionen, die Sinne, den Körper.“ Chris Milk hält über VR Vorträge auf den berühmten TED-Konferenzen, die Videos davon sind im Internet schon millionenfach angeklickt worden. Ein Titel lautet: „Wie virtuelle

Realität zur ultimativen Empathiemaschine werden kann“. Und damit wird die große Faszination schon sehr gut beschrieben, die Milk für diese Technologie hegt. Wer in die virtuelle Realität eintaucht, fühle sich den Menschen dort zugehörig, sagt er.

Ein Beispiel: Milk hat einen VR-Film gedreht über ein syrisches Mädchen namens Sidra, das in einem jordanischen Flüchtlingslager lebt. Die Aufnahmen wurden auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos gezeigt, vor Entscheidern, die tatsächlich die Leben der Menschen

beeinflussen. Politik könnte auf diese Weise eine deutlich erweiterte Grundlage für Entscheidungen bekommen. Benötigt wird lediglich eine VR-Brille – oder, um es mit dem Fach-Oberbegriff zu sagen, ein Head-Mounted Display.

Auch unsere digitale Kommunikation könnte sich in naher Zukunft erheblich verändern. Die Potenziale der sogenannten „Social VR“ deuteten sich im Oktober 2016 an, bei einer Präsentation durch Facebook-Chef Mark Zuckerberg. Er zeigte eine App, die es ermöglicht, mit Avataren, also grafisch animierten Figuren von Freunden, zu chatten, gemeinsam Spiele zu spielen oder zum Mars zu reisen. Facebook als Besitzer des VR-Brillen-Entwicklers „Oculus Rift“ verbindet damit massive wirtschaftliche Interessen. Die Demo war allerdings noch sehr lückenhaft, und Zuckerberg gab auch noch nicht bekannt, wann die neue App weltweit verfügbar sein wird, vermutlich nicht vor 2018.

DIE TECH-RIESEN HABEN VERSTANDEN, WORAN VR GEKRANKT HAT

Aber es deutete sich an, dass die Tech-Riesen verstanden haben, woran VR bislang gekrankt hat. Die Lösungen waren zu unsozial. Mitmenschen, die kein VR-Headset trugen, wurden nicht einbezogen.

Wer schon einmal Zocker einer üblichen Spielekonsole beim *Gaming* im Wohnzimmer beobachtet hat, weiß, was für Gemeinschaftserlebnisse das sein können. Da holt die virtuelle Realität jetzt auf. Ein Videospieler kann auf dem Sofa nun ein Headset tragen; seine Freundin sitzt daneben und zockt auf dem großen heimischen Fernseher mit – oder trägt sogar selbst die zweite VR-Brille, falls das Geld dafür gereicht hat.

Für Videospieler ist VR das Nonplusultra, und sie sollen zum Treiber der gesamten Branche werden. Die entscheidenden Hoffnungen liegen dabei auf der Playstation VR, die im Oktober auf den Markt kam und mit einem Preis von 399 Euro als das erste bezahlbare VR-Headset gilt. Falls sich nun ein Großteil der weltweit mehr als 42 Millionen Playstation-4-Besitzer die VR-Ergänzung kauft, erreicht *Virtual Reality* den Massenmarkt.

Leidenschaftliche Fans der virtuellen Welten wie Luca Caracciolo, Chefredak-

Entwickeln Journalisten und Regisseure sinnvolle Konzepte dafür, was sie virtuell erzählen wollen?

teur des deutschen Technologiema-gazins *t3n*, orakeln daher auch schon: „Einen besseren Zeitpunkt für einen VR-Siegeszug gab es noch nie.“ *Head-tracking*, also die Erfassung der Bewegungen des Kopfes, funktioniere inzwischen nahezu ohne Verzögerungen. Auch der Sound lasse sich realitätsge-treu wahrnehmen. Und das Sichtfeld der Brillen sei ausreichend groß. Zwar bieten nicht alle drei großen Anbieter, die 2016 ihre VR-Brillen auf den Consumermarkt gebracht haben, die gleiche Qualität – so ist etwa das *Tracking* der Handcontroller der Playstation VR deutlich schlechter als bei der Konkurrenz –, aber dennoch beweisen HTC Vive, Oculus Rift und Playstation VR durchweg: VR funktioniert. Stephan Weichert von der Hamburg Media School prophezeit: „In fünf Jahren fragen wir uns, wie wir unser Medien-verhalten ohne VR denken konnten.“

Die möglichen Anwendungsfelder sind riesig: Die Tourismusbranche und die Pornoindustrie glauben an einen Boom; das Lernen an Schulen wird viel interaktiver; auch in der Gesundheitsbranche weckt VR Hoffnungen, etwa bei der Behandlung von Traumata oder Lähmungen. Es gibt auch bereits eine App, mit der Sehende viel realistischer nachempfinden können, wie sich Blindheit anfühlt.

Und das Komplementärfeld „*Augmented Reality*“ (AR) – also die reale Umgebung mit virtuell generierten Ergänzungen auf dem Smartphone – könnte in Zukunft ebenfalls eine wichtigere Rolle spielen. Der Siegeszug des Spiels Pokémon Go hat gezeigt, wie viele Menschen sich dafür begeistern können. Und Apple-Chef Tim Cook bezeichnet sich schon als „high on AR“.

Aber es bleiben viele Fragen. Ab wann wird jedes Smartphone VR-fähig sein? Entwickeln Journalisten und Regisseure sinnvolle Konzepte dafür, was

sie eigentlich virtuell erzählen wollen? Sind die Käufer bereit, viel Geld für die neuen Geräte auszugeben? Und wollen überhaupt so viele Menschen ihr Sichtfeld abschließen und mit einem Headset auf dem Kopf in die virtuelle Welt abtauchen?

DAS GLEICHE SCHICKSAL WIE DIE MINIDISC?

Wenn nicht, könnten VR-Geräte das gleiche Schicksal erleiden wie die Mini-Disc oder die Kinect-Bewegungssteuerung für Spielekonsolen.

Falls aber die Fragen mit „Ja“ beantwortet werden und VR bald den Massenmarkt erreicht, steigt gleichzeitig der Bedarf, die Gefahren einzudämmen.

Erste Opfer berichten bereits von sexuellen Belästigungen in der virtuellen Welt. Und die Forscher Thomas Metzinger und Michael Madary von der Uni Mainz sorgten mit einer „Liste ethischer Bedenken“ für Aufmerksamkeit. Sie glauben einerseits zwar auch an die Chancen von virtueller Realität, warnen aber gleichzeitig vor einem Einfallstor für psychologische Manipulationen. Nutzer könnten Persönlichkeitsveränderungen erleben und Halluzinationen haben; ihr Unterbewusstsein könne stark beeinflusst werden, etwa durch Werbung. Die Forscher erinnern auch an rechtlich zu klärende Fragen: Wer schützt vor digitaler Überwachung in der virtuellen Welt? Und sind die Avatare eigentlich Privatbesitz ihrer User?

Bei all diesen Risiken könnte man schnell zum VR-Skeptiker werden. So lange, bis Chris Milk wieder auf der Bühne von der VR-Zukunft schwärmt. „Irgendwann“, so sagt er in einem Video, „werden wir mit VR alle menschlichen Sinne ansprechen. Ich könnte euch dann Gravitationswellen am Rande eines schwarzen Loches reiten lassen.“ Das klingt nach einer verlockenden Vision. Vielleicht bleibt sie aber doch virtuell.



JOCHEN MARKETT ist freier Journalist und Medientrainer in Berlin sowie redaktioneller Mitarbeiter dieses Magazins. Er wäre oft gerne an vielen Orten gleichzeitig. Vielleicht wird die virtuelle Realität ihm das eines Tages ermöglichen.



Muße im Kopf

Die Kunst der geistigen Balance ist nicht mehr nur ein Thema für Schöngeister. Immer mehr Unternehmen suchen nach dem richtigen Umgang mit der digitalen Informationsflut.

TEXT Ulrich Schnabel

Wilhelm Busch hat es vor rund 150 Jahren geahnt: Der zerstreute moderne Mensch eignet sich hervorragend als Witzfigur. „Mr. Pief“ hat ihn Busch in der Bildergeschichte Plisch und Plum genannt – ein etwas schrulliger Snob, der mit einem Fernrohr unentwegt ins Weite späht. „Warum soll ich nicht beim Gehen“, sprach er, „in die Ferne sehen? Schön ist es auch anderswo, und hier bin ich sowieso.“

Dank unserer Smartphones gleichen wir heute alle ein wenig Buschs Karikatur: Egal, wo wir uns befinden, ob im Meeting, im Zug, zu Hause oder am Strand – meist sind wir nur halb anwesend. Denn nebenher checken wir E-Mails, plaudern auf WhatsApp oder surfen im Internet, getreu der piefschen Devise: Schön ist es auch anderswo, und hier bin ich sowieso.

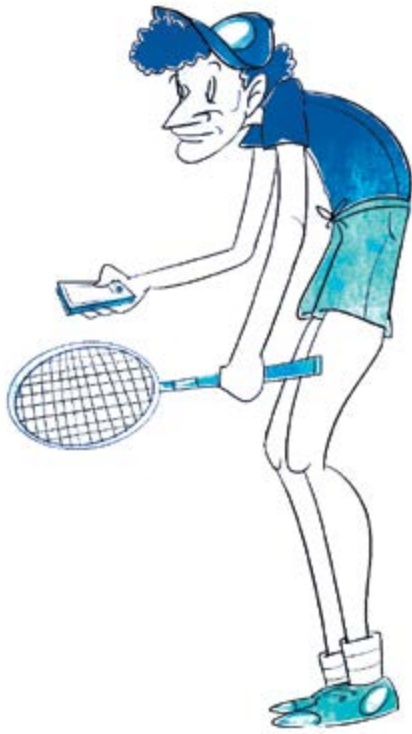
88-mal am Tag blickt der moderne Mensch mittlerweile auf den Bildschirm seines Handys, so eine aktuelle Untersuchung des Bonner Informatikers Alexander Markowetz. 53-mal entsperrt er es, um Mails oder Nachrichten zu schreiben oder Apps zu benutzen. Das heißt: Alle 18 Minuten unterbrechen wir im Schnitt unsere Tätigkeiten zugunsten des Smartphones. Kein Wunder, dass wir uns häufig zerstreut und unkonzentriert fühlen, dass uns am Ende eines Arbeitstages der Kopf raucht und wir uns zugleich fragen, was wir eigentlich die ganze Zeit getan haben.

UNSERE WILLENSKRAFT WIRD GESCHWÄCHT

Natürlich sind die digitalen Medien aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Für viele ist das Handy eine virtuelle Erweiterung ihrer Fähigkeiten, gewissermaßen ein strombetriebenes Wahrnehmungsorgan. Doch die digitale Technik eröffnet uns eben nicht nur neue Optionen, sondern konfrontiert uns auch mit dem neuen Problem der Opportunitätskosten: Je mehr Möglichkeiten wir haben, umso mehr Entscheidungen müssen wir treffen. Apple oder Android? Dieser Handy-Tarif oder jener? Nachrichten checken oder lustige Katzenfilme? Facebook- oder WhatsApp-Gruppe? Permanent haben wir zwischen einer Vielzahl von Optionen auszuwählen, wobei jede Entscheidung geistige Anstrengung kostet. Wozu das am Ende führt, hat der amerikanische Psychologe Roy Baumeister in eindrücklichen Experimenten bewiesen: Je mehr Entscheidungen wir treffen, umso mehr wird unsere Willenskraft geschwächt.

Die große Herausforderung der digitalen Moderne lautet daher in Zukunft: Wie bleibt man auf das Wesentliche konzentriert, ohne sich von der Vielzahl der Optionen ablenken zu lassen? „Was lassen wir in unsere Köpfe?“ Für den amerikanischen Internetexperten Stephen Baker ist das die entscheidende Frage unserer Generation.

Dass unser Denkorgan nicht beliebig belastbar ist, sondern – wie jedes biologische Organ – auch einmal Pausen und Regenerationszeiten braucht, hat man inzwischen auch in Wirtschaftsunternehmen gemerkt. Erste Firmen verschicken mittlerweile nach Dienstschluss keine E-Mails mehr (um ihren Angestellten einen Feierabend zu gönnen, der diesen Namen auch verdient), andere bieten im Betrieb Yoga- oder Entspannungskurse an. Vorreiter sind, wieder einmal, die Digitalpioniere aus dem Silicon Valley, allen voran der Suchmaschinenkonzern Google. Dort wurde erstmals 2007 ein firmeninternes Meditationsprogramm mit dem sinnigen Namen „Search



inside yourself“ erprobt, das mehr Achtsamkeit und Entspannung in den Arbeitsalltag bringen soll. Was als Pilotprojekt begann, ist heute ein fester Bestandteil der Firmenkultur. Viermal im Jahr findet das Trainingsprogramm bei Google mittlerweile statt, die Warteliste ist immer voll – und seit in *Forbes* und der *New York Times* euphorische Berichte darüber erschienen, interessieren sich auch Firmen in Deutschland für das meditative Gedankenmanagement.

Den neuen Trend bekommt auch der Autor dieser Zeilen zu spüren: Seit 2010 sein Buch *Muße* erschienen ist, häufen sich die Anfragen zum Thema. Die Vorträge und Seminare zur „Kunst des klugen Nichtstuns“ sind mittlerweile schon fast ein Fulltime-Job. Dabei veränderte sich über die Jahre unmerklich die Klientel: Interessierten sich anfangs vor allem Schöngelster für die Maße, sind es mittlerweile zunehmend Pragmatiker aus mittelständischen und großen Unternehmen, die Rat suchen zum sinnvollen Umgang mit der digitalen Informationsflut. Denn gerade Leistungsträger merken, wie wichtig eine sinnvolle Balance zwischen An- und Entspannung ist: Wer auf Dauer geistige Hochleistung erbringen will, muss wissen, wie man im Kopf auch mal richtig abschaltet. Sonst drohen bald geistige Erschöpfung, Ideenlosigkeit und Burn-out.

LEERLAUFMODUS IST ESSENZIELL FÜR UNSER GEHIRN

Dass unser Gehirn – ähnlich wie der Körper – Zeiten der Erholung braucht, hat inzwischen auch die Hirnforschung nachgewiesen: Vor wenigen Jahren erst entdeckten Neurologen den „Leerlaufmodus“, ein spezielles Aktivitätsmuster, das immer dann anspringt, wenn das Gehirn einmal nicht auf äußere Reize reagieren muss, sondern sich inneren Prozessen widmen kann. In diesem „default mode“ wird zum Beispiel Gelerntes verarbeitet, es werden Erinnerungen sortiert oder auch neue, ungewohnte Gedankenverbindungen erprobt – alles Dinge, die essenziell für ein gesundes Funktionieren unseres Denkorgans und für kreative Prozesse sind.

Die „Muße im Kopf“ ist also kein Luxus für arbeitsscheue Faulenzer, sondern im Gegenteil eine Notwendigkeit, die in unserer schnelllebigen, geistig so herausfordernden Zeit immer wichtiger wird. Anders gesagt: Wer auf Dauer in der Online-welt mithalten will, muss die Kunst beherrschen, auch gezielt offline zu gehen.

Man muss ja nicht gleich so weit gehen wie Arianna Huffington, die Gründerin der *Huffington Post*: Nachdem sie selbst wegen Überarbeitung einen Burn-out erlitten hatte, verfasste sie ein ganzes Buch über den Wert der Erholung und des Schlafens (*The sleep revolution*) und plädiert nun dafür, Erfolg neu zu definieren: Neben Geld und Macht sollten Zufriedenheit und Zeitwohlstand eine viel wichtigere Rolle spielen.

Auch ohne die globale Werterevolution auszurufen, wächst bei vielen die Einsicht, wie wichtig gelegentliche Mußezeiten sind. Statt im Urlaub ständig am Smartphone zu hängen, verkünden sie souverän per Abwesenheitsnotiz, dass im Urlaub alle E-Mails gelöscht würden. Andere legen hin und wieder E-Mail-Sabbaticals ein, um den Kopf freizukriegen. Oder sie praktizieren beim geselligen Essen im Restaurant das „Smartphone-Stapeln“: Alle iPhones und BlackBerrys werden auf einen Stapel in der Mitte des Tisches gelegt, und wer zuerst nach seinem greift, zahlt am Ende die Rechnung.

BALD AUCH MIND-FITNESS-STUDIOS

Der Stimmungsumschwung ist zwar schwer in Zahlen zu fassen, aber doch spürbar: Während es früher als Kennzeichen der viel gefragten Erfolgreichen galt, ständig erreichbar und allzeit online zu sein, zeigt sich das neue Prestige darin, seine Kommunikation kontrollieren und über die eigene Zeit selbst verfügen zu können. „Was lassen wir in unsere Köpfe?“ – die Frage von Stephen Baker wird uns die kommenden Jahre zunehmend beschäftigen. Und neben die üblichen Fitnessstudios, in denen es nur um das Training des Körpers geht, werden vermutlich bald auch „Mind-Fitness-Studios“ treten, die den klugen Umgang mit dem Denkorgan lehren und ihren Kunden helfen, ihr geistiges Gleichgewicht zu fördern.

Denn je schneller die technische Entwicklung voranschreitet, je komplexer die Herausforderungen der globalisierten Ökonomie werden, umso wichtiger wird die Fähigkeit, sich vom Strudel der Ereignisse nicht einfach mitreißen zu lassen, sondern den Durchblick zu bewahren und einen klaren Kopf zu behalten. Es deutet alles darauf hin, dass die Kunst der geistigen Balance zu einem der wichtigsten Trends 2017 wird.



ULRICH SCHNABEL ist Wissenschaftsredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit* und Autor des Bestsellers *Muße. Vom Glück des Nichtstuns*. Das Buch erschien bereits 2010, doch die Anfragen an den Autor zu dem Thema häufen sich seitdem kontinuierlich.

Sitzen wir im Sattel oder hängen wir am Schweif?



Es wird Zeit, dass wir Veränderungen denken lernen – gerade im Wahlkampfjahr. Ein Plädoyer für die Entkoppelung von Einkommen und Arbeit.

TEXT Götz W. Werner

Unternehmer sind Realträumer. Wir haben einen inneren Antrieb, zu sagen: So wie bisher können wir nicht weitermachen. Das unterscheidet uns vom Verwalter. Ein Unternehmer – und wir alle sind Unternehmer unserer Biografie – schaut in die Zukunft und nimmt die Dinge gedanklich vorweg, um neue Impulse geben zu können. Wenn man mit dieser Haltung auf unser Zusammenleben schaut, dann muss man feststellen, dass wir im letzten Jahrhundert sehr viel Erfolg hatten. Das ist besonders auch Konrad Adenauer zu verdanken, einem unternehmerisch disponierten Politiker: Er hat wesentlich daran mitgewirkt, dass möglichst alle Menschen an dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit teilhaben konnten.

„Erfolg“ heißt so, weil er „Folgen“ hat. Und die Folgen sind, dass wir nicht so weitermachen können, wie wir ehemals zum Erfolg gekommen sind. Wir müssen uns zum Beispiel fragen, ob unser Sozialstaat heute Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft bietet. Wir brauchen Sozialgesetze, so dass jeder, dem wir das Recht zusprechen, Teil unserer Gesellschaft zu sein, ein würdevolles Leben führen kann. Denn das soll Artikel eins unseres Grundgesetzes garantieren: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Nun genügt es nicht, das niedergeschrieben zu haben. Wir müssen es uns beständig ins Bewusstsein rufen und prüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind.

Es liegt doch nahe, zu fragen, ob es nicht auch anders geht.

„Du bist zeitlebens für das verantwortlich, was du dir vertraut gemacht hast“, sagte Antoine de Saint-Exupéry. Wenn wir Menschen in unserem Land erleben, die betteln oder Müllimer durchsuchen, um etwas Essbares zu finden, dann liegt es doch nahe, zu fragen, ob es nicht auch anders geht. Leben wir nicht im Überfluss? Kann es sein, dass wir uns an einen gewissen Stand der Armut gewöhnt haben? Dagegen müssen wir etwas unternehmen! Und nun frage ich Sie – und bitte nehmen Sie das höchstpersönlich: Wie machen wir die

Güter und Dienstleistungen, die wir hervorbringen, allen Menschen verfügbar, sodass jeder – bescheiden, aber menschenwürdig – im Sinne dieses Artikels unseres Grundgesetzes leben kann? Mit ein paar Drehungen an dieser oder jener Schraube können wir die Herausforderungen nicht bewältigen.

WIR MÜSSEN UNS STETS AUF NEUE FRAGEN, OB WIR AUF DEM RICHTIGEN WEG SIND

Zur Wahlkampfzeit im kommenden Jahr werden wir uns mit einiger Sicherheit wieder anhören müssen, dass früher alles besser war und dass wir die alten Zeiten wieder herstellen sollten. Damit wird in uns eine Grundströmung angesprochen, die an dem Bewährten festhalten, den Erfolg konservieren und in die Zukunft reproduzieren will, auch wenn sich alles um einen herum ändert. Und dann baut man Mauern oder Zäune – in Gedanken und manchmal auch an Grenzen. Aber Ausgrenzung bringt uns nicht weiter. Das sind mephistophelische Blendgranaten. Darauf dürfen wir nicht hereinfallen.

Eine wesentliche Aufgabe für uns alle ist es, die Dinge immer wieder neu zu durchdenken. Es geht um Erneuerung. Und das bedeutet, sich immer wieder nach dem richtigen Weg zu fragen und auf die Veränderungen, die um einen herum passieren, zu reagieren oder, besser noch, sie vorwegzunehmen. Wir brauchen neue Ideen, die möglichst allen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Dabei beginnt oder scheitert alles im Denken. Denn was ich nicht denken kann, darf ich auch nicht wollen, und was ich nicht will, kann ich nicht tun. Wenn Menschen etwas tun, was sie nicht gedacht haben, führt das zu Leid.

„Der eine fragt: Was kommt danach? Der andre fragt nur: Ist es recht? Und also unterscheidet sich der Freie von dem Knecht.“ Dieser Ausspruch von Theodor Storm ist in den Besprechungsräumen des dm-drogerie marktes zu lesen. Er soll darauf aufmerksam machen, dass sich möglichst viele jeden Tag aufs Neue fragen: Bin ich der Freie? Und das ist auf unser gesamtes Zusammenleben übertragbar: Bringen sich die Menschen als Freie ein, die den Anspruch haben, die Folgen ihrer Taten selbst zu bedenken und selbst zu verantworten?

Es braucht die richtigen Rahmenbedingungen, dass Menschen selbst erkennen, worauf es ankommt. Je mehr Menschen sich als Freie einbringen, die den Anspruch haben, die Folgen ihrer Taten zu bedenken und selbst zu verantworten, desto besser geht es uns.

Wenn wir die Verunsicherungen und Ängste vieler Menschen ernst nehmen und auf die ganzen Verwerfungen – nehmen wir nur die Finanzmärkte – schauen, kann man erkennen, wohin es führt, wenn Menschen etwas wollen, was sie nicht denken können. Wir haben ein undurchdringliches Gewirr autonom gewordener Finanzmechanismen geschaffen. Und das hat schwerwiegende Folgen, denn was wir nicht verstehen, können wir nicht gestalten – wir hängen bildlich am Schweif des Pferdes, anstatt im Sattel zu sitzen und die Zügel in der Hand zu haben. Und wie gelingt es uns, die „Geister, die wir riefen“, wieder loszuwerden? Indem wir uns fragen, was das Wesentliche ist: Ist der Mensch Mittel oder Zweck? Bei allem, was wir tun, egal ob wir Banker, Händler, Buchhalter oder Politiker sind, sollten wir uns klarmachen: Es geht immer um die Menschen, ohne sie wäre alles sinnlos. Geld ist nützlich, aber es hat nur eine dienende Funktion. Wird es zum Zweck erhoben, entsteht menschliches Leid! Die Menschen sind der Zweck allen Wirtschaftens, aller politischen Bestrebungen, aller Gesetze, Pläne und Ideen. So sollte es sein. Und was wäre das für ein neues Jahr, was für ein Wahlkampf, wenn die Menschen genau das endlich auch erleben würden? Viele würden sich ihrer Verantwortung bewusst und wären bereit, sich mit ihren Talenten und Fähigkeiten einzubringen und die Herausforderungen anzugehen.

Wir müssen endlich damit aufhören, unsere Mitmenschen unter Druck zu setzen und das Einkommen an einen Arbeitsplatz zu koppeln.

ÜBERZEUGENDE ARGUMENTE?

Umfrage unter 10.000 Europäern:
Welche Argumente für das bedingungslose Grundeinkommen sind überzeugend?

Die Sorgen über finanzielle Nöte sinken.	40 %
Schafft Chancengleichheit.	31 %
Fördert Unabhängigkeit und Selbstverantwortung.	23 %
Keines der genannten Argumente überzeugt.	22 %
Wertschätzt Hausarbeit und Ehrenamt.	21 %
Kollektive Finanzierung erhöht die Solidarität.	21 %
Reduziert Bürokratie und Verwaltungskosten.	16 %

In einem Unternehmen braucht jeder, der sich einbringen soll, ein Einkommen. Die Arbeit dient dazu, sich weiterzuentwickeln, für andere tätig zu werden und sich ausdrücken zu können. Das ist in unserer Gesellschaft nicht anders.

Mit weltumspannenden Wertschöpfungsprozessen, sodass sich niemand mehr selbst versorgen kann, braucht jeder ein Einkommen, um leben zu können. Wir müssen endlich damit aufhören, unsere Mitmenschen unter Druck zu setzen und das Einkommen an einen Arbeitsplatz zu koppeln. Wir brauchen einen Sog, eine Kultur, in der sich alle Menschen wertgeschätzt fühlen und niemand betteln muss.

Jedes Jahr werden wir produktiver. Wir stehen vor der Herausforderung, den Weg von der industriellen Arbeit hin zur Kulturarbeit – zur Arbeit am Menschen – zu gestalten und den Übergang zu meistern. Das gelingt, wenn wir uns von der Verkoppelung von Arbeit und Einkommen lösen. Von Johann Gottlieb Fichte gibt es ein treffendes Zitat dazu: „Genialität erfindet durch Hinwegschreiten über die Übergänge: Die klare Einsicht in den zurückgelegten Weg kommt später und bildet erst den freien Künstler.“



GÖTZ W. WERNER ist Unternehmer, Gründer und Aufsichtsrat von dm-drogerie markt. Er setzt sich seit mehr als einem Jahrzehnt öffentlich für die Entkoppelung von Einkommen und Arbeit ein.



Eine kulturelle Fiktion

Die Schweizer Volksabstimmung vom Sommer dieses Jahres hat es geschafft, die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen auf europäisches Niveau zu heben. Beflügelt fühlen sich davon insbesondere diejenigen Menschen, die die Einführung befürworten. Im Kern ist die Diskussion um alternative Gesellschaftsmodelle zu begrüßen – gerade im Zeitalter der viel zitierten postfaktischen Streitkultur sollten wir dabei jedoch vor allem auf eines achten: bei den Fakten zu bleiben!

TEXT Michael Hüther

Hierfür sollten wir zuallererst die Gemengelage in der Schweiz einordnen. Denn das Ergebnis der vielschichtigen eidgenössischen Debatte war in erster Linie eine krachende Niederlage für die Initiatoren der Abstimmung. Lediglich 23 Prozent der Wählerschaft stellten sich hinter das Konzept. Das ist weniger Zustimmung, als in den Jahren zuvor der Mindestlohn oder die Begrenzung von Managergehältern erhielten. Umfragen zufolge findet sich auch in

Deutschland derzeit keine Mehrheit für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Keineswegs bedeutet dies, dass man den deutschen Sozialstaat von Reformbedarf frei machen könne. Nichts läge ferner. Denn tatsächlich leiden der Bundeshaushalt und damit die Steuerzahler unter viel zu hohen Bürokratiekosten, Sozialtransferempfänger gleichzeitig unter Stigmatisierung. In der Theorie könnte das bedingungslose Grundeinkommen diese Probleme angehen,

soll es doch das Gros der Sozialtransfers und der Sozialversicherung – wie der Name schon sagt, bedingungslos – ersetzen.

Legitimiert die aktuelle Situation in Deutschland jedoch einen solch drastischen Schritt, der den jahrzehntelang weiterentwickelten Sozialstaat und unsere gesamte Wirtschaftsordnung auf den Kopf zu stellen vermag? Freilich beschwören die Befürworter des Grundeinkommens eine sich verschärfende

Dringlichkeit. Hierfür bedient man sich der voranschreitenden Digitalisierung und prognostiziert ein rabenschwarzes Bild des Arbeitsmarktes: Maschinen mit Künstlicher Intelligenz erledigen Aufgaben, die heute noch von Menschen durchgeführt werden. Nur eine kleine Elite wird weiterhin einer entlohnten Tätigkeit nachgehen – die Mehrheit der Arbeitskräfte ist schlichtweg überflüssig.

EINE ARGUMENTATION, AUF DIE SCHON VIELE HEREINFIELEN

Damit wird ein altbekanntes Narrativ aufgegriffen, auf das bereits Henry Ford während des Zeitalters der Elektrifizierung hereinfiel. „Autos kaufen keine Autos“, so lautete die Sorge des Unternehmers vor über 100 Jahren. Auch er dachte, die Nutzung von technologischen Innovationen führe zu Substitution von menschlicher durch maschinelle Arbeitskraft. Mit fallenden Löhnen und Beschäftigungsquoten würde dann das gesamte System in sich zusammenbrechen.

Der Argumentation hängt eine fatalistisch-technologiefeindliche Note an. Mit Blick auf zukünftige Massenarbeitslosigkeit und soziale Verwahrlosung böte sich der Gesellschaft ein letzter Ausweg, den großen sozialen Knall zu verhindern: das bedingungslose Grundeinkommen. Dabei hat sich die zweite industrielle Revolution Ende des 19. Jahrhunderts als Startpunkt einer schier unglaublichen (und inklusiven) Wohlstands- und Wohlfahrtsgeschichte erwiesen. Auch heute läuft es rund in der deutschen Wirtschaft. Insbesondere auf dem deutschen Arbeitsmarkt jagt ein Rekord den anderen, wobei sich ebenfalls die Qualität der Arbeit gewandelt hat: Nicht der Subsistenz-erhalt, sondern vielmehr die Hoffnung auf ein erfülltes Leben ist für viele Menschen heute die Triebfeder des Arbeitens. Technologischer Fortschritt hat dies erst ermöglicht und er wird ebenso in Zukunft dazu führen, dass noch mehr Menschen einer entlohnten sinnstiftenden Arbeit nachgehen können. Die Unabdingbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens lässt sich nicht herleiten.

Trotzdem wäre es theoretisch möglich, dass eine entsprechende institutionelle Ausgestaltung des Sozialstaates eine wünschenswerte gesellschaftliche Alternative wäre. Schließlich, so die

ÜBERZEUGENDE ARGUMENTE?

Umfrage unter 10.000 Europäern:
Welche Argumente gegen das bedingungslose Grundeinkommen sind überzeugend?

Schafft Anreize, nicht mehr zu arbeiten.	43 %
Könnte Ausländer zum Zuzug motivieren.	34 %
Ist nicht finanzierbar.	32 %
Geld sollte es nur für Bedürftige geben.	32 %
Erhöht die Abhängigkeit vom Staat.	24 %
Widerspricht dem Leistungsprinzip.	21 %
Keines der genannten Argumente überzeugt.	15 %

philanthropische Argumentation, ist unsere Gesellschaft so reich geworden, dass wir es uns einfach leisten können, jedem die freie Wahl zu überlassen, ob er einer Arbeit nachgehen möchte oder eben nicht. Des Weiteren zeigten Experimente, dass die neu geschaffene Sorglosigkeit keinesfalls dazu führe, dass Menschen lieber Zeit auf der Couch als auf der Arbeit verbringen. Überdies wird behauptet, dass zukünftige Experimente dies bestätigen könnten, würde man sie im großen Stile durchführen.

Das Grundeinkommen bleibt eine Reise in die institutionelle Ungewissheit.

Finanzierbarkeit und Arbeitsanreize sprächen demnach für und nicht gegen die Einführung des Grundeinkommens. Zwei Argumente, die doch auf sehr wackeligen Beinen stehen. Orientiert man sich beispielsweise am Modell des Grundeinkommens von Götz W. Werner in der Höhe von monatlich 1.000 Euro pro Erwachsenen, belaufen sich die Kosten auf mehr als das Doppelte der gesamten Staatsausgaben des Bundes – gar auf das Sechsfache des kompletten Bildungsbudgets im Bundeshaushalt. Sicherlich ersetzt das Grundeinkommen gewisse Sozialversicherungen, sodass es sich bei den hier genannten Zahlen zwar nicht gänzlich um zusätzliche Kosten handelt, die schiere Höhe der Ausgaben deutet aber auf die Flughöhe des Unterfangens hin. Das zweite Argument ist ebenfalls kaum haltbar, denn Experimente zum bedingungslosen Grundeinkommen haben einen grundsätzlichen Haken: Sie stellen keine authentische Institution dar, die

Teilnehmern glaubwürdig einen lebenslangen gesellschaftsvertraglichen Überbau in Form von monatlichen Auszahlungen auf ihr Konto bietet. Ist das Experiment zu klein, könnten Teilnehmer wegziehen, ist das Experiment zu groß, könnte es beispielsweise durch ein Referendum wieder umgekehrt werden. Die vorhandene Evidenz ist damit kaum zu interpretieren, die simple Forderung nach mehr empirischen Befunden greift aber ebenfalls zu kurz. Teilnehmer reagieren in beiden Fällen mit verzerrtem Verhalten auf die Experimente. Einen Test kann es praktisch nicht geben – die Einführung des Grundeinkommens bleibt eine Reise in die institutionelle Ungewissheit.

Unsere heutige Gesellschaft beruht auf der Maxime der Leistungsgerechtigkeit und der Fairness. Man kann sich durchaus andere Gesellschaftsformen vorstellen, die Besteuerung von Leistungseinkommen für leistungslose Einkommen ist jedoch keine davon. Zwar ist ein inhärenter Reformdruck auf den Sozialstaat zu spüren, und ein Grundeinkommen würde wohl der zunehmenden Bürokratisierung Rechnung tragen, die aus einer immer tiefer gehenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt herrührt. Jedoch lassen sich die aktuellen Probleme schrittweise lösen. Es bedarf keiner Revolution, wie es die häufig vorgetragene Unabdingbarkeit des Grundeinkommens vorgaukelt. Unsere Gesellschaft wird problemlos ohne es auskommen. Zudem gilt, dass die aktuell kursierenden Modelle jeglichen Finanzierungsrahmen übersteigen. Höchst problematisch ist außerdem die Ungewissheit, die das Konstrukt umspannt: Wie beschrieben, kann es kaum belastbare Evidenz für die Auswirkungen auf Arbeitsanreize und die zugehörigen staatlichen Institutionen geben. Das Risiko ist damit unkalkulierbar und gefährdet im schlimmsten Fall die wirtschaftlichen Erfolge der vergangenen Dekaden. Die Substitution des deutschen Sozialstaates ist und bleibt eine kulturelle Fiktion.



MICHAEL HÜTHER ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Er lehrt derzeit als Gastprofessor an der Stanford University.

Der Klassenkampf



Hat er ausgedient?

Die Debatte über die ungleiche Verteilung von Einkommen ist vermeintlich stärker geworden. Doch die historische Perspektive zeigt: Die politische Bedeutung dieses Themas wird überschätzt.

TEXT Alexander Brakel

Seit bald zwei Jahrhunderten hofft die politische Linke, dass die Debatte über ein vermeintliches gesellschaftliches Phänomen mehr Wirkungskraft entfaltet: die soziale Ungleichheit. Schon Karl Marx prangerte den angeblich von den Arbeitern erwirtschafteten, aber von den Unternehmern eingestrichenen Mehrwert an. Damit meinte er die Differenz zwischen dem Lohn, den der Arbeiter für ein produziertes Gut erhielt, und dem Preis, den dieses Gut beim Verkauf erzielte. Diese krude Logik ignoriert, dass die vom Arbeitgeber bereitgestellten Produktionsmittel – die Fabrik, die Werkzeuge, aber auch der von ihm organi-

sierte Weiterverkauf – die Voraussetzung dafür waren, dass der Arbeiter überhaupt produzieren konnte. Ungeachtet dessen lag in der Theorie des Mehrwerts bereits die Frage, wieso der Unternehmer mehr erhielt als sein angestellter (bei Marx: ausgebeuteter) Mitarbeiter – für die Kritiker der Kern der sozialen Ungleichheit.

Seither hat die Diskussion über die ungleiche Verteilung von Löhnen und Einkommen nicht mehr aufgehört. Spätestens mit der Finanzkrise von 2008 hat sie neuen Auftrieb gewonnen: Man denke nur an die Occupy-Bewegung oder an Thomas Pikettys Werk *Das Kapital im 21. Jahrhundert*,

das im Frühjahr 2014 wochenlang in den Bestsellerlisten stand. Die soziale Ungleichheit, so kann man landauf, landab lesen oder sich von linken Politikern aller Couleur erklären lassen, habe unerträgliche Ausmaße angenommen, nehme ständig zu und entwickle sich zum Sprengsatz der Gesellschaft. Auch als Erklärung für den Aufstieg des Rechtspopulismus musste sie herhalten. Das Gegenmittel ist meist ebenso schnell in Form von mehr Umverteilung und höheren Steuern gefunden.

Dennoch bleibt die politische Wirkung solcher Appelle bei der Bevölkerung überschaubar, wie nicht zuletzt der erfolglose Wahlkampf von SPD und Grünen zeigte, die 2013 stark auf dieses Thema gesetzt hatten. Für den Historiker ist eher das Erstaunen darüber erstaunlich. Man müsste schon lange suchen, um eine Revolution zu finden, die dadurch ausgelöst wurde, dass die einen mehr und die anderen weniger hatten. Hungerrevolten, ja Aufstände wegen blanker Not oder himelschreiender Diskriminierung kennt man, die Unerträglichkeit absoluter Armut brach sich in Umsturzversuchen Bahn. Die relativen Unterschiede zwischen Arm und Reich aber spielten dabei höchstens eine untergeordnete Rolle. Selbst die Oktoberrevolution, die mit dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft begonnen wurde, fand ihren Rückhalt vor allem durch die Versprechen von Frieden und Brot für eine kriegsmüde und unterversorgte Gesellschaft.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT = GEWALTIGE WOHLSTANDSGEWINNE

Und die zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, die Zeit des Wirtschaftswunders, die der marxistische Historiker Eric Hobsbawm als „goldenes Zeitalter“ bezeichnet hat, waren zugleich eine Ära großer Lohn- und Vermögensspreizung. Dessen ungeachtet war die Zustimmung zur kapitalistischen Wirtschaftsweise in der Bevölkerung der SPD hinein so groß, dass die Partei gezwungen war, dem Klassenkampf abzuschwören und sich zur marktwirtschaftlichen Ordnung zu bekennen. Die Sozialdemokraten erkannten, dass ihre Warnungen aus den 1950ern nicht mehr

Dass die kapitalistische Wirtschaftsweise immer zu einer ungleichen Verteilung führt, blieb für die Bevölkerung weitgehend belanglos.

verfingen. Damals hatten sie auch im Wahlkampf die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung als Verursacher von Massenarmut dargestellt. Zähneknirschend mussten sie bald eingestehen, dass die Soziale Marktwirtschaft keine Pauperisierung, sondern gewaltige Wohlstandsgewinne für alle Schichten der Bevölkerung produzierte.

Und ganz offensichtlich freuten sich die meisten Menschen mehr an der Steigerung des eigenen Lebensstandards, als dass sie darüber betrübt waren, dass das Einkommen anderer noch stärker stieg.

Auch aus Sicht der Psychologie ist diese Erkenntnis wenig erstaunlich, zeigen doch einschlägige Untersuchungen, dass sich Unzufriedenheit und Neid, wenn überhaupt, dann am Vergleich eher mit dem Nachbarn als mit dem reichen Unbekannten entzündeten. Noch weniger beflügeln offensichtlich abstrakte Statistiken über Lohn- und Vermögensverteilung die Fantasie der meisten Menschen.

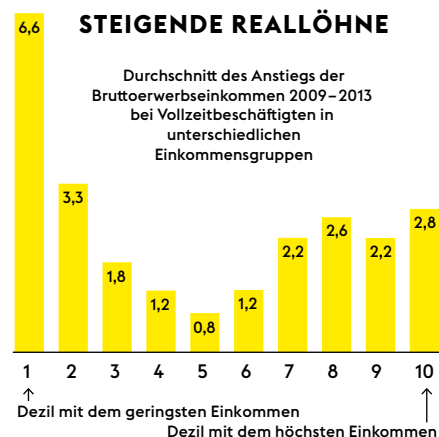
Dass die kapitalistische Wirtschaftsweise immer zu einer ungleichen Verteilung der erwirtschafteten Gewinne führt, blieb für die Bevölkerung offensichtlich weitgehend belanglos. Dies zeigte der ausbleibende Widerstand an der Wahlurne, von fehlenden Massenprotesten ganz zu schweigen.

TRUMP-ANHÄNGER FÜR MEHR UNGLEICHHEIT

„Und Trump?“, werden nun viele einwerfen. Hat der designierte Präsident nicht die Verlierer der Globalisierung hinter sich versammelt? Mag sein, aber dennoch taugt auch er eher als Widerlegung der These der politischen Virulenz sozialer Ungleichheit. Denn seine Anhängerschaft ist eher frustriert von stagnierenden Löhnen oder wegbre-

chenden Arbeitsplätzen als von der Existenz „Besserverdienender“. Anders ließe sich wohl nur schwer erklären, wieso sie sich eine Verbesserung ihrer Situation ausgerechnet von einem Milliardär erhofft, der den Grundstein seines Vermögens ererbt hat. Zudem richtet sich ihr Zorn gegen weniger privilegierte Gruppen wie mexikanische Zuwanderer. Nicht weniger, sondern mehr Ungleichheit, so könnte man pointiert sagen, lautet ihre Forderung. Unter den Anhängern des Front National, der UKIP oder der AfD sieht es ähnlich aus.

Chancenlosigkeit, absolute Armut oder Verschlechterung der materiellen Situation scheinen Treibsätze gesellschaftlicher Unzufriedenheit zu sein, um die die Politik sich kümmern sollte. Die Befassung mit Gini-Koeffizienten zur Darstellung von Ungleichverteilungen und Ähnlichem kann sie dagegen beruhigt Statistikern oder Soziologen überlassen.



ALEXANDER BRAKEL ist promovierter Historiker und stellvertretender Leiter des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seine Beschäftigung mit den unterschiedlichen Transformationen in Osteuropa brachte ihn zu der Frage, wann politische Probleme massenwirksam werden.

Revolution statt Sicherheits- denken

Industrie 4.0 ist ein technologischer Wandel mit enormer Geschwindigkeit. Die deutsche Wirtschaft hat ihn zu Beginn verschlafen. Doch der Mut wächst – gerade noch rechtzeitig?

TEXT Sabina Jeschke

Die Industrie ist mitten in einer Revolution. Wir stehen vor einer völlig neuen Ära der Künstlichen Intelligenz (KI bzw. AI für *artificial intelligence*). In den vergangenen Jahren haben sich die Durchbrüche dabei bemerkenswert gehäuft: 2011 spielte der IBM-Supercomputer Watson *Jeopardy!* – und besiegte alle menschlichen Gegner. Seit 2012 hat Google die Lizenz für ein selbstfahrendes Auto. Und jüngst gewann der Computer AlphaGo im hochkomplexen Brettspiel GO 2016 gegen den Weltmeister – mit völlig unerwarteten Strategien.

Zum Zweiten ist diese Revolution gekennzeichnet von durchgängiger Vernetzung. Es entsteht eine bis dato völlig unbekannt Form der Gruppenintelligenz. Die Systeme vernetzen sich untereinander, und sie tauschen Sensorinformationen in Echtzeit aus. Solche Systeme können die Sinnesorgane ihrer „Kollegen“, deren Sensoren also, verwenden, als wären es die eigenen – bei praktisch unbeschränkter räumlicher Verteilung. Sie können buchstäblich „um die Ecke sehen“. Das führt zu einem völlig neuartigen, multiperspektivischen Weltbild, das Menschen nur in Ansätzen zugänglich ist. Auf dieser Basis sind neue Sicherheitstechnologien möglich, mit denen biologische Systeme nicht mehr mithalten können.

DIE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ – ZWISCHEN MYTHOS UND MÖGLICHKEIT

In Erinnerung sind noch die euphorischen Anfangszeiten der Künstlichen Intelligenz in den 1950er- und 1960er-Jahren (*AI summer*), als vorschnell Versprechungen gemacht wurden, die der Realität dann keineswegs standhalten konnten. Das Ergebnis waren die *AI winters*, Phasen großer Depression. Und diese Phasen sind in unserem kollektiven gesellschaftlichen Gedächtnis nicht gelöscht, selbst wenn die Mehrheit von uns sie nicht aktiv erlebt hat.

Tatsächlich aber hat die KI ab Mitte der 1980er-Jahre mit einem umfassenden methodischen Wandel einen Erfolg nach dem anderen verzeichnen können. Ein zentraler Punkt dabei war die Abkehr von einer „Top-down-Orientierung“: Die arme KI wurde bis dahin wie mit einem Nürnberger Trichter mit Unmengen von Spezialwissen angefüllt. Allerdings weigerte sie sich hartnäckig,

„schlau“ zu werden. Den Wandel brachte ein bottom-up-getriebenes Lernmodell, das mit der philosophischen Strömung des Konnektivismus einherging. Das System sollte mit anderen Systemen im Austausch stehen, selbstständig Erfahrungen machen und seine Erfahrungen teilen.

Multiagentensysteme und neuronale Netze etwa sind dieser Entwicklung zuzuordnen. Und viele der heute so spektakulären Ergebnisse – wie etwa AlphaGo – basieren im Kern genau auf diesen Basiselementen: bottom-up, massive Parallelität und das Experiment als Grundlage des Lernprozesses.

IST DIE DEUTSCHE INDUSTRIE AUF DIESE ENTWICKLUNGEN VORBEREITET?

Die deutsche Industrie hat mit der aktuellen Situation verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden: Zum einen ist sie hervorragend aufgestellt in den traditionellen Feldern, etwa in den klassischen Ingenieurwissenschaften, allen voran dem Maschinenbau und der Produktionstechnik. Deutlich weniger verankert aber ist sie in den IT-nahen Feldern: Nicht umsonst sitzen die IT-Konzerne noch immer mehrheitlich in den USA, und zwar sowohl die „alten, bekannten“ wie Microsoft, Oracle, Dell, HP, Adobe, Cisco, Intel als auch die jüngeren wie Google, Amazon, Facebook und andere. Dazu kommen in Asien neue Entwicklungen wie Baidu und Alibaba, die ebenfalls umfassende Kompetenzen auf dem Gebiet des *data crunchings* und der KI entwickeln. Es kann nicht übersehen werden, dass die wesentlichen Innovationen und Unternehmensgründungen im 4.0-Kontext bisher mehrheitlich außerhalb Deutschlands stattgefunden haben.

Die wesentlichen Innovationen und Gründungen im 4.0-Kontext fanden mehrheitlich außerhalb Deutschlands statt.

Zum Zweiten wurde die Geschwindigkeit der Entwicklung mindestens in Teilen der deutschen Industrie zunächst etwas „verschlafen“: In den USA startete schon im Jahr 2006 unter dem Stichwort *cyber physical systems* eine massive Debatte um eine revolutionäre neue Entwicklung in den Digitalisierungstechniken für intelligente teil- und vollautonome Systeme. Fördergelder wurden etwa durch die National Science Foundation (Pendant zur Deutschen Forschungsgemeinschaft) bereitgestellt. Doch in Deutschland konnte eine vergleichbare öffentliche Wahrnehmung erst 2011 als „Industrie 4.0“ Fuß fassen – dank der massiven Initiative der Bundesregierung im Rahmen der Hightech-Strategie und der umfassenden Aktivitäten der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech). In der digitalen Welt allerdings sind fünf Jahre bereits etwa eine Generation.

Der deutsche Innovationsvorsprung schwindet. Er nimmt ab, weil andere – hier sind vor allem aufstrebende Staaten Asiens wie China und Korea zu nennen – massiv aufholen. Er schwindet aber auch, weil die Exportstärke Deutschlands zentral auf den außerordentlichen Innovationsleistungen in den „alten“ Industrien basiert und nicht auf denen des Internetzeitalters. Diese gewinnen nun aber entscheidende Bedeutung auch für die alten Industrien – wie anders wäre es sonst zu erklären, dass ein IT-Konzern wie Google das erste autonome Auto entwickelte, das je eine Straßenzulassung erhielt?

Hinzu kommt ein weltweiter Wandel hin zu hochindividualisierten, personalisierten Produkten und Services. Die Produktionsanlagen sind mehrheitlich noch auf Massenproduktion optimiert, die mit klassischen Steuer- und Regelungstechniken ausge-

zeichnet bewältigt werden können. Industrie 4.0 jedoch zielt auf eine flexible Produktion, in der Produkte auf die Kundenwünsche abgestimmt sind, und das in immer kürzeren Zeiten. Die Konsequenzen dieser Trends treffen nicht nur den Produktionsprozess, sondern auch das Management.

HÄUFIG FEHLEN DIE IT-KOMPETENZEN

Im weltweiten Bild ist Deutschland durch seine großen DAX-Konzerne geprägt. Tatsächlich aber ist Deutschland auch ein Land der klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU). Sie erwirtschaften rund ein Drittel des gesamten Umsatzes deutscher Unternehmen, und entsprechend hoch ist ihre Verantwortung für den Arbeitsmarkt. Einige Bundesländer sind sogar deutlich stärker durch eine Vielzahl hoch erfolgreicher KMU als durch Konzernsitze geprägt.

Für solche Unternehmen stellt die vierte industrielle Revolution eine ganz besondere Herausforderung dar: Häufig fehlen den Unternehmen die IT-Kompetenzen in einer von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz getriebenen Revolution. Die entsprechenden Mitarbeiter sind schwer zu gewinnen und ziehen vielfach die multinationalen Konzerne vor, und schließlich

ist die Firmenkultur tendenziell konservativ und setzt auf tradierte Modelle.

Der Mittelstand trägt riesige Verantwortung, er ist eine Säule der deutschen Wirtschaft und ein sehr zentraler Arbeitgeber. Er muss erkennen, dass die Modelle der 1980er-Jahre nicht mehr tragen. Eine zentrale Herausforderung ist also aktuell, klein- und mittelständische Unternehmen auf dem Weg in ihre individuellen 4.0-Strategien zu unterstützen. Hier sind in den letzten Jahren entscheidende Veränderungen erreicht worden: Zum einen wird den KMU die Dramatik der anstehenden Veränderungen immer klarer, zum an-

Deutschland hat eine hervorragende Ausgangssituation: Die Ressourcen sind vorhanden und die Bildung ist gut. Inzwischen wächst der Mut zur Veränderung.

deren können sich kleine Unternehmen auch deutlich schneller bewegen als große, wenn sie sich einmal zur Aktion entschlossen haben.

DIE ZUKUNFT – EVOLUTION ODER REVOLUTION?

Die häufig diskutierte Frage, ob es sich bei 4.0 tatsächlich um eine Revolution oder doch eher um eine schnell verlaufende Evolution handelt, ist keinesfalls von rein akademischem Interesse. In Phasen revolutionärer gesellschaftlicher Veränderungen steigen nämlich stets die Erfolgswahrscheinlichkeiten revo-

AI summer

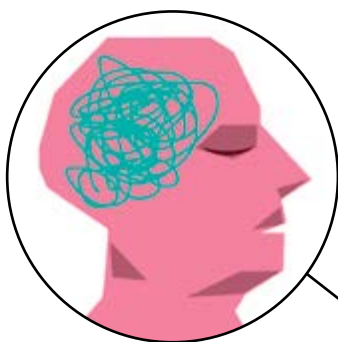
AI winter

1952 – 1956

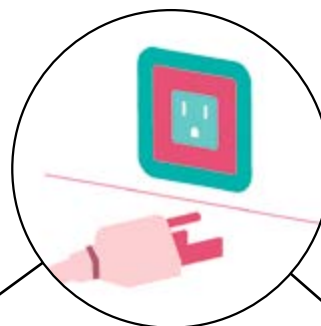
1957 – 1974

1974 – 1980

1980 – 1987



DIE GOLDENEN JAHRE
Ära voller Entdeckungen und Optimismus: Computer lernen zum Beispiel Englisch zu sprechen. Boston, Pittsburgh, Stanford und Edinburgh werden Hauptzentren der AI-Forschung.

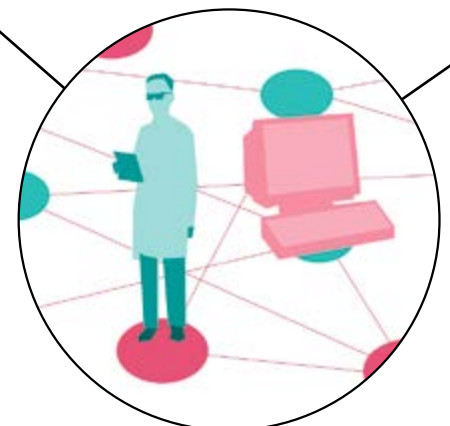


DER BOOM
AI-Forschung wird wissenschaftlicher, der Konnektivismus wiederbelebt, das Geld fließt, unter anderem von der japanischen Regierung für den „fifth generation computer“.

DIE GEBURTSJAHRE
Wissenschaftler diskutieren das künstliche Gehirn. „Dartmouth Conference“ 1956 in den USA: Geburtsstunde der *artificial intelligence* (AI) als akademischer Fachrichtung.



DER ERSTE AI-WINTER
Die Hürden sind höher als erwartet, Pessimismus greift um sich, Förderung geht zurück. Die Forschung an künstlichen neuronalen Netzen liegt fast komplett brach.



lutionärer, disruptiver Innovationen. Und gleichzeitig steigen die Chancen für „Newcomer“ des Markts (der sogenannte *vendor change*), die sich durch völlig neue und unerwartete Kompetenzprofile von den bestehenden Akteuren abheben. In Phasen evolutionärer Veränderungen hingegen ist das Bild eher durch kontinuierliche, evolutionäre Innovationen bestimmt, die in der Regel von etablierten Anbietern mit Kernkompetenz in einem gewissen Feld vorangetrieben werden.

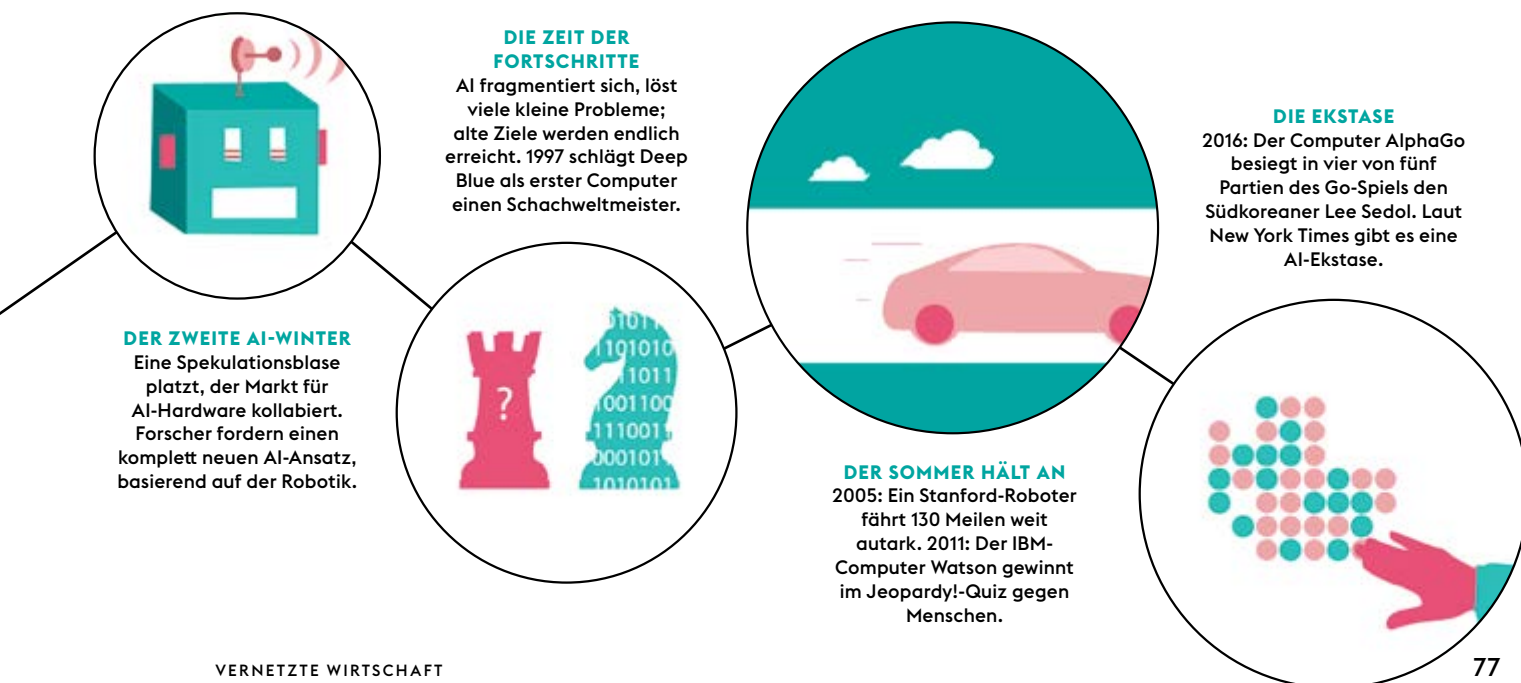
Für solch große Veränderungen sind dann als Nächstes nicht nur Fragestellungen wie Innovationsfähigkeit, Technologietransfer und IT-Sicherheit von Bedeutung, sondern auch soziale Komponenten wie der „Ersatz“ von Arbeitskräften durch Roboter oder Big-Data-Analysesysteme. In der nahen Zukunft werden lernende Maschinen die Arbeit vieler Menschen erleichtern, dabei verändern sich Beschäftigungsfelder in enormer Geschwindigkeit. Und auch das Privatleben: Das „Internet der Dinge“ schreitet voran zu einer stärkeren Vernetzung technischer Komponenten und Haushaltsgeräte, die über eine internetbasierte Dateninfrastruktur miteinander kommunizieren. Industrie 4.0 betrifft alle Stellen, von Lagerarbeitern über Lastwagenfahrer und Maschinenbauer bis hin zu Ärzten, deren Diagnosen mithilfe künstlicher

neuronaler Netze beschleunigt werden. Deutschland hat eine hervorragende Ausgangssituation: Die Ressourcen, auch die finanziellen, sind vorhanden, das Bildungssystem ist sehr gut. Zudem wächst inzwischen der Mut zur Veränderung.

Wenn wir den digitalen Strukturwandel mitgestalten wollen, müssen wir uns öffnen: einerseits der Künstlichen Intelligenz als Treiber neuartiger autonomer intelligenter Systeme – und andererseits einer völlig neuen, offenen und fehlertoleranten Innovationskultur. Das deutsche „Sicherheitsdenken“ steht vor einer zentralen Herausforderung: Die Forderung, im Vorfeld jeder Neuerung doch bitte alle Konsequenzen zu beleuchten und Strategien für alle Eventualitäten zu entwickeln, führt in die Selbstblockade. In der Bilanz jedoch haben die durch die industriellen Revolutionen ausgelösten gesellschaftlichen Veränderungen stets zur Erweiterung des Freiraums des Individuums geführt.



SABINA JESCHKE ist seit Juni 2009 Direktorin des Cybernetics Labs der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen an der Fakultät für Maschinenwesen. Die Schwerpunkte ihrer Forschung liegen unter anderem in den Bereichen verteilte künstliche Intelligenz, Robotik und Automatisierung, Verkehr und Mobilität, virtuelle Realitäten sowie in der Innovations- und Zukunftsforschung.



Deutschland braucht eine ambitionierte Technologiepolitik

Technologieführerschaft wird zu einem der wichtigsten Machtinstrumente. Doch ohne staatliche Förderung ist sie nicht zu haben. Deutschland muss da größere Schritte gehen.

TEXT Lars Zimmermann

Amerikanische Unternehmen wie Alphabet X oder Facebook wissen um die Bedeutung von Technologie. Sie entwickeln schon längst neue Anwendungen, die unsere Art, zu kommunizieren, zu entscheiden oder zu arbeiten, massiv verändern werden. „Wer sonst außer diesen Tech-Riesen sollte hier Treiber sein?“, fragt man sich zunächst. Denn für sogenannte *moonshots* – also ambitionierte und disruptive Vorhaben – fehlen kleineren Unternehmen die Mittel und großen Industrieunternehmen oft der Mut. Und Regierungen fürchten sich häufig vor Misserfolgen. Dabei wird vergessen, dass einige der erfolgreichsten Technologiecluster zusammen mit dem Staat entstanden sind, wie zum Beispiel in Tel Aviv und im Silicon Valley.

DIE US-REGIERUNG MACHT ES VOR

Ohne aktive Förderung durch die Politik werden Staaten nicht zu Technologieführern. Das gilt damals wie heute. Es geht darum, neue technologische Möglichkeiten zu erkennen, zu erforschen, zu fördern und anzuwenden. Will Deutschland Technologienation bleiben, muss das Land ambitionierte Schritte machen. Die US-Regierung macht es vor, denn in einer vor Kurzem erschienenen Studie zur „Vorbereitung auf die Zukunft künstlicher Intelligenz“ (KI) schlägt sie ebenfalls eine durch staatliche Mittel gestützte Strategie zur

Erforschung und Anwendung von KI vor – eines von vielen Beispielen zielgerichteter Technologiepolitik, die sich darauf fokussiert, finanzielle Mittel, politische Regulierung und marktnahe Forschungsförderung klug zu steuern.

Deutschland und auch Europa bleiben hier weit unter ihren Möglichkeiten. Längst hat sich andernorts der Fokus von der Digital- zur Technologiepolitik verschoben. Während wir in Deutschland seit den 1990er-Jahren die digitale Verwaltung herbeisehnen und „Arbeit 4.0“ als Trendthema die politische Debatte beherrscht, schmieden andere Länder mächtige technologiepolitische Allianzen: China und Israel bündeln ihre Kräfte mit verschiedenen Initiativen und chinesischen Milliardeninvestitionen in israelische Technologie. Über Alibaba, einen der größten IT-Konzerne der Welt, setzt China auch in Afrika Ambitionen einer staatlich geförderten Technologieführerschaft um.

Auch die Parteien in Deutschland müssen diese Entwicklung erkennen. Deutschland beschränkt sich und verliert, wenn es sich „nur“ auf die Digitalisierung konzentriert. Denn sie ist nur ein kleiner Teil von dem, was neue Technologien an Umbrüchen bewirken.

Klassische Wirtschaftspolitik – oder Digitalpolitik – greift hier zu kurz. Komplementär an die Wirtschaft angebundene strategische Forschung sowie technologietreibendes Risikokapital sind für die Erschließung der großen

Themen unserer Zeit unumgänglich, und zwar weit über die Start-up-Szene hinaus. Was spricht dagegen, neue Technologien frühzeitig zu durchdringen und entsprechende Anwendungen sinnvoll zu fördern? Der Staat sollte dabei nie die Entscheidungshoheit haben, aber klare Regeln und Anforderungen formulieren bei der Unterstützung von Wirtschaft, Wissenschaft und der internationalen Gründerszene.

Eine Chance dafür bietet die neu geschaffene Abteilung für Cyber- und Informationstechnik des Bundesverteidigungsministeriums. Hier kann sich der Staat nah an Industrie, Forschung und Gründerszene binden und eine konzentrierte technologiepolitische Agenda initiieren. Das ermöglicht neue Potenziale in der Technologieführerschaft, weit über das Digitale hinaus.

LARS ZIMMERMANN ist Geschäftsführer der hy! GmbH, einer Beteiligung der Axel Springer SE, und Experte für digitale Transformation. Seit 2013 ist er Vorstandsmitglied des CDU-Ortsverbands Schönhauser Allee in Berlin.



... andere die Chancen.

